

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 6,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 25 Pf. Preis für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 1 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 18. Oktober 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Schutz gegen Einkerkung als „gemeingefährlich geisteskrank“.

Die heutige Gesetzgebung verleiht einen äußerst geringfügigen Schutz dagegen, daß geistig Gesunde für geisteskrank erklärt und demgemäß entmündigt werden. Fälle wie jener Ahrens'sche, in dem ein Ehegatte für geisteskrank auf Betrieb seines Hansarzes vom Gericht erklärt wurde, weil er der Wahrheit entsprechend behauptet hatte, während einer von ihm unternommenen Erholungsreise seien seine ehelichen Pflichten unbefugt von dem Arzt ausgeübt, werden selten so wie jener schließlich klargestellt und gelangen aus nahe liegenden Gründen noch seltener in die Öffentlichkeit. Nicht selten ist die Anfrezung, in welche eine unberechtigte Entmündigung den seines freien Handelns Beraubten begreiflicherweise versetzt, der Anlaß dazu, daß eine so starke nervöse Ueberreizung eintritt, daß sie schließlich zur Geisteskrankheit führt.

Nach dem jetzigen Verfahren soll der zu Entmündigende im Allgemeinen unter Zuziehung eines oder mehrerer Sachverständigen gehört werden. Dann entscheidet ein gelehrter Einzelrichter, — vielleicht ein blutjunger Assessor, der wenig praktische Lebenserfahrung besitzt — durch Beschluß darüber, ob dem Antrage auf Entmündigung stattzugeben sei oder nicht. Gegen den die Entmündigung anordnenden Beschluß steht dem davon Betroffenen die Beschwerde an drei gelehrte Richter des Landgerichts zu; auch kann er eine Klage auf Aufhebung der Entmündigung bei dem Gericht anstrengen lassen. Als Sachverständige werden in der Regel, wenn nicht ausschließlich, Aerzte vernommen.

Eine Anzahl Aerzte wünschen eine Reform in dem Sinne, daß ihnen nicht nur ein beratendes, sondern auch ein entscheidendes Wort zustehe. Dieser Wunsch ist nach den bislang gemachten Erfahrungen und aus allgemeinen Gründen unberechtigt. In allen Fällen, in denen zu Unrecht eine Entmündigung erfolgt ist, ist diese auf Grund des bejahenden Gutachtens eines Arztes erfolgt. Eine stattliche Reihe von Gutachten weisen ferner eine kaumenswerthe Unkenntnis mit den allereinfachsten menschlichen Verhältnissen und Bestrebungen auf. Wenige Beispiele genügen. Ein mißliebiger gewordener Pastor schreibt in sachlicher Weise von Invalidentrentnern — die auf Grund des Invalidentätsgesetzes zu Versicherten —, der Arzt nimmt an, hierdurch habe der Pastor alte Leute beschimpft, daß sie ein Zeichen von Geistesgeftörtheit — wie weit dem Arzt das Invalidentätssicherungsgesetz bekannt war, stehe dahin. Ein zu Entmündigender spricht von „Kuhstallgestüß“ (Klatsch, der in dem bekannten Restaurant „zum Kuhstall“ verbreitet sein soll) — ein Zeichen von Geistesgeftörtheit, von Verfolgungswahn, der gar glaubt, selbst das Kuhmädchen oder der Kuhjunge verfolgen ihn. Der zu Entmündigende sucht in etwas scharfen Worten sein

Recht Behörden gegenüber wahrzunehmen — ein Zeichen „beginnenden Querculantenvahnsinns“. Ein an Delirium tremens Leidender, dessen Zustand schon so weit vorgeschritten ist, daß jeder Laie seinen zurechnungsunfähigen Zustand erkennen kann, wird wegen Widerstands gegen einen Beamten und dergleichen angeklagt. Das ärztliche Gutachten lautet dahin, daß der Angeklagte zurechnungsunfähig sei. Dem Schöffengericht fällt die offensichtliche Zurechnungsunfähigkeit des Angeklagten auf. Der Verteidiger weist darauf hin, daß der „sachverständige“ Gerichtsarzt zwar weiß, daß der Staatsanwalt eine Anklage wegen Widerstands gegen Beamte erhoben, den Angeklagten aber nie gesehen hat. Ein sodann eingeholtes Gutachten lautet auf unzweifelhafte unheilbare Geisteskrankheit. Die angeführten Beispiele beziehen sich auf Gutachten eines Arztes und zwar eines „gerichtlichen Sachverständigen“. Aus der Fälle eklatant verkehrter anderer Gutachten mag nur darauf hingewiesen werden, daß als Zeichen der angeblichen Geisteskrankheit einer (politischen) Gefangenen „Unverträglichkeit mit ihren Mitgefangenen“ in einem Gutachten angeführt wird. Die Unverträglichkeit bestand darin, daß sie mit den „Mitgefangenen“ — geschlechtskranken Prostituirten — in Synismus, Schweinerei und Heuchelei nicht mithun wollte.

Das häufige Irren der Aerzte ist erklärlich. Gerade der Theil der Heilkunde, der sich auf Geisteskrankheiten bezieht, steht auf sehr unsicheren Füßen. Der Eine hält Leben für mehr oder minder verrückt, dem Andern sind auf Grund unverbauter Vererbungstheorien alle Zweifel beseitigt, wenn je ein Familienmitglied des zu Entmündigenden geisteskrank war, ein Dritter hält in Mißverständnis der Lombroso'schen Theorie jeden für zurechnungsunfähig, der eine That begangen hat, die unter das Strafgesetzbuch zu subsumieren ein Staatsanwalt für notwendig hielt, die Form des Schädel's genügt einem Vierten, der offensbare „Fanatismus der Rechthaberei“ einem Fünften, einen Sechsten führt der Umstand, daß der des Diebstahls Angeklagte wohlhabend ist, zu der Ueberzeugung, daß „Diebstahlsmanie“ vorliege u. s. w. Die ärztliche Wissenschaft ist noch nicht im Stande, vor dem Tode eines Menschen untrügliche Kennzeichen für oder gegen Vorhandensein einer Geisteskrankheit in jedem Falle aufzuweisen. Ihr soll hieraus um so weniger ein Vorwurf gemacht werden, als die Frage, was als geisteskrank bezeichnet werden muß, zu erachten ist, offen steht und ihre Beantwortung im wesentlichen von anderen als medizinischen Begriffen und Kenntnissen abhängt. Die Beantwortung dieser Frage hängt allerdings absolut nicht von juristischem Begriffen und juristischem Formelwerk ab. Wenn gleich man also den Aerzten darin Recht geben wird, daß auf dem Gebiete des Entmündigungsverfahrens dem Arzt immerhin ein größerer Kreis zur Mitwirkung einzuräumen ist, als dem Juristen, so ist doch die Folgerung verkehrt, daß der Arzt das allein entscheidende Wort zu

sprechen habe. Vielmehr ist nur die Forderung berechtigt, daß dem Arzt ein beratendes Wort in dem Entmündigungsverfahren freistehen muß, daß er gutachtlich dem Laien etwaige Erfahrungen der Praxis und sichere Ergebnisse der wissenschaftlichen Medizin klarzulegen hat. Ueber die schwer in das Recht der Freiheit des Einzelnen eingreifende Frage, ob ein Staatsbürger zu entmündigen, muß das entscheidende Wort Männern mit gesundem Menschenverstande und reicher Erfahrung auf dem Gebiete des praktischen Lebens zustehen: Laienrichtern, die auf Grund des von ihnen erworbenen Vertrauens zu ihrer Lebenserfahrung und Charakterfestigkeit aus dem und durch das Volk gewählt werden.

Tritt nach dieser Richtung hin eine Reform der Irren-Gesetzgebung ein — auf dem Wege dahin sind mehrere außerdeutsche Gesetzgebungen — so würde sicherlich ein sehr großer Theil verhängnisvoller Irrenhäuser vermieden, insbesondere die Entmündigung aus politischen Gründen illusorisch, fast unmöglich werden.

Besteht in dem eben erwähnten Entmündigungsverfahren nur ein sehr geringfügiger Schutz gegen Willkür und Irrenhäuser, so muß die Lage des als „gemeingefährlich geisteskrank“ Verdächtigten in Preußen geradezu als recht, und schutzlos bezeichnet werden, wenn die seit wenigen Jahren eingeführte Praxis rechtsgiltig wäre. Sie besteht kurz darin, daß die Polizeibehörde dem, den sie nach ärztlichem Auspruch für „geisteskrank“ und „gemeingefährlich“ glaubt halten zu dürfen, die persönliche Freiheit entzieht, ihn in eine Irrenanstalt einsperrt. Gegen eine derartige Praxis muß entschieden aufgetreten werden, weil sie trotz entgegengegesetzter Anschauung der Polizei ungesetzlich, ja verfassungswidrig ist: es ist auch noch keinem Verfechter dieser Praxis gelungen, irgend einen Paragraphen ausfindig zu machen, der diese Praxis rechtfertigt.

Nirgends unterscheidet unsere Irren-Gesetzgebung zwischen einfachen und „gemeingefährlichen“ Geisteskranken: der laienhaftige Begriff der „Gemeingefährlichkeit“ ist ihr fremd. Wird aus irgend einem Grunde, z. B. weil Lobsucht vorliegt, eine Fürsorge für die Person des zu Entmündigenden noch vor erklärter Entmündigung erforderlich, so hat nach § 600 B. P. O. der Entmündigungsrichter der Vormundschaftsbehörde Mitteilung zu machen. Diese kann sodann einen Pfleger bestellen, der nach gewissenhafter Prüfung unter Umständen die Ueberführung in eine Irrenanstalt zu bewirken hat. Der vorgezeichnete Weg ist allerdings etwas umständlich: er kann aber, zumal meist der Entmündigungs- und der Vormundschaftsrichter ein und dieselbe Person sind, in wenigen Stunden durchlaufen werden, wenn der schleppende, bürokratische Gang ein wenig beschleunigt wird. Immer-

Feuilleton.

33

Der Aufruhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tieck.

„Mich erbarmt dieser Armen, Verirrten und dieses zagenden Jünglings. Kehrt ungefährdet in eure Wohnungen zurück und predigt den Eurigen Barmherzigkeit; enthaltet Euch des Blutes und sagt Eurer Obrigkeit, die ihren grausamen Blutdurst Gerechtigkeit nennt, wie wir uns besser fühlen, wie wir besser sind als sie. Der Himmel wird meine Ehe um so freundlicher segnen, um so weniger ich bei ihrem Beginn meinem Jorn und meiner Nachsicht folge.“

Der junge Clement stürzte wieder in die Knie, weinend vor Dankbarkeit; die übrigen, die sich schon verloren gegeben hatten, folgten seinem Beispiel, nur der Pfarrer richtete sich nach einer sehr tiefen Verbeugung wieder auf und sagte vor Verwirrung stammelnd: „Ihr seid ein großmüthiger Mann, Herr Castanet, und ich werde Euch zu rühmen wissen, obgleich man dergleichen nur ungern von Euregleichen glauben mag; indessen habe ich es doch nun selbst erlebt und danke Euch in meinem und jener Gefangenen Namen dafür. Herr Cavalier, Gott befohlen, auf Wiedersehen!“

„Nein, nicht auf Wiedersehen!“ rief Cavalier, indem er eifernd näher trat; „das könnte doch nur wohl auf ähnliche Weise im Felde geschehen, und ich rathe Euch, mit Eurer

dreisten unverschämten Weise nicht wieder auf unsere Großmuth zu rechnen oder unserer Nachgiebigkeit Trost zu bieten; denn nicht immer ist Erbarmen und Liebe am Regiment, und wenn wir uns zum dritten Male sehen, so ist es Euer Tod, so weißsagt mir der Geist.“

„Laßt den Geist ruhen, Herr Kapitän“, sagte der Geistliche, indem er sich noch einmal tief verbeugte und sich mit den Freiwilligen und Clement entfernte, welche alle mehr oder minder ein Gefühl von Dankbarkeit und Nahrung aufzehrten.

Jetzt machte sich Lacoite herbei und sagte lachend: „Die Großmuth, wie ich merke, geht bei Euch um, und heut' ist die Reihe an Dich, kleiner, dicker Sturzel, gekommen. So hat doch jedes Gewerbe, selbst das des Mordbrennens, seine gute Seite; ganz schlecht ist nichts in der Welt, so wie sich nichts ganz Gutes findet. Heut' aber ist die Depense größer als neulich gerathen, wo ich allein übrig blieb, und meine Kameraden waren doch nichts schlimmer als ich. Solche Magnifizenz ziemt aber einem so feierlichen und glänzenden Beilager, und der Kurzbeinige hat seine Rede recht königlich und mit recht eindringlichem Akzent vorgetragen. Ihr, rothbadige, kurzstämmige und armgebräunte Gemahlin, seid nun die Königin und Fürstin dieser Gebirge, Infantin von Habenichts, Dauphine der Hungerleiderei, Erbin aller Luftschlöffer und Vornünderin aller verrückten Visionen, ich statte Euch meinen Glückwunsch aufrichtig ab und hoffe Euch ebenfalls bald in der Reihe der Propheten auftreten zu sehen.“

„Spötter!“ sagte Castanet erdöthend; „Eure Gegenwart würde unserer Versammlung nicht geziemen, wenn eure Reden nicht dazu dienen könnten, unsere Demuth noch demüthiger und uns unsere Vermorfenheit vor den Menschen und unser Elend noch anschaulicher zu machen.“

„Sowie dadurch auch.“ antwortete Lacoite, „der geistliche Stolz um so mehr verherrlicht wird. Laßt Euch aber in Euren Gefühlen und Ueberzeugungen durch mich nicht stören, gegen einen Christen gehalten ist mein Reden nur wie ein hündisches Blassen, und in solcher thierischen Würde folge ich ja auch jetzt meinem erlauchten Patron, dem vergeistigten Edmund, ebenfallsigen Propheten von Gottes Gnaden.“

Es erhob sich ein Murren in der Umgebung, das vielleicht in Jorn und Getümmel ausgebrochen wäre, wenn nicht Cavalier die Aufmerksamkeit der Brüder auf einen andern Gegenstand gerichtet hätte. „Meine Freunde!“ rief er lebhaft aus; „ich habe eben eine Erscheinung gehabt. Soeben hat der Kommandant von Uzeq einen Kurier mit wichtigen Depeschen an den Marschall nach Nismes abgefertigt. Neue Truppen sollen ankommen, und es handelt sich darum, uns von allen Seiten einzuschließen. Man sprach nur wenig, auch konnte ich nicht alles vernehmen. Jetzt ist der Abgesandete eben aus dem Thore der Stadt gesprengt; Bertrand, wenn Du ihn fangen willst, so wirft Du ihn in dem Hohlwege zwei Meilen von hier treffen. Er ist nicht zu verkennen, er trägt einen rothen Hock und blauen Mantel drüber, wegen des aufziehenden Regens hat er sein weißes Tuch über seinen neuen Hut gebreitet, an diesen Zeichen wird er Dir deutlich genug beschrieben sein: ein ältlicher Mann, der, wie ich glaube, niemals Soldat war. Bringe ihn unbeschädigt mit seinen Briefschaften hierher.“

Bertrand nahm noch zwei Gehilfen, und auf leichten Kleppern eilten sie den Berg hinunter, dem wohlbekannten Hohlweg zu.

Lacoite hatte dieser Anweisung mit weit aufgerissenen Augen zugehört: „Brüderchen“, sagte er nachdenkend, „wenn

hin mögen Fälle vorkommen, in denen ein sofortiges, ungesäumtes Einschreiten im Interesse des Einzelnen und im Interesse des Gemeinwohls liegen kann, z. B. in dem Falle plötzlich ausbrechender Tollwuth. Für diesen Fall erscheint zwar gleichfalls das Einschreiten der Polizei nicht erforderlich; die Befehlsgebung läßt sie aber zu. Das Polizeimädchen für Alles (§ 17 II, 10 A. L. N.) giebt der Polizei das Recht, die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen. Zur Anwendbarkeit dieser Bestimmung ist aber nach konstanter Judikatur des Oberverwaltungsgerichts erforderlich, daß ein öffentliches Interesse vorliegt und daß es sich um eine unmittelbare bevorstehende, auf keine andere Weise zu beseitigende Gefahr handle. Liegen alle diese Voraussetzungen vor, so hat die Polizei aber nicht das Recht, den Betreffenden dauernd einzusperren, sondern darf ihn nur in vorläufige Verwahrung nehmen. § 8 des Gesetzes vom 12. Februar 1852 räumt der Polizei ein dahingehendes Recht der vorläufigen Verwahrung ein, wenn der eigene Schutz der Person oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Sicherheit und Ruhe diese Maßregel dringend erfordern. Aber der Paragraph giebt einen wenn auch nur geringen Schutz gegen zu langdauernde ungesetzhafte Verurtheilung der persönlichen Freiheit: der in vorläufige Verwahrung Genommene muß jedoch spätestens im Laufe des folgenden Tages in Freiheit gesetzt oder das Erforderliche veranlaßt werden, um ihn der zuständigen Behörde (d. i. hier dem Vormundschaftsrichter) zu überweisen. Allerdings ist diese Art Schutz der persönlichen Freiheit so lange ein tochter Buchstabe, als nicht volle Verantwortlichkeit der die Verwahrung anordnenden und der sie ausführenden Beamten eingeführt ist. Wesentlich infolge des Mangels aller strafrechtlicher und zivilrechtlicher Verantwortlichkeit von Beamten für jede objektiv ungesetzliche Handlung oder Unterlassung ist die Möglichkeit in Preußen offen, daß Polizeibehörden die oben beschriebene ungesetzliche, aber nach Ansicht der anordnenden Beamten gesetzmäßige Praxis anwenden. Diese Praxis ist geradezu gemeingefährlich. Gemeingefährlich deshalb, weil durch sie trotz der Verfassung ein Jeder bedroht ist, recht- und hilflos als „gemeingefährlicher Verbrecher“ eingekerkert, lebend begraben, ja — schlimmer als das — zu langem Zusammenleben mit wirklich Geistesgestörten gezwungen zu werden. Denn nicht nur der Begriff „geisteskrank“ ist ein flüchtiger, vager, unbestimmter, sondern in noch viel höherem Grade der der „Gemeingefährlichkeit“.

Zum Schutz der persönlichen Freiheit des Einzelnen, zum Schutz gegen unberechtigte Einlieferung als „gemeingefährlich geisteskrank“ ist dringend eine Aenderung unserer Gesetzgebung auf der von uns skizzirten Grundlage erforderlich: Endgiltige Entscheidung über Entmündigung durch aus dem Volke und durch das Volk gewählte, an Lebenserfahrungen reiche, verständige Leute und endliche Einführung einer vollen Verantwortlichkeit der Beamten für ihre Handlungen und Unterlassungen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Oktober.

Der Reichstag wird sich, bei seinem Wiederzusammentritt im nächsten Monat, in der Lage eines Berschwenders befinden, der eine ungeheure Ausgabe angeordnet hat, ohne an die Deckungsmittel zu denken, und der nun sein unbedacht gegebenes Wort einlösen soll, ohne zu wissen, woher das Nöthige beschaffen. Wie sollen die Kosten der Militärvorlage aufgebracht werden? Von den Leuten „mit tragfähigen Schultern“! hatte man ins Blaue hinein geantwortet. Aber wo sind die Leute „mit tragfähigen Schultern“? Wie jeder Sachkundige weiß, sind sie nur in den Kreisen vorhanden, die sich vom Steuer-

Seine Anweisung irgend richtig ist, so hat Dein kleiner Finger mehr Einsicht als mein ganzer Körper. Aber, ich denke immer, Dein rothköpfiger Kurier wird nicht in der Reihe der Erschaffenen sein, und der gute Bertrand wird von seinem General ein bißchen in den April geschickt, um dem Brautpaar eine kleine unschuldige Freude zu machen. Ist die Sache aber keine Windbeutelerei, je nun, so läßt sich bei Gelegenheit mehr darüber sprechen.

Sollte es nicht heute erlaubt sein,“ sing der junge Etienne an, indem er über und über roth war, „ein wenig auf der Pfeife zu musizieren?“ Indem er noch fragte, hatte er sie schon in der Hand, und Roland gab lächelnd seine Einwilligung. Er blies erst einen Psalm, und als man diesen andächtig mitgesungen hatte, gab der blonde Virtuoso auch einige weltliche Lieder zum besten. Der braune Eustach, der jetzt ganz wiederhergestellt war, sprang lustig herbei und rief: „Bruder! wenn Du mich lieb hast, so blase einmal, um mich zu erfrischen, den alten Ceveimen-Tanz, in dem wir uns sonst in meiner Jugend oft so lustig herumgeschwenkt haben.“

Schlüßtern fing der junge Mensch die Melodie an, da er aber nicht gestört wurde, so blies er bald muthiger, und es wahrte nicht lange, so ließen sich auch einige Rastgavetten mit ihrem munteren Geklapper vernehmen, so daß sich Eustach nicht länger halten konnte, sondern laut singend mit possierlichen Gebärden wohlgenuth im Kreise herum sprang. Der kleine Schuster Anton sowie der noch jüngere Francois konnte einer so lockenden Aufforderung nicht widerstehen, sie tanzten als Paar, und einige andere junge Leute machten sich ebenfalls herbei, um ihre bäurische Geschicklichkeit zu zeigen.

Jetzt kam ein alter verdrießlicher Mann aus dem Walde und rief: „Da es einmal heut ein fröhlicher Tag sein soll, so laßt meinen Sohn, den dummen Michel, auch ein bißchen zu Ehren kommen; sein Stüchlein Prophezeien abgerechnet, hat er dranssen auf dem Felde als Schäfer ehemals auch noch etliche ausbändige Pocksprünge eingelehrt, die wohl verdienen, gesehen zu werden. Der lange Schläks hat so starke Beine, daß er beinahe mannhoch springen kann.“

Michel, ein starker langer Bursche von blödsinnigem

zahlen hartnäckig drücken und die alle Steuern nach unten, auf die nicht tragfähigen Schultern abwälzen. So stehen wir vor dem Dilemma: die Leute mit „tragfähigen Schultern“ wollen nicht zahlen und die anderen können es nicht, ohne dem Minu zu verfallen. Wir hatten das gleich zu Anfang gesagt. Und Herr Miquel mit seinen steuerehrenden Kollegen hat bis jetzt keinen Ausweg aus diesem Dilemma entdeckt und wir b keinen entdeckt.

Zwischen hat der Moloch des Militarismus den fetten Bissen, den der Reichstag ihm vor drei Monaten so leichtsinnig hinwarf, kräftig zwischen die Zähne genommen und schlingt lustig darauf los, unbekümmert um die „Deckungsfrage“. Er hat, was er hat, und wird bald noch mehr schreien — der Reichstag aber kann in der nächsten Session nach den „tragfähigen Schultern“ mit der Lupe anschauen, und der Welt das beschämende Schauspiel einer Nationalvertretung geben, die einen tollen Sprung ins Dunkle gemacht hat, und nun ratlos im Sumpfe herumplätschert.

Was wird geschehen? Wird man aus Verzweiflung nach den neuen Steuerprojekten greifen? Wird man die neue Militärlast auf die Einzelstaaten wälzen? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur eins: auf die tragfähigen Schultern wird die neue Last sicherlich nicht gewälzt werden. Das arbeitende Volk wird zu bluten haben.

Lithographische Formulare scheint sich nach dem Muster des Fürsten Bismarck auch Graf Caprivi zu Strafanträgen wegen Beleidigung seiner Person anfertigen zu lassen. Nachdem Genosse Bloch wegen Caprivi-Beleidigung in Untersuchungshaft sitzt, der Bismarckdozent Harden zwei Anklagen zugestellt erhalten hat, ist nun auch der antisemitische Verleger Glosy in Dresden wegen Caprivi-Beleidigung belangt worden. Nicht weniger als 12 Personen sind in den Anklagestand veretzt worden, worunter sich auch ein Kolporteur Sch. befindet. Von den Angeklagten befinden sich 7 in Berlin, 2 in Dresden, 2 in Leipzig und einer in Breslau. Graf Caprivi's Autorität wird durch dieses Vorgehen nicht vergrößert.

Militarismus contra Sozialdemokratie. Der Millionär und Geheimrath Dr. Dechelhäuser schreibt in seiner „Deutschen Arbeiter-Zeitung“:

Die Dienstzeit soll die große Schule der Zucht und Ordnung, der Soldatenehre und Vaterlandsliebe sein. Indem man diese Güter pflegt, bekämpft man die Sozialdemokratie am wirksamsten.

Wie kommt es da, daß die ausgedienten Soldaten sich in Massen der Sozialdemokratie anschließen? Wohl deshalb, weil die am eigenen Leibe empfundene militärische Erziehung den Haß gegen die bestehenden Zustände am wirksamsten steigert.

Die Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik über das Handelsgewerbe haben nur einen ganz geringen Theil der im Handel thätigen Personen erfaßt, ganz unberücksichtigt blieben die ungelerten Arbeiter, die Hausdiener, Packer, Markthelfer u. s. f. Als die Organisation dieser Handelsangestellten auf diesen Mangel aufmerksam machte, entschloß man sich zur Befragung der Organisationen. Man sieht demnach von einer Statistik ab und begnügt sich mit einer Enquete.

Folgende Fragen werden gestellt:

I. 1. Wie lange dauert im allgemeinen die übliche tägliche Arbeitszeit für Geschäftsdiener, Packer, Markthelfer, Hausdiener etc. in Handelsgeschäften?

2. Entziehen aus dieser Dauer der Arbeitszeit nachtheilige Folgen für die Gesundheit oder das Familienleben der bezeichneten Personen?

Wie machen sich diese Folgen im allgemeinen und insbesondere bei den Personen unter 18 Jahren bemerkbar?

II. 3. Ist es erwünscht und durchführbar, die regelmäßige Arbeitszeit der im Handelsgewerbe beschäftigten Geschäftsdiener, Packer etc. — vorbehaltlich der unter Ziffer 4 zu erörternden Ausnahmen — auf eine kürzere Zeitdauer gesetzlich zu beschränken?

a) Wenn ja: auf welche Zeitdauer für erwachsene Personen (12 Stunden oder welche geringere Zahl von Stunden?) und auf welche Zeitdauer für Personen unter 18 Jahren? — immer unter Ausschluß der ein für allemal bestimmten Pausen; in welcher Weise wird sich für diesen Fall die Beschränkung der Arbeitszeit ermöglichen lassen (durch Ablösung etc.)?

Aussehen, kam schleichend und träge herbei, ließ die kleinen blauen Augen sehen und fragend im Kreise herumgehen, und da er nirgends Mißbilligung zu bemerken glaubte, so ging er plötzlich aus seiner schleppenden Trägheit in die überraschendste Lebhaftigkeit über und sprang rückwärts zwei auch dritthalb Ellen in die Höhe, überschlug sich in der Luft, rannte in Burzelbäumen über den Boden und war in allen seinen Bewegungen so behende, daß man ihrem schnellen Wechsel kaum mit den Augen folgen konnte. Eustach schlug die Hände vor Verwunderung über den Kopf, und die jungen Burschen versuchten bewundernd ihr unerreichbares Vorbild nachzuahmen. Vor lautem Lachen, welches die komischen Gebärden und Stellungen ihm erregten, mußte der fröhliche Etienne eine Weile das Blasen einstellen, und der ganze Bezirk, da sich die älteren und frömmern zurückgezogen hatten, schien nur eine fröhliche, ja ausgelassene Gesellschaft, welche die Braut, ja selbst der erstere Castanet durch ihren lauten Beifall zu neuen und noch seltsameren Kunstversuchen aufmunterten.

Da das kurze Gras schon ziemlich zerstampft war, so konnte der Tanz sich um so sicherer umschwingen, und jetzt trat der alte Favart auf den Plan und sagte: „Da wir heut einmal Fastnacht feiern, so laßt doch die Brüder Marx Anton und César auch einige Dinge thun, sie meinen, sie verstanden noch feinere Sachen, die gegen die hohen Springe und die bäuerlichen Tänze einen guten Abstich machen würden.“

Die beiden vormaligen Edelkente zeigten sich nach dieser kurzen Vorrede in den damals üblichen Tänzen der vornehmen Gesellschaft, die aber bei den Zuschauern nicht jene Bewunderung erregten, mit welcher Michel war aufgemuntert worden; die wilderen Anstrengungen nahmen daher wieder ihr Recht ein, und die Edelkente mußten sich ebenfalls diesem Beschnade fügen, wenn sie an der Lust theilnehmen wollten.

(Fortsetzung folgt.)

b) Wenn nein: welche Hindernisse stehen der Beschränkung entgegen?

4. Wenn eine Beschränkung der Arbeitszeit eingeführt wird, müssen dann für einzelne Geschäftszweige vorübergehend (vor den großen Festen, bei sonstigen besonderen Gelegenheiten oder an einzelnen Tagen der Woche) Ueberschreitungen der regelmäßigen Arbeitszeit zugelassen werden?

Wenn ja: für welche Geschäftszweige? und für jeden dieser Geschäftszweige: für wieviel Tage im Jahr oder welche Tage der Woche, und wieviel Stunden täglich?

5. Ist die Anordnung erwünscht und durchführbar, daß den Geschäftsdienern, Packern etc. eine Mittagspause von mindestens 1/2 Stunde oder von einer längeren, in der Antwort näher auszuhebenden, Mindestdauer zu gewähren ist? wenn ja: auf welche Weise ist diese Pause zu ermöglichen (durch Ablösung u. s. w.)?

Wenn nein: welche Hindernisse stehen der Gewährung der Pause entgegen?

III.

6. Welche Kündigungsfristen pflegen gegenwärtig mit den Geschäftsdienern, Packern etc. vereinbart zu werden?

7. Empfiehlt sich die gesetzliche Regelung der Kündigungsfrist für Geschäftsdiener, Packer etc.?

Wenn ja: empfiehlt es sich, eine kürzeste Kündigungsfrist einzuführen, unter welche auch in beiderseitigem Einverständnis nicht oder nur bei Probengagements und Ausbittelfällen, die nicht über drei Monate dauern, herabgegangen werden darf? und wie lang soll diese kürzeste Kündigungsfrist sein?

Oder empfiehlt es sich, nur zu bestimmen, daß die Kündigungsfrist für beide Theile gleich sein muß?

Was welchen Gründen werden die einzelnen Vorschläge empfohlen?

Dem Verdienste keine Krone. Die Nr. 41 der „Deutschen Verkehrs-Zeitung“ — das Organ für die Interessen der oberen deutschen Verkehrsbeamten — veröffentlicht unterm 18. d. M. folgendes:

Dem Ober-Postdirektor, Geheimen Ober-Postrath Hef in Karlsruhe (Baden) ist von Sr. Majestät dem Kaiser und König der Rote Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen worden.

Herr Hef ist bekanntlich derjenige Beamte, der (siehe „Vorwärts“ Nr. 267 Jahrgang 1892 und 2. Lesung des Postetats 1893/94) in einer von ihm aus Anlaß der Choleraepidemie am 22. Oktober erlassenen Verfügung u. a. folgendes sagte:

„Indem ich hiermit der Freude über das reichliche Ergebnis der Sammlung, sowie dem erhabenden Bewußtsein Ausdruck gebe, in den Kreisen meiner (H) Beamten und Unterbeamten auch jetzt wieder eine so gute kameradschaftliche Gesinnung gefunden zu haben, gegen welche so schmachvolle Angriffe auf unseren allverehrten obersten Chef, wie sie die von den Rädelshörnern eines bekannten Verbandes bediente Deypresse gebracht hat, nichts ausrichten können, spreche ich allen denjenigen, welche zu dem schönen Zwecke mitgewirkt und beigeuert haben, meine volle Anerkennung aus.“

Nachdem Herr Hef dekoriert worden, möchten wir weiter in Vorschlag bringen die Herren Griesbach (Berlin) und Köhne (Düsseldorf).

Die Agitation der österreichischen Sozialdemokraten für das allgemeine Wahlrecht ist weiter in vollem Gange. Obgleich der Entwurf der Regierung den bürgerlichen Parteien mit jedem Tage unangenehmer wird, von allen Seiten Entwürfe zur Aenderung des Wahlrechtes eingebracht werden, so wird das Abgeordnetenhause dem Drucke der großen Volksbewegung nachgeben müssen, und eine dem allgemeinen Wahlrechte sehr nahe kommende Vorlage bewilligen müssen, schon deshalb, weil sie vor Neuwahlen, die unter dem Zeichen der Wahlreform stehen, einen heiligen Schrecken haben.

Was Du nicht willst, daß man Dir thut, das füg' auch keinem andern zu. Dieses Fabelsprüchlein der einfachsten, primitivsten Moral wird von den Menschen leider sehr wenig beachtet und gilt namentlich nicht für die Politik, wo das Sprichwort umgekehrt lautet: Was Du willst, daß man Dir nicht thut, das füge dem andern zu. Das zeigt sich jetzt wieder mit so recht herzerfrischem Humor anläßlich des französisch-russischen Flottenspases in Toulon. Unsere deutsche Presse schimpft entweder über den französischen Chauvinismus, oder sie sucht ihren Kerger hinter sauerfüßen philosophischen Betrachtungen zu verbergen. Ja, als der Dreibund gegründet ward, da war es ganz was anderes — wir waren keine Chauvinisten, wir wollten bloß den Frieden, der Dreibund war ein Friedensbund, ein glänzendes Denkmal deutscher Friedensliebe, die sich lichtvoll abhebt von der finsternen Revanchewuth der „wilden“ Franzosen. Und welchen Lärm machte unsere Presse, wenn einmal der König von Italien nach Berlin kam, oder der deutsche und der österreichische Kaiser zusammen eine Revue abhielten.

Damals verzogen die Franzosen das Gesicht und jammerten über unseren Chauvinismus; heute haben wir, genau dasselbe Schauspiel — nur mit umgedrehten Rollen. Die Franzosen renommierten mit ihrem „Friedens-Zweibund“, sie jubeln über den Besuch des Verbündeten — und unsere Zeitungen und Kanngießerei schneiden sauerfüße Gesichter oder bejammern den französischen Chauvinismus. Thatsächlich thun die Franzosen jetzt genau das Nämliche, was wir früher gethan haben. Wir haben also gar keinen Grund, ihnen Vorwürfe zu machen.

Marshall Mac Mahon, früherer Präsident der französischen Republik, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Er diente unter den Bourbonen, den Orleans, Napoleon III., der 2. und 3. Republik. Er war am 24. Mai 1873 von den Monarchisten zum Präsidenten der Republik gewählt worden, um sie zu menseln und die Monarchie an ihre Stelle zu setzen. Seine Staatsreichselüste schienen kurze Zeit der Republik gefährlich zu werden. Die ausgeführten Neuwahlen führten aber trotz aller Beeinflussung der Regierung zu einer republikanischen Mehrheit und Mac Mahon wurde am 30. Januar 1879 zum Rücktritt gezwungen. Seitdem geht die monarchische Bewegung in Frankreich den Krebsgang.

Ueber die französischen und belgischen Kohlenarbeiter-Ausstände schreibt Genosse Desnet:

Seit den letzten 30 Tagen ist die Kohlenförderung im Pas de Calais und einem Theile des Nord-Bezirks gänzlich eingestellt gewesen, und bis heute ist nicht das geringste Anzeichen eines Vergleiches zwischen den Gesellschaften und Ausständigen vorhanden. Die große Mehrzahl der neugewählten sozialistischen Mitglieder des Parlaments sind auf dem Kampflage erschienen, und haben Massen-Versammlungen abgehalten, welche sehr zahlreich besucht waren. Die Kohlen-Einnahme von Belgien und Deutschland ist vom 16. bis 30. v. M. gestiegen auf

254 780 Tonnen, gegen 131 120 Tonnen in derselben Zeit 1892. Der Pass de Calais - Streik hat deshalb von der Einfuhr von Belgien, wo große Vorräthe waren, und von den deutschen Zechen, wo die Bergarbeiter gar kein Zeichen in der gegenwärtigen Schlacht (oder der „großen Generalprobe“ für den großen internationalen Streik der Zukunft) gegeben haben. — Der Streik im Centre und Lütticher Bezirk, wo keine Lohn-erhöhung stattfand, und im Vorrage, wo 5 pCt. Erhöhung bewilligt wurden, ist diese Woche plötzlich erloschen. Dagegen haben in den letzten sechs Tagen 21 000 Mann im Charleroi-Berzirk gestreikt, und die Ausfuhr belgischer Kohlen nach Frank-reich hat vollständig aufgehört. —

Zum englischen Bergarbeiterstreik. Der Vollzugs-ausschuss der Bergleute setzte am 13. Oktober seine Be-ratungen in Birmingham fort. Beschlossen wurde: 1. die Arbeit zu den alten Lohnsätzen aufzunehmen; 2. sich mit den Grubenbesitzern in dem Versuche zu vereinigen, Mittel zur Verhinderung von Lohnstreiks in Zukunft zu finden; 3. sich zu verbürgen, keine Lohnzulage zu ver-langen, so lange die Kohlenpreise nicht die Höhe derer von 1890 und 1891 erreicht hätten. Außerdem wurde beschloffen, von allen Bergleuten, welche die Arbeit aufgenommen haben, eine Streikabgabe von 1 M. täglich zu erheben. Im ganzen sind nach offiziellem Ausweis von 271 000 Leuten 59 750 wieder in Thätigkeit. — Die Union der Sektens-Gemeinden fasste gestern einen Beschluss zu gunsten der Bergarbeiter, deren Verdienst durch „Minerabgaben und Unternehmerr-gewinn“ nicht zu schmälern sei. —

Englische Parlaments-Thätigkeit. Mit bezug auf die Thatsache, daß der amerikanische Senat in jüngster Zeit eine Sitzung von neununddreißigstündiger Dauer ab-gehalten hat, schreiben englische Zeitungen:

„Den Ruhm, die längste parlamentarische Sitzung ab-gehalten zu haben, kann das Unterhaus für sich in An-spruch nehmen, dessen längste Tagung zweiundvierzig Stunden währte, also noch drei Stunden länger, als die kürzliche Dauer Sitzung des amerikanischen Senats, welche neunund-dreißig Stunden in Anspruch nahm. Im Jahre 1891 nämlich arbeitete das Haus vom 31. Januar um 4 Uhr Nachmittags hinter einander bis zum 2. Februar um 10 Uhr Vormittags.“

Allerdings eine ganz gewaltige Leistung, zu der sich die Mehrzahl unserer so arbeitsfreudigen Volksvertreter wohl schwerlich bereit finden lassen dürfte. —

Eine Vorlage über die Frauen- und Kinder-arbeit will Herr Sacavia der italienischen Kammer bald nach ihrem Zusammentritt machen. Dieselbe will Frauen von der Beschäftigung bei unterirdischen Arbeiten, wie in Tunneln, Gruben, Bergwerken, ganz ausschließen und Kinder von denselben erst nach vollendetem 12 Jahre, anstatt wie bisher nach vollendetem 10. Lebensjahre, zulassen. Wie diese Bestimmung den Beschlüssen der internationalen Berliner Konferenz entspricht, so lehnt sich auch der sonstige Inhalt der Vorlage an diese an. So sollen künftighin Wöchnerinnen während der ersten vier Wochen nach der Ent-bindung weder in Gruben und Bergwerken, noch in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Es fehlt jedoch eine Bestimmung, welche die Frauen in den letzten Wochen vor der Nieder-kunft vor derartigen Beschäftigungen schützt. Der Ent-wurf erteilt jedoch der Regierung die Vollmacht, die Beschäftigung minorer Frauen in gefährlichen oder ungesunden Gewerbebetrieben zu untersagen, eine Vollmacht, die sie jetzt schon zu gunsten der Knaben unter 15 Jahren besitzt. Prinzipiell soll auch die Nachtarbeit für Frauen und Kinder verboten sein, doch behält sich das Ministerium das Recht vor, Ausnahmen von der Regel eintreten zu lassen, wo es das Interesse der Industrie erfordert. Die Vorlage wird auch Bestimmungen über die Dauer des Arbeits-tages, über Ruhepause und Arbeitsunterbrechungen enthalten und will gleichzeitig Vorsorge treffen, daß die in der In-dustrie beschäftigten Kinder nicht der Schule entzogen werden. Hingegen bleibt es, ob die Vorlage der Regie-rung überhaupt in Beratung kommt, und nicht minder, ob sie jemals mit Strenge durchgeführt wird, wenn es der Regierung doch gelingt, den Widerwillen der Kammer gegen jede Einmischung der Regierung in den privaten Gewerbe-betrieb zu überwinden. Auch in Italien heißt es, der Himmel ist hoch und der Fax weit. —

Parteinachrichten.

Vor einem Schwindler warnen die Züricher Parteigenossen. Der Buchbinder Wilhelm Ehrentraut aus Leipzig hat ein seltsames Geschick darin, das Mitleid der Genossen mit seiner an-gelich traurigen Lage zu erregen und sie dann ganz gehörig zu rupfen. Durch dies Talent brachte er es in Zürich bis zu 1000 Fr. Schulden und verschwand dann plötzlich am 1. Oktober auf Nummerwunders. Er soll sich nach Deutschland gewendet haben und man vermutet, daß er Berlin oder Leipzig als künftiges Operationsfeld wählen wird. Man möge daher vor diesem Schwindler auf der Hut sein. Ehrentraut ist verheiratet, von unterer Statur, hat rötlich blondes Haar und Vollbart und trägt eine Brille.

Reckarhausen (Baden). Bei der Bürgerausschusswahl der 3. Klasse regte die Liste der sozialdemokratischen Partei über die Ultramontanen.

Sächsische Gerechtigkeit. Aus Burgstädt wird geschrieben: Es bleibt abzuwarten, welche Stellung die Staatsanwaltschaft in Chemnitz den Ausführungen des Lehrers Drecher und des Tapezierers Krieger gegenüber einnimmt. Beide Herren haben zum Vogelt gegen die „Volksstimme“ aufgeföhrt und den Mit-gliedern des Vereins zum Schutze der Interessen dieser Ein-wohner mit der Unterstützung-Gebühre gedroht, sobald sie in der „Volksstimme“ inferieren, oder auf dieselbe abonnieren. Wie oft ist die Staatsanwaltschaft eingeschritten und hat Arbeiter, Vereinsvorstände und Redakteure wegen groben Unfugs bestrafen lassen, der nach Ansicht der Staatsanwaltschaft begangen wurde, sobald die vorbezeichneten Personen ihre Gesinnungsgenossen vor dem Besuche dieses oder jenes Lokales warnen. Ist doch selbst der Redakteur der „Volksstimme“ mit einer Geldstrafe er-stinanzlich bestraft worden, weil er in einer Abonnements-einladung zum Nichtabonnieren auf Amtsblätter aufgefordert hatte — ohne einen Namen genannt zu haben.

Liedesfreiheit in Sachsen. Der Reichstags-Abgeordnete Genosse Hofmann hatte seinerzeit ein auf dem Geyerberg stattfindendes Fest der Chemnitzer Genossen besucht, um daselbst in einem Gesangschor mitzuwirken. Das Fest war von der Amtshauptmannschaft verboten worden, Genosse Hofmann trug aber trotzdem mit den anderen Sängern ein Lied vor. Ein Gendarm Freitische wollte einschreiten, aber Genosse Hofmann be-merkte ihm, er möge ihn nicht stören, er lasse sich in seinen

bürgerlichen Freiheiten nicht stören. Gegenüber dem Publikum bemerkte Hofmann, daß er von dem Gendarmen angerempelt worden sei. Der Gendarm stellte Strafantrag gegen Hofmann wegen Beamteneileidung und dieser wurde vom Chemnitzer Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt!

Wie in Sachsen Justiz geübt wird. Der Redakteur der „Vogeländischen Volks-Zeitung“, Hans Künzel in Falkenstein, ist am Donnerstag Vormittag von der Staatsanwaltschaft Plauen plötzlich verhaftet worden. Die Verhaftung soll mit einem Verleumdungsprozeß (N) zusammenhängen, den der Vor-schulverrichtungsleiter Friol in Grätzky gegen K. angestrengt hat und der am Sonnabend vorm Landgericht Plauen zum Austrag kommen sollte. — In der am Sonnabend Mittag zu B r i e t a stattgefundenen Verhandlung in der Privatklage des Herrn Kaufmann Schopper und Bösch in Zeulenroda gegen Redakteur W. Frognitz, wegen Verleumdung, wurde letzterer zu nicht weniger als fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Verurteilung gegen dieses schöffegerichtliche Urteil wird eingelegt.

Soziale Uebersicht.

An die Bauhandwerker von Berlin und Umgegend. Nach einem kürzlich vom Verein der Einseher (Tischler) gefassten Beschluss soll darauf hingewirkt werden, daß im Winter nicht bei Licht gearbeitet wird. Obwohl eine Kommission zur Ueber-wachung der Arbeitszeit, sowie des gefassten Beschlusses besteht, so fählt sich dennoch der Vorstand veranlaßt, mit der Aufforde-rung an die Bauhandwerker zu kommen, uns in dieser gerechten Sache zu unterstützen. Denn ohne die Unterstützung der Bau-handwerker ist dieser Beschluss schwer durchführbar, da es bei uns eine große Zahl indifferenter Kollegen giebt, die es nicht unterlassen können, noch lange des Abends bei Licht zu arbeiten. Deshalb ersuchen wir die Kollegen, uns die Bauten namhaft zu machen, wo eine derartige Ausdehnung der Arbeitszeit herrscht, damit wir diese Kollegen nach Kräften belehren können.

Der Vorstand des Vereins der Einseher,
Neue Friedr. 44 bei Kölling,
S. N.: W. Walter, Pantow, Mühlenstr. 52.

An alle Mitglieder der Orts-Arbeitskasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin!

(II. Klasse, männliches Hilfspersonal)
Berufsgenossen! Am Sonntag, den 29. Oktober, Vormittags 10 Uhr, finden bei Volk, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal), nach §§ 44 und 45 des Statuts die Delegiertenwahlen zur General-versammlung statt. Es ist nun Eure Pflicht, dafür zu sorgen, daß, was wir in der Meyer'schen Kasse errungen hatten, uns aber durch die Ueberweisung in die Buchdruckerkasse verloren ging, in letztgenannter Kasse zu erringen, und zwar soll unsere Lösung sein:

Einführung der freien Arztwahl und Zentralisation sämtlicher Ortskassen; denn dadurch ist es erst möglich, etwas zu erringen, was heute durch die vielen Ver-waltungen entzogen wird, d. h., durch die ungeheuren Summen, welche die Verwaltungskosten verschlingen. Darum auf der Hut sein und nur solche Männer wählen, welche für obige Forde-rungen eintreten, denn wir sind es uns und unseren Familien schuldig. Die vermeintliche freie Arztwahl, wie sie in unserer Kasse existiert, können wir nicht anerkennen und be-trachten dieselbe nur als Zwang.

Da es nun unmöglich ist, in der kurzen Zeit eine Ver-sammlung abhalten zu können, so ist es Eure Pflicht, in jeder Druckeret, in der Ihr thätig seid, einzelne Kollegen auf die obigen Forderungen hin zu prüfen und in Vorschlag zu bringen. Wir müssen 51 Delegierte wählen. Also, Kollegen, frisch ans Werk, schreibt die Namen der betreffenden Mitglieder auf und vergesst nicht anzugeben, wo dieselben beschäftigt sind und wo sie wohnen, ebenfalls bitte die Buchnummer anzugeben. Die Listen sind bis spätestens

Freitag, den 20. Oktober an die Unterzeichneten einzuliefern. Am Sonntag, den 22. Oktober, werden die Namen derselben in der Versammlung des „Interessen-vereins der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter“ bekannt gegeben und als Kandidaten aufgestellt; wo die Versammlung stattfindet, ist im Inseratenteil zu sehen. Am Sonntag, den 29. Oktober, werden die Stimmzettel vor dem Wahllokale, Alte Jakobstr. 75, ausgegeben. Es soll möglichst jede Buchdruckerei berücksichtigt werden.

Es zeichnet mit kollegialischem Gruß
Heinrich Jahn,
Holzmarktstr. 13, Quergebäude 3 Tr.
Stellennachweis des Interessenvereins der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Gegen die Tabak-Fabriksteuer hat das Personal der lithographischen Anstalt von Wegel u. Naumann in L.-Neudm., die sich mit Ausfertigung von Zigaretten beschäftigt, in einer Petition an den Reichstag gewandt und den Vertreter des 13. Wahlkreises, den Abgeordneten Geyer, ersucht, gegen die Tabak-Fabriksteuer zu stimmen, weil dieselbe un-bedingt schädigend auf diese Nebenindustrie der Tabakbranche wirken müsse.

Das Grubenkapital strafft! Mit welcher Wollust der Berg-mann in der immer noch blühenden Aera patentierter Sozial-reform und praktischen Christentums sein Werk verrichten muß, kann man an dem Straßettel erkennen, der am 16. Oktober in der „Zeche Friedrich der Große“ bei Dörne am schwarzen Brett prangte. Es wurden danach in der verfloffenen Woche bestraft:

A. Wegen willkürlichen Feierns.		
7. Oktober	16 Mann mit je 1,50 M.	Summa 24,—
8. "	2 " " " " " "	2,—
9. "	43 " " " " " "	63,50
10. "	6 " " " " " "	6,—
10. "	11 " " " " " "	16,50
11. "	2 " " " " " "	2,—
11. "	3 " " " " " "	4,50
12. "	16 " " " " " "	22,50
12. "	6 " " " " " "	6,—
13. "	15 " " " " " "	22,50
13. "	3 " " " " " "	3,—
B. Störung in der Förderung		
7. Oktober	2 Mann mit je 3,— M.	Summa 6,—
11. "	2 " " " " " "	2,—
12. "	1 " " " " " "	1,50
C. Diverfer Vergehen halber insgesamt		
	9 Mann mit zusammen	12,50
136 Mann mit zusammen		194,50 M.

Schön ist Bergmannsleben, herrlich ist sein Lohn“, hieß es neulich bei der Anwesenheit des Kaisers in Weiskalen.

Die Rekonvaleszenten-Anstalten, die von verschiedenen Berufsgenossenschaften selbstverständlich zum Wohl und Besten der Arbeiter errichtet sind, werden von letzteren zwar, wie aller Segen, der ihnen von Oben kommt, mit höchstem Mißtrauen betrachtet, aber daß diese Institute mit der Berliner Charite so ziemlich auf einer Stufe stehen, hat man bisher dennoch kaum angenommen. Genügend zu denken geben zwar schon die Jahres-berichte, die von den Berufsgenossen über die Wirksamkeit dieser Anstalten veröffentlicht werden und die in Tiraden über deren „gute Wirkungen“ gipfeln. Diese guten Wirkungen bestehen näm-lich darin, daß es den Berufsgenossenschaften meistens gelingt,

bei den Arbeitern, die sich in Rekonvaleszenten-Anstalten auf-halten, die Renten mehr oder weniger erheblich herabzusetzen. Wie dies zum Teil geschieht, lehren folgende Mitteilungen, welche die „Oberfelder Freie Presse“ über die Rekonvaleszenten-anstalt Bonn a. Rh. zu veröffentlichen in der Lage ist.

Es dürfte interessant sein, so schreibt unser Bruderblatt, über die Behandlung der Kranken in der besagten Anstalt, welche von den barmherzigen Brüdern geleitet wird, etwas näheres zu erfahren. Verschiedene hiesige Arbeiter hatten das Unglück, in der Anstalt kurze Zeit zubringen zu müssen. Einer derselben war 11 Wochen dort, ohne daß er von dem die Oberaufsicht führenden Professor untersucht worden; er beschwerte sich und nun wurde der elektrische Strom bei ihm angewandt, welcher zu einer 3 Tage dauernden für ihn bedenklichen Augenentzündung führte. — Einem Arbeiter S. aus Wülheim, der über Brustschmerzen klagte, wurde der kalte Wasserstrahl auf die Brust gehalten; der Patient bekam bald darauf Blutspucken und ist nun der Meinung, daß dies die Folge des kalten Wasserstrahls war. Um weiteren Schaden zu entgehen, entfloh er über die Mauer, dasselbe war bei dem Arbeiter V. aus Kall der Fall. Ein gleiches Verfahren schlug man mit dem Arbeiter G. D. aus Köln ein, auch diesem wurde, nachdem er beständig über Schmerzen im rechten Beine geklagt, der kalte Strahl auf die schmerzhaften Stellen gehalten, wodurch derselbe sofort um seine Entlassung an zuständiger Stelle einkam. Als besonders bemerkenswerth ist die Aeußerung des Herrn Doktor Siniger, welcher letztgenanntem Arbeiter vor seiner Entlassung erklärte, bisher hätte er geglaubt, daß Patient Schmerzen habe, jetzt aber nicht mehr. Die Folge dieses Vorgangs ist, daß D. jetzt nur noch 10 pCt. der vollen Rente erhält, während er bis zum 16. August 75 pCt. erhielt. Das ist eine schöne Be-schneuerung. — Die Berufsgenossenschaften haben da freilich alle Ursache, mit dieser Anstalt zufrieden zu sein — oder auch nicht! — Die Furcht über die Mauer soll übrigens häufiger vorgekommen sein und wäre es zu wünschen, daß die vorgesetzte Behörde ein-mal ihr Augenmerk auf diese Zustände lenken würde. Das Ganze ist aber auch ein Beitrag zu der vielgepriesenen Sozial-gesetzgebung.

Wann werden aber die in neuerer Zeit besonders zahlreich erhobenen Klagen der Arbeiter über die Behandlung, die ihnen von seiten der Berufsgenossenschaften zu teil wird, aufhören? Nicht früher, als bis die Arbeiter selber sich die Verwaltung und Leitung der heutigen Berufsgenossenschaften erkämpft haben.

Städtisches Arbeitsamt in München. Der Gewerbe-richter Rechtsrath Bösl, gedent in München einen allgemeinen Arbeitsnachweis zu errichten, ähnlich wie ein solcher schon unter der Aufsicht des Gewerbegerichts in Stuttgart besteht. Herr Rechtsrath Bösl hat bereits die nötigen Vorarbeiten begonnen. Es ist dieses Unternehmen, schreibt die „Münch. Post“, freudig zu begrüßen, um dem von uns oft gerügten Mißstande der Arbeitslosen-Ausbeutung durch Stellenvermittler ein Ende zu machen.

Aus Darmstadt wird uns berichtet: Die Errichtung eines Gewerbegerichts in unserer Residenzstadt ist den hiesigen Herren Unternehmern ein Dorn im Auge. Schon seit mehreren Jahren wird die von der öffentlichen Meinung geforderte Institution mit allen möglichen Ausreden verzögert. Eine Ver-sammlung von Arbeitgebern hat sich sogar gegen die Errichtung eines Gewerbegerichts ausgesprochen, weil keine Gründe dafür vorhanden seien, während in einer ganzen Reihe von Arbeiter-versammlungen die Errichtung für eine Nothwendigkeit bezeichnet wurde. Die Regierung hat merkwürdiger Weise in solchen Sachen oft noch mehr Einsicht als das profitstüchtige Unter-nehmertum und hat jetzt die Stadtverwaltung aufgefordert, die Vorbereitungen für die Errichtung des Gewerbegerichts so zu beschleunigen, daß dasselbe in kurzem in Funktion treten könne.

Wie das Volk unter der kapitalistischen Produktionsweise verendet, zeigt sich drastisch gelegentlich der bevor-stehenden sächsischen Landtagswahl. In Falkenstein beträgt die Zahl der Wähler gegenwärtig 969 gegen 975 im Jahre 1891. Es sind demnach bei der diesjährigen Wahl 16 Wähler weniger als vor 2 Jahren. Die Ursache des Rückganges führt das „Sächsische Volksblatt“ auf den geringen Verdienst der Maschinen-führer zurück, da viele von ihnen nicht mehr den Einkommen-steuerbetrag von 8 M. zahlen können, welcher zur Erlangung des Wahlrechts nötig ist.

Ein Glück, daß das Ende des Kapitalismus nur eine Frage der Zeit ist; noch einige Generationen kapitalistische Produktionsweise und die sogenannte Kulturmenscheit wäre überhaupt zu Grunde gerichtet.

Arbeiterkämpfe in Oesterreich. Die Bewegung unter den Gerbergehilfen in Wien dauert ungeschwächt fort. Neuer-dings sind noch die 120 Arbeiter der beiden Werkstätten Fleisch und Gerlach in Streik getreten. Unterstützungen sind dringend notwendig. — Der Stand der Lohnbewegung der Wiener W i l d h a u e r ist ein günstiger, da die Bewilligungen der aufgestellten Forderungen sich stetig mehren, trotzdem die Prinzipale An-strengungen machen, Erfolge zunächst zu machen. Infolge dessen ist die Zahl der zu Unterstützenden stationär geblieben, denn trod-dem genügend Arbeit vorhanden ist, beschränken die Prinzipale nach Möglichkeit die Zahl der Gehilfen auf das geringste. Die Firma Bortois u. Fig ist befreit, durch Annoncen in Provinz-blättern sowie durch die Fachschulen in Polen Leute heranzuziehen. Es sind noch 80 Ausständige zu unterstützen. — Auch der Zustand der Ledergalanterie-Arbeiter geht seinem glück-lichen Ende entgegen. Es sind noch vier Werkstätten mit 42 Mann im Streik. — In der Kartonnage-Fabrik Adolf Vergl u. Comp. in Wien sind Differenzen zwischen der Arbeiterschaft und den Fabriks-Eigentümern aus-gebrochen. Zugut ist strenge fern zu halten. — Bei Neuer u. Gabriel in Wien, Fünfhäus, Polggasse 675, Gelbgießerei, sind die Arbeiter wegen Lohnreduzierung von 12 pCt. in Streik getreten und stellen nun folgende Forde-rungen: 1. Durchschnittslohn 10—16 fl. 2. 10 stündige Arbeits-zeit mit ¼ Stunde Frühstück und ¼ Stunde Pause Unter-brechung. 3. Ueberstunden und Feiertage müssen um 20 pCt. er-höhrt werden. 4. Keiner der Streikenden darf unter sechs Monaten ohne eigenes Verschulden gemahregelt werden und muß die Behandlung human sein. Zugut ist fern zu halten.

Großbetrieb und Aktiengesellschaften. Nach der vor kurzem veröffentlichten amtlichen Einkommensstatistik gab es im Königreich Sachsen im vorigen Jahre 771 Aktiengesellschaften mit einem Gesamteinkommen von 42 801 787 M. Da das Ge-samteinkommen des sächsischen Volkes in diesem Jahre auf 1 594 950 692 M. eingeschätzt war, betrug das Einkommen der Aktiengesellschaften zwar noch nicht drei Prozent des Volkseinkommens, aber seit dem Jahre 1878 zeigen die Zahl und das Jahreseinkommen der Aktiengesellschaften folgende Bewegung:

Jahr	Zahl der Gesell-schaften	Jahresein-kommen desf. Mark	Jahr	Zahl der Gesell-schaften	Jahresein-kommen desf. Mark
1878	658	21 676 290	1886	624	28 095 104
1879	604	22 268 960	1888	699	29 746 698
1880	627	21 026 026	1890	725	35 322 782
1882	585	22 854 200	1892	771	42 801 787
1884	684	27 027 418			

Während die Zahl der Gesellschaften hiernach beständigen Schwankungen unterworfen war, zeigt ihr Gesamteinkommen (mit Ausnahme eines einzigen Jahres) ein stetiges und sehr be-deutendes Wachsen. Es hat sich in den 15 Jahren dieser Ueber-sicht ziemlich genau verdoppelt, während die Zahl der Gesell-schaften nur um 17 pCt. stieg. Das beweist, daß auch innerhalb der durch Aktiengesellschaften betriebenen Großindustrie der Große den Kleinen auftritt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 18. Oktober. Opernhaus. Keine Vorstellung. Schauspielhaus. Keine Vorstellung. Deutsches Theater. Der Lakonien. Berliner Theater. Rabale und Liebe. Lessing-Theater. Mauerblümchen. Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Freund Felix. Wallner-Theater. Jägerblut. Residenz-Theater. System Ribadier. Vorher: Illusionen. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Berliner Volksblut. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Victoria-Theater. Frau Venus. Alexanderplatz-Theater. Das Damenbad. Vorher: Die Balletschule. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Plinten. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Pantheon's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182. Doppelpostkarte zu fünf Preisen. Sensationelle Novität! Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Große Ausstattungspost mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Kouplets v. Lindere. Musik von Adolph Biedede. Regie: Max Samst. Vorher: Die guten Plinten oder: Hirsch in der Tanzstube. Post in 1 Akt von R. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Hugo Summel. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, den 22. Oktober, Mittags 12 Uhr: Volksvorstellung-Ratinee zu bedeutend ermäßigten Preisen: Der Trompeter von Säckingen.

Wallner-Theater.

Gaßspiel der Schliersee's Bauern. Jägerblut. Wegen des großen Erfolges von Jägerblut wurde das Bauern-Gaßspiel auf kurze Zeit verlängert.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80. Berliner Volksblut. Post mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Im 3. Akte: Bajazzi-Parodie. Morgen: Berliner Volksblut.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante. Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Post mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Neu! Zwerchschüttelnd! Neu! Die Gründung Roms in der Möckernstraße, oder: Die Rache des Gänserichs. Hochkom. Lustspiel von Oscar Wagner. Parodie! Uk! Humor! Auftr. jänmtl. Spezialitäten. Anf. Wchig. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschank von Fabrikhofer Lagerbier, hell und dunkel. In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerje, Festlichkeiten etc.

Castan's Panopticum.

Weltberühmte Ausstellung von Wachfiguren und Gruppen. Illusionen. Irrgarten. Schreckenkammer.



Passage-Panopticum. Soeben aus Chicago eingetroffen: Der blaue Mann. Die Affendame. 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße. Darunter der Schußkanal der fünf Körper deutschen Militärs, gehend durch geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexandersplatz. Täglich: Gross. Concert. Spezialitäten-Vorstellung von nur Künstlern I. Ranges. Dina Truppo, Elite-Arcobaten (6 Personen). Famille Krausol, russisches Orchester (6 Personen). Fräulein Hedwig Marga, Kostüm-Soubrette. Paul Krugeler, Gesang-Humorist. Fratelli Bozza, italien. musikalische Steinscher und Köche. Signorita Luisade Siro, italienische Kostüm-Soubrette. Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

„Sanssouci“

Kottbusstr. 4a. Jeden Donnerstag und Sonntag: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Zum Schluss: Adele, die kalte Mamsell. Ensemble von Regjel. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.) Freitag, den 20. Oktober: Soiree in der Victoria-Brauerei.

Alcazar.

Dresdenstr. 52/53 (City-Pass.) Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz! Spezialitäten I. Ranges! Neu! Novität! Neu! Rneipp II, oder: Das Blumengetrel von Nieder-Schönhausen. Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich von 5 Uhr ab: Grosses Frei-Concert. Soireen der Leipziger Sänger vom Arnstall-Palast. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch. Boltz' Festsäle, vorn. Fenerstein, S. Alte Jakobstraße 75. Gr. u. H. Säle zu Festlich. u. Verj. Koulante Bed. T. N. I., 1082. [24006] Schmiedel's Festsäle, Alte Jakobstrasse 32, empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. Wwe. E. Schmiedel.

Verspätet!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater, der Tischler Carl Herold seinem schweren Leiden am Donnerstag erlegen ist. — Die Beerdigung hat Sonntag, 15. Oktober, Nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Charitee nach dem Choriten-Kirchhof, Müllerstraße, stattgefunden. 25906 Die tiefbetrübten Hinterlassenen.

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme und die reichen Blumenpenden am Grabe meines lieben Mannes Hermann Gottwald sage ich allen Genossen und Freunden, sowie dem Wahlverein des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises meinen herzlichsten Dank. Die trauernde Wittwe nebst Kindern. 26056

Orts-Krankentafel

Böttcher Berlins.

Laut Erlass des Regierungs-Präsidenten der Provinz Brandenburg hat folgende Aenderung des Statuts stattgefunden, und zwar: § 13. Absatz 1, 2 und 3 bleiben bestehen, letzter Absatz des § 3 wird gestrichen und erhält folgenden Wortlaut: Die Krankenunterstützung wird für die Dauer der Krankheit gewährt, sie endet spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn des Krankengeld-Bezuges. Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der 13. Woche nach Beginn der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes auch der Anspruch auf die in Absatz 1 unter Ziffer 1 bezeichneten Leistungen. § 14. Der 1. und 2. Absatz bleiben, der letzte Satz von Absatz 3 wird gestrichen und erhält folgenden Zusatz: Den in einem Krankenhause zur Kur und Verpflegung befindlichen Mitgliedern, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten haben, wird kein Krankengeld gewährt. § 17. Erster Absatz geht, dafür: Mitglieder, welche anderweit gegen Krankheit versichert sind, wird das Krankengeld soweit gekürzt, daß es zusammen mit dem aus der anderweitigen Versicherung bezogenen Krankengelde den vollen Betrag ihres durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Der zweite Absatz bleibt. § 19. Absatz 1 wird Nr. 1 und 2 gestrichen und erhält folgenden Zusatz: Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse ein Sterbegeld: 1. für erwachsene männliche Kassemitglieder ausschließlich der Lehrlinge 60 M. 2. für männliche Mitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 26 M. Der letzte Absatz bleibt. Vorstehende Paragraphen werden als Nachtrag zum Statut gedruckt, und treten mit dem Tage in Kraft, wann sie im „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) veröffentlicht werden. Berlin. 112/15 Otto Schmidt, Aug. Seemann, Schriftführer. Vorsitzender.

Die gethane Versicherung gegen Herrn

Wochert nehme ich zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. 25906 Sempel.

Altes Schützenhaus,

Vinienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 20856

Vereinzimmer mit Piano zu ver-

geben Briegstr. 32. 26056

Ein Vereinzimmer

für 50 Personen ist noch zu vergeben Wienerstr. 31 bei Schröder. 26026

Bettstelle mit Matratze 26 Mark.

Betten billig Panstr. 29 bei Stephan.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Anlegerinnen für die Steindruck-Schnelldruckerei verlangt 26016 Wilhelm Boehme, Reichendergerstr. 158.

Grundirer

gesucht von der Goldleiten-Fabrik Plagemann & Maack, Gotha.

Zwei Korbmacher auf Luxus gef.

Kommandantenstraße 55 bei Nagel.

Goldleisten.

Tüchtige Vergolderinnen werd. verl. Köpenickerstr. 109a. 25996

Goldleisten.

Eine tüchtige Verfilberin wird verl. Köpenickerstraße 109a. 26006

Selegemeister verl. Rathenber.

Goldleitenfabrik, Friedenstraße 10.

Gr. Volksversammlung

am Sonntag, 22. Oktober, Vorm. 11 Uhr, im Etablissement Buggenhagen am Moritzpl.

Tages-Ordnung: 1. Der Niedergang der Schifffahrt, die Mißstände im Schifffahrtsgewerbe und die Sozialdemokratie. Referent Gen. C. Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Genossen Berlins werden ersucht, die Schiffer und die im Schifffahrtsgewerbe beschäftigten Arbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Die Agitationskommission. 36176

Achtung! Große öffentliche Achtung!

Kommunalwähler-Versammlung

für den 29. und 31. Kommunalwahl-Bezirk Mittwoch, den 18. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhause, Vinienstr. 5. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Stadtv. Borgmann. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Verschiedenes. 894/4 Das Komitee.

Kommunalwähler-Versammlung

des 16., 18., 20. Kommunalwahl-Bezirks Donnerstag, den 19. Oktbr., Abends 8 Uhr, im Etablissement Buggenhagen, Moritzplatz. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Dr. Zadok. 2. Diskussion. 3. Vorschläge eventuell Aufstellung von Kandidaten für obige Bezirke. Frauen haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthhe

Berlins und Umgegend. General-Versammlung am Freitag, den 20. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Ulrich, Waldemarstraße 75. Tagesordnung: 1. Vierteljahresbericht des Kassiers. 2. Bericht der Rechtschutz-Kommission. 3. Erziehung des Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, rechtzeitig zu erscheinen. Der Vorstand. J. A. W. Lorenz.

Deutscher Holzarbeiter-Berband.

(Zahlstelle Berlin.) Sonnabend, den 21. Oktober 1893: Erstes Stiftungs-Fest in den Concordia-Festalen, Andreasstraße 64 und Krausstraße 88, bestehend in Vocal- und Instrumental-Concert, deklamatorischen Vorträgen von Herrn Paris (Mitglied des Victoria-Theaters), und unter Mitwirkung des Gesangsvereins Forberkranz II. Festrede. Nach dem Concert: Grosser Ball. Anfang 8 1/2 Uhr. Billets (Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.) sind zu haben bei den Kollegen Hintze, Gräfenstr. 32, Quergeb. part.; Mioka, Adalbertstr. 9, 4 Tr.; Arndt, Friedenstr. 63; Wiedemann, Wendenstr. 2, 4 Tr.; Zeiso, Bartelstr. 3; Coblenzer, Adalbertstr. 96, Quergeb. 1 Tr.; im Arbeitsnachweis, Wallstr. 7/8, und auf sämtlichen Zahlstellen. Die Ortsverwaltung. 480/20

Achtung! Friedrichsfelde. Achtung!

Donnerstag, den 19. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, Öffentliche Vereinsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins im Lokale des Herrn Maikowsky (Garten „Der Kaiserin“). Tages-Ordnung: 1. Wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Dr. Jobl über: „Aus der Chemie des alltäglichen Lebens“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Aenderung der Statuten. 5. Fragelasten. — Gäste willkommen. Des interessanten Vortrages wegen werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 115/2 Der Vorstand.

Rummelsburg. Off. Versammlung für Rummelsburg

und Umgegend am Donnerstag, den 19. Oktober 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Borgmann, Berlinerstraße Nr. 83. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Das Kontrollmarken-System (oder die Boykott-Frage)“. Referent Theodor Mehner. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Lokalkommission. 4. Zu dieser Versammlung sind alle Geschäftsleute besonders eingeladen. Der Einberufer. 899/4

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt.

Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract“ etc. angeboten werden. 490M*

Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark jähle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Arbeiter-Sanitätskommission.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen der jetzt glücklicher Weise in der Abnahme befindlichen Typhus-Epidemie und der Verunreinigung der Spree gehen uns noch folgende Mitteilungen zu:

Der Graben vom Nieselfelde Bärknersfelde, der in der Nähe des Bahnhofes „Kiech-Kummelsburg“ sehr schlammig wird, einen durch Zerstörung der Grabenborde entstandenen Sumpf passiert und dann ungefähr an der Einmündung des Kummelsburger Sees in die Spree mündet, läßt seinen Inhalt am Stralauer Ufer entlang schleichen, bis er am Stralauer Wasserwerk geschöpft und uns im Osten als Getränk geliefert wird, von wo er dann durch unsere Wagen und unsere Klosets wieder nach Bärknersfelde zum Beginn eines neuen Kreislaufes geleitet wird und so fort in infinitum. Vielleicht weiß Herr Stadtverordneter Spinola einen Ausweg, auf welchem man „nicht so unverständlich sein“ kann, Nieselwasser zu trinken. Stralau filtert ja dasselbe nicht vollständig.

Des weiteren berichtet einer unserer Gesundheitsaufseher über das Filial-Gefängnis in Kummelsburg. In den Schlafsälen, in denen 30-40 Mann lasernenmäßig über einander schlafen, stehen über Nacht 2-3 Holzfübel und 1 Wechseimer für große und kleine Bedürfnisse. Sämtlicher Harn wird auf Fässer gefüllt und an die Lehmann'sche Wollfabrik geliefert. Nachdem er zum Weizen der Wolle benutzt ist, fließt der Urin mit anderen Fabrikabwässern in den Kummelsburger See. In diesem werden auch die Nachteimer ebenso wie die ca. 8 Duzend als Kloset dienenden Holzfübel — wie bereits vor einer Woche unter „Lokales“ mitgeteilt wurde — gereinigt. Diese großen Verunreinigungen in Verbindung mit den bei starken Regengüssen von dem Müll-Abfladeplatz vor dem Stralauer Thor (ca. 500 000 Kubikmeter Urin) direkt in die Spree laufenden Schmutzwässern, in Verbindung mit der Infektion des Flußlaufs durch die Köpener Waschanstalten und durch das Drainwasser des Kummelsburger Nieselfeldes genügen vollumfänglich, um die Verfeuchung der Spree begreiflich zu machen.

Wienerstr. 33. Für 33 Miether mit 163 Köpfen (57 Erwachsene und 78 Kinder) 4 Klosets. Bissig unsauber.

In einer feuchten Kellerwohnung des Seitenflügels schlafen 7 Personen, darunter 5 Kinder, auf 3 Strohlagen in einer Stube mit ca. 36 Kubikmeter Inhalt (pro Kopf 5 Kubikmeter), in der Küche ein Kind auf Stroh. Die Mutter und drei Kinder sind krank. „Ich glaube mich in eine Räuberhöhle verkehrt“, schreibt der Kontrolleur.

4 Treppen hoch schlafen 3 Personen, darunter 2 Kinder, in einem dunklen engen Korridor 6 Personen, darunter 4 Kinder in 2 Betten in einer Stube von 25 1/2 Kubikmeter Inhalt (pro Kopf 4 Kubikmeter), trotzdem noch eine andere Stube vorhanden.

Im 5. Stod regnet es durch die schrägen Dachwände durch. In einer solchen Dachstube mit Fenstern von 0,25 Metern und 0,55 Metern Größe schlafen 3 Personen.

Außerdem belästigt ein dicht am Hause stehender Fabrik-Schornstein in hohem Grade die Bewohner und verhindert das Fensteröffnen bei Tage.

Der Verwalter des Hauses kümmert sich um nichts und läßt sich, zur Rede gestellt, auf nichts ein.

Franzstr. 8. Große Unsauberkeit auf dem Hof und in den Seitengebäuden. Klosets in zum Theil Ekel erregendem Zustand, mit defektem oder gar keinem Verschluß. Auch im Vordergebäude überfüllte, stinkende Ausgänge unter der Leitung in den Fluren und Korridoren. Im Vorderhause 2 Treppen bei Korn ein niedriges Loch über der Speisekammer als Mädchengelass. Da das eiserne Bett dicht am Munde steht und statt einer Wand nach der Küche nur eine Gardine existiert, klagt das Mädchen, daß sie seit dem 1. Oktober, wo sie diesen Dienst angetreten, noch keine Nacht ruhig geschlafen; was die Angst vor dem Herunterstürzen ihr an Ruhe nicht raube, rauben ihr die Wanzen.

Alderstr. 166 ist nach den uns zugegangenen Berichten ein würdiges Seitenstück zu den schmutzigsten Häusern Hamburgs. Der ganze Hof starrt von Mist von Lauben, Hühnern, Gänzen, Dunden, Ziegen und Pferden, allerhand altes Gerämpel liegt dort herum. Drei schmutzige Klosets für ca. 100 Personen, die Spülung mehr als mangelhaft! Das Pissoir läßt nicht ab und wird nicht desinfiziert. Der 2. Hof voll von Dreck gar nicht zu betreten sein. Der Fuß ist vom Hinterhause herabgefallen, fingerstarke Risse in den Flurwänden, die Wohnungen dementsprechend schmutzig und verwahrloßt, die (menschlichen) Bewohner getrauen sich des Gestanks wegen nicht die Fenster zu öffnen. Die Wohnungen ein Eldorado für Wanzen und Flöhe, Schwaben und Mäuse.

Für die Arbeiter-Sanitätskommission gingen ferner ein: 100 M. von Herrn E. W.

Lokales.

Für das zweite Berliner Rathhaus, das der Magistrat an der Stralauerstraße errichten will, ist bekanntlich von mehreren Seiten noch ein anderes Terrain in Vorschlag gebracht worden, das Viereck zwischen Grenadier- und Prenzlauer, Linien- und Dirlenstraße. Die mancherlei Vorzüge dieses Terrains vor dem an der Stralauerstraße sind unverkennbar. Eine Anzahl von Bewohnern des Zentrums und des Nordens hat nunmehr an den Ausschuß, welcher mit der Vorberatung der betreffenden Magistratsvorlage betraut ist, eine Petition gerichtet, die den Ankauf des erwähnten Terrains an der Linienstraße empfiehlt. Wir konnten uns, als wir von dieser Petition Kunde erhielten, einer gewissen Nahrung nicht erwehren. Ein erhebendes Zeichen von Gemeinsinn, das auf den viel angefeindeten Berliner Magistrat recht wohlthuend gewirkt haben muß! Wir vermuten, daß die meisten der um das Wohl der Stadt so besorgten Petenten Hausbesitzer der dortigen Gegend sind, oder daß die Petition zum mindesten von solchen Hausbesitzern angeregt worden ist. Petitionen, die auf Straßenerweiterungen, Straßendurchbrüche, Verschönerung eines Stadttheiles, Errichtung von öffentlichen Gebäuden in einer bestimmten Gegend und ähnliche schöne Dinge abzielen, sind bisher fast immer von Hausbesitzern ausgegangen: Die Herren sind ja so unheimlich! Keinsten Unheimlichkeit und nichts anderes ist es auch, wenn sie jetzt darauf hinweisen, daß das neue Rathhaus in ihrer Gegend nicht nur billiger und großartiger herzustellen sei, sondern ebenfalls auch zur Hebung des ganzen, bisher so arg vernachlässigten Stadttheiles beitragen werde. Es war auch wirklich nicht länger mehr mitanzusehen, daß dieser Stadttheil an dem allgemeinen Aufschwung der benachbarten Straßenzüge immer noch nicht theilnehmen, und daß die Miethen für Läden und Wohnungen dort immer noch nicht steigen wollten. Alles das würde, wie gesagt, anders werden, wenn der (übrigens aus manchen anderen Gründen tatsächlich beachtenswerthe) Vorschlag der verehrlichen Petenter Beachtung fände. Leider ist aber zu befürchten, daß sich auch noch in den Hausbesitzern aus der Umgegend der

Stralauerstraße der Gemeinnutz zu regen beginnt. Hier würde er sich voraussichtlich in der gerade entgegengekehrten Richtung betätigen: die Herren würden sich durch ihr Interesse für das Wohl der Stadt Berlin zu einer Petition begeistern lassen, die dem Ausschuß empfiehlt, an dem vom Magistrat in Aussicht genommenen Terrain in ihrer eigenen Nähe festzuhalten. Wir haben solch' edlen Wettstreit zwischen den Hausbesitzern verschiedener Stadttheile schon öfter in Berlin erlebt, das letzte Mal aus Anlaß der Verlegung des Vorortverkehrs der Nordbahn vom Stettiner Bahnhof an der Invalidenstrasse nach dem Stadtbahnhof an der Bernauerstraße. Auch damals hat man mit Petitionen, Deputationen und Klubsingen, mit Versammlungen, Reden und Zeitungsartikeln nicht gespart, aber natürlich konnte höchstens eine von den beiden feindlichen Parteien siegen, und die andere, die Hausbesitzer aus der Invalidenstrassen-Gegend, trauert seitdem in Sad und Wehe. Nehmt Euch ein Beispiel d'an, ihren Herren aus der Linienstraße, und auch ihr, ihr Hausbesitzer aus der Nachbarschaft der Stralauerstraße. Seid rührig, damit auch der andere nicht zuvorkommt in der Bethätigung seines Interesses für das Wohl der Stadt. Wir aber wollen der Dinge harren, die uns die nächsten Wochen bringen werden. Wir machen uns auf einen frisch-fröhlichen Kampf um die Palme der Bürgertugend gefaßt; denn darin sind die Hausbesitzer genau so, wie alle anderen Kapitalisten: wenn sie es erst mit dem „Gemeinwohl“ kriegen, dann lassen sie so bald nicht los, dann kämpfen sie miteinander, wie Hunde, die sich einer im andern festgebissen haben. — Die Furchel mancher Hausbesitzer, als ob sie nicht lediglich ihres persönlichen Ruhms willen, sondern im Interesse der Allgemeinheit ihre Grundstücke zu hohen Preisen loszuschlagen wollen, verdient niedriger gehängt zu werden. Fast das gesamte von Hausbesitzern vorgeschlagene Viereck Grenadier-, Prenzlauer-Linien- und Dirlenstraße besteht aus alten Häusern, die, falls sie abgerissen würden, nach der neuen Baupolizei-Ordnung weniger ausbeutend wieder aufgebaut werden könnten.

Verlauf von Lebensmitteln nach Gewicht. Vor kurzem ist in der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag gestellt worden, darauf hinzuwirken, daß verschiedene Arten von Nahrungsmitteln nur nach Gewicht verkauft werden sollen. Dieser Antrag wurde einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen, welcher in seiner heutigen Sitzung zunächst darüber beriet, ob Schwarz- und Weißbrot unter die nur nach Gewicht zu verkaufenden Gegenstände ausgenommen werden soll. Nach längerer Diskussion, in der die sozialdemokratischen Mitglieder dafür eintraten, daß der Verkauf von Brot ganz allgemein nach Gewicht stattfinden soll — ein Verlangen, welches mit einer kleinen Majorität abgelehnt wurde — faßte der Ausschuß einen Beschluß, wonach der Stadtverordneten-Versammlung empfohlen wird, dem Magistrat zu ersuchen, sich mit dem Polizei-Präsidenten in Verbindung zu setzen zwecks Erlass einer Polizei-Verordnung für Berlin, wonach von jetzt ab Brot und Backwaren aller Art, deren Gewicht mehr als 1/4 Kilo beträgt, nur nach Gewicht verkauft werden darf. Die Verathung über die anderen Artikel wurde vertagt.

Zum Van-Ilwejen der Stadt Berlin. Aus London schreibt uns unser dortiger Korrespondent: Wie ich aus dem „Vorwärts“ vom 13. Oktober ersehe, haben die liberalen Berliner Stadtväter in der Stadtverordneten-Sitzung vom Tage zuvor die Ausführungen des Stadtv. Borgmann, daß die Stadt den Bau des zweiten Rathhauses in eigenen Betrieb nehmen, resp. den Unternehmern die Einhaltung bestimmter Arbeitsbedingungen vorschreiben solle, mit „Gelächter“ aufgenommen. Wie weit sich doch diese, sich wahrscheinlich sehr fortgeschritten dünkenden Herren hinter ihrer Zeit zurück! In England wird es mit jedem Tage mehr üblich, daß städtische und selbst staatliche Behörden bei Vergabe von Arbeiten die Einhaltung von Lohnsätzen und Arbeitsstunden zur unerlässlichen Vorschrift machen, und wie erst auf dem Velfaster Trade-Union-Kongress festgestellt wurde, hat vor etlicher Zeit die Regierung einer Druckschrift, die Regierungsarbeiten herstellt, die Entziehung dieser Aufträge angekündigt, wenn die Firma fortfahre, in ihren Provinzgeschäften prinzipiell nur Nichtgewerkschaftler zu beschäftigen. Da der jetzige Handelsminister, Mundella, lange Jahre selbst Fabrikant war und noch heute an Fabrikgeschäften theilhaftig ist, so kann niemand behaupten, daß der Mann vom grünen oder rothen Tisch weg bekehrte, ohne das praktische Leben zu verstehen. Aber die Erklärungen des Londoner Grafschaftsraths sprechen die berechtigte Sprache gegen das Gelächter der Berliner Fortschrittswissenschaft. — Vor anderthalb Jahren schrieb der Grafschaftsrath die Renovierung und Trierlegung der Hauptleitung des Abzugskanals in einer Verkehrsstraße von Süd-London aus. Zwei Angebote liefen ein, von denen jedes die Summe von 200 000 M. überstieg. Einer der ersten Unternehmer für diese Art Arbeiten schrieb, er lehne es überhaupt ab, ein Angebot zu machen, da er sich nicht auf die vom Grafschaftsrath vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen einlassen könne. Schön, was hat der Grafschaftsrath? Da nach Ansicht seines Ingenieurs die beiden Angebote mindestens um 90 000 Mark zu hoch waren, beschloß er, Ende September, den Bau selbst in Regie zu nehmen. Nachdem die nötigen Vorarbeiten getroffen, die Betriebsgeräte angeschafft waren, wurde ein geübter Vorarbeiter zu 80 Mark die Woche engagiert und mit dem Werk begonnen. Nur gutes Material wurde benutzt, gute Löhne gezahlt und die von den Gewerkschaften als vorbildlich anerkannte Arbeitszeit innegehalten. Durch häufige Revisionen überzeugten sich die Mitglieder des Rathes, daß solide Arbeit geleistet wurde. Und wie stellte sich die Rechnung am Schluß der Dinge? Nicht 200 000 M., wie die Kontraktunternehmer verlangt, nicht 140 000 M., wie der Rathsingenieur geschätzt, sondern Alles in Allem 107 000 M. Der Rath hatte über 120 pCt. gespart und dabei noch die mit 8000 M. eingeschätzten Arbeitsgeräte in den Kauf erhalten. Wer zuletzt lacht, waren nicht die Arbeiter, die propezeit hatten, der eigene Regiebetrieb werde sich als verfehlt erweisen, sondern diejenigen, die müthig genug waren, mit der Routine zu brechen.

Aber nicht nur das progressivste London geht in dieser Weise vor. Aus Lancashire — man denke, der Grafschaft, deren Hauptort Manchester heißt — kommt die Nachricht, daß der Gemeinderath von Oldham — einer Stadt von über 130 000 Einwohnern — beschloffen hat, seine neuen Kanalisationswerke unter Leitung eines erfahrenen Ingenieurs vollständig in eigener Regie ausführen zu lassen. Die Kosten des Unternehmens, das mit sehr vielen Schwierigkeiten verknüpft ist — Oldham ist bekanntlich ein Fabrikzentrum der Textilbranche und darf kein Abzugswasser nicht in den Fluß, an dem es liegt, ableiten — sind auf vier Millionen Mark veranschlagt und die Röhre der Stadt würden sicher nicht eine so große Summe — 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung — ausgeben, wenn sie sich nicht vorher überzeugt hätten, daß die Stadt absolut nichts riskirte, sondern im Gegentheil sowohl vom Gesichtspunkt des Interesses der Steuerzahler als auch der Arbeiter besser dabei säßt. Aber freilich, die Stadtvertretung Oldhams besteht nicht zu zwei Dritteln aus Leuten, die ein Steuerzensus zu berufsmäßigen Vertretern kapitalistischer Interessen macht. — Soweit die Korrespondenz. Unseren verehrten Stadtväter ist schon häufig dargelegt, wie die Verhältnisse in großen Städten außerhalb Deutschlands liegen. Sind sie unverbesserlich oder ist ihr Leben

das Zeichen das Beginn ihrer Besserung? Dann bitte: Dachen Sie weiter.

Zur Eisenbahn-Sparbarkeit. Häufige Störungen kommen bei den Fahrkarten-Automaten vor, die auf dem ersten Treppenabsatz des hiesigen Anhalter Bahnhofes aufgestellt sind. Der mittlere Automat enthält nur Fahrkarten nach Mariensfelde, Lichterfelde und Groß-Lichterfelde, die je zwanzig Pfennige kosten. Von dem Publikum, das entweder Bahnsteig- oder Fahrkarten für zehn Pfennige kaufen will, wird nun die Ausschrist: „zwei 10 Pfennigstücke“, der kleinen Schrift wegen oft übersehen, und man steckt nur einen Nickel hinein. Da aber der Automat nicht mit sich handeln läßt, so verabsolgt er keine Karten; andererseits aber will das Publikum die zehn Pfennigstücke nicht im Etüch lassen, und die oft erst in der letzten Minute eintreffenden Käufer klopfen schimpfend an den Kasten, bis sie schließlich den Irrthum gemahrt werden. Man sollte, wie dies auch bereits anderswo geschehen ist, den 20 Pf.-Automaten durch ein Plakat mit großer Schrift besonders kenntlich machen.

Zum Chariteboycott. Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Graevore hat beschlossen, Kranke nicht nach der Charite zu überweisen. — Einen gleichen Beschluß hat am 13. Oktober der Vorstand der Ortskrankenkasse der Möbelpolier gefaßt.

Die Pferdebahnstrecke Moritzplatz-Orly ist seit Sonntag eröffnet. Die Anzahl der laufenden Wagen ist eine viel zu geringe, am Sonntag und gestern reichten sie keineswegs zur Bewältigung des Verkehrs aus.

Ueber eine empörende ärztliche Behandlung einer 79 Jahre alten Greisin wird uns von mehreren Seiten folgendes mitgeteilt: Die Wittve W., die durch Handel mit Streichhölzern, Seifen u. s. w. ihr Leben zu fristen sucht, bedurfte ärztliche Behandlung wegen eines Bruchleidens. Zum ersten Male in ihrem Leben wendete sie sich an einem Armenarzt — Dr. S., Brunnenstr. 150-151, — dieser behandelte sie so, daß sie laut aufschrie, und als der Arzt noch bemerkte: Sie wollen wohl Unterstützung haben, da heute der 15. ist? auf seine Hilfe verzichtete und die eines Nichtarmenarztes in Anspruch nahm. — Es wäre zu wünschen, daß die Angelegenheit durch Beschwerde der Armendirektion mitgeteilt wird.

Wegen Seifenschwindel endlich verhaftet. Sehr großes Aufsehen erregt in den Kreisen der Parfümerie- und Seifenbranche Berlins, ja ganz Deutschlands, die Verhaftung der Inhaber der Seifenfabrik von Bissing u. Komp., der Kaufleute Bissing und Hofmann. Unter der oben angegebenen Firma betrieben die beiden Geschäftleute früher in der Weidenburgerstraße, jetzt in dem Hause Goldnowstraße 39 eine Parfümerie- und Seifenfabrik, welcher Hofmann vorstand. Bissing war der Leiter einer in Leipzig stationierten Filialfabrik und die Inhaber beschäftigten in ihren Etablissements ein großes Personal. Schon vor etwa 6 Wochen theilten wir mit, daß große Betrügereien in der Seifenbranche stattfänden, insbesondere durch Fälschung von Schlußscheinen, wodurch kleine Kunden in der Provinz durch Reisende berückelter Parfümerie- und Seifenfabriken betrogen, ja dem Bankrott nahe gebracht wurden. Zu diesen Firmen, welche die Fälschungen systematisch betrieben haben sollen, gehört auch die obgenannte Firma B. und Komp., deren einer Reisender, Burbach, wegen Fälschung von Waaren-Belegungsformularen zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, sich aber der Strafe dadurch entzog, daß er sich am 14. d. M. in seiner Gefängniszelle in Kassel erhängte. In dessen ging die Untersuchung weiter und die Firma B. und Komp. hielt es für angezeigt, ihren Namen zu ändern; sie hieß seit einigen Tagen Neumann und Komp.! — Selbstverständlich ließ sich die Behörde durch dieses Manöver nicht verblüffen: am Freitag voriger Woche wurde Hofmann verhaftet und, wie wir hören, wurde der Sojus in Leipzig gestern festgenommen. Die Bücher der Firma wurden beschlagnahmt und auch verschiedene Mitglieder des Personals verhaftet, so daß im ganzen acht Personen sich hinter Schloß und Riegel befinden. Es scheint ein recht lukratives Geschäft gewesen zu sein, diese „Schlußzettel-Fälschungsfabrik“, denn, wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, war die Polizei in der Lage, die auf der Reichsbank hinterlegten Guthaben der Firma in der Höhe von 300 000 M. mit Beschlag zu belegen. Die Untersuchung in dieser Affäre gilt als noch nicht abgeschlossen, da die Zahl der Geschädigten in ganz Deutschland eine sehr große ist. Der verhaftete Hofmann ist eine auf den Berliner Kennplätzen sehr bekannte Persönlichkeit. — Gleich und gleich gesellt sich gern.

Zum Arbeiterisiko. Der Schriftsetzer Bittrich, welcher in einer hiesigen Zeitungsdruckerei thätig ist, verletzete sich am vergangenen Sonntag mit seiner „Ahle“ nur so gering, daß nicht einmal aus der Stichwunde am Handrücken ein Tropfen Blut hervorströmte. Am Sonntag bildete sich nun an der verletzten Stelle eine Geschwulst, welcher von seiten des B. gar keine Beachtung beigegeben wurde; aber schon vorgestern Abend war der ganze rechte Arm mit einer solch intensiven Rötze überzogen, daß B. auf Anrathen seiner Kollegen schleunigst einen Arzt in der Zimmerstraße konsultirte, der denn auch Blutvergiftung konstatarirte und sogleich operatio eingriff.

Selbstmord. Zu rekonoziren sind die Leichen zweier Männer, die in Vororten ihrem Leben freiwillig ein Ende gemacht haben. So wurde am Sonnabend Nachmittag eine Leiche von Fischern unweit der Norddeutschen Elbe zwischen Köpenick und Grünau aus der Dahme gezogen. Der etwa 40jährige Todte, dessen linke Hand verkrüppelt ist und dessen linker Arm kürzer als der rechte ist, war bekleidet mit braunfarbener Jacketanzug; die wollebenen Strümpfe sind mit M. T. gezeichnet. Der Selbstmörder hat graumelirtes Haar (Platte), starken schwarzen Schnurbart und sogenanntes Fliege. Gefunden wurde bei der Leiche, welche höchstens drei Tage im Wasser gelegen haben kann, ein schwarzlederernes Portemonnaie ohne Inhalt, eine silberne Zylinderuhr nebst langgegliedeter Kette und ein Trauring gezeichnet v. W. 1882. — Im Forst bei Nieder-Schönhausen wurde am gleichen Tage an einem Baume hängend die Leiche eines wahrscheinlich aus Berlin stammenden, etwa 55 Jahr alten Mannes aufgefunden, welcher dem Kaufmannsstande angehört zu haben scheint. Der Todte hat dunkles Haar und rötlichen Schnurbart; in dem neben der Leiche liegenden Filz hat die Firma Busch, Brüdenstr. 10b und Spandauerstr. 13, verzeichnet.

Selbstmord eines Liebespaars. In tiefe Betrübniß sind zwei Berliner Familien durch den gemeinsamen Tod eines jungen Brautpaars versetzt worden. Der 22 Jahre alte Sohn Otto des Löpfermeisters Maybaum aus der Voßbringerstr. 41, der in dem väterlichen Geschäft thätig war und auch bei den Eltern wohnte, hatte vor etwa Jahresfrist die jetzt 18 Jahre alte Tochter Klara des Egnarstr. 3 wohnenden Kaufmanns Daby kennen gelernt. Das junge Paar, das sich innig zugethan war, hatte sich ein gegenseitiges Eheversprechen gegeben und darin auch das Einverständnis der beiderseitigen Eltern gefunden. Maybaum, der sich am Montag zur Abfertigung seiner Militä-

Pflicht in Bromberg stellen sollte, erschien am Sonntag Nachmittag gegen 5 Uhr bei seiner Braut, um sie angeblich zu einem Spaziergange abzuholen. Beide waren in heiterer Stimmung. Die Duby'sche Familie blühte stolz auf das stattliche Paar und ahnte nicht, daß es jenen für immer Abschied genommen habe. Als die jungen Leute am Abend nicht heimkehrten, wurde man ängstlich, konnte aber weiter nichts in Erfahrung bringen, als daß sich das Paar gegen Abend in einem Wirthshause der Müllerstraße aufgehalten habe. — Am Montag früh gegen 5 Uhr hörte ein Schiffer, der mit seinem Fahrzeug auf dem Plogensee lag, einen marthdurchdringenden Schrei und einen Fall in das Wasser. Der Fährmann Stendel und der Todengräber Richter forschten alsbald nach und landeten ein mit Taschentüchern aneinander festgebundenes Paar, aus dem das Leben bereits geschwunden war. Die Liebenden hatten sich von der Dampferbrücke aus in die Fluthen gestürzt. Seine Eltern wurden von dem Auffinden ihres Sohnes durch die Polizei benachrichtigt. Bei der Familie Duby lief am Montag früh ein Brief von der Hand des jungen Mädchens ein, worin es Abschied nahm und die elterliche Verzeihung erbat wegen eines Schrittes, den es vorhatte. Gegen 2 Uhr Nachmittags ging der Familie die Schreckensstunde zu. Die Veranlassung zu dem gemeinsamen Selbstmorde wird in dem Umstande gesucht, daß der junge Maybaum sich auf längere Zeit infolge seiner Einberufung zum Militär von seiner Braut, einem bildschönen Mädchen, trennen sollte.

Zhierquälerei. Ueber Quälereien von Gänsen kommen aus Nummern wiederholt Klagen. Waggonladungen mit Gänsen kamen z. B. neulich aus Gpftfahnen in Nummernburg an. Unterwegs bekamen sie wenig Futter und Wasser. Beim Ausladen stellte sich heraus, daß der Frachtbrief fehlerhaft war, die Gänse mußten in der Bahnverwaltung nicht die Thiere oder bringt sie wo anders unter?

Polizeibericht. Am 16. d. M. Morgens wurde im Zwisehstädtischen Kanal, an der Adalbertbrücke, die Leiche einer Frau angeschwemmt. — In der Großbeerenbrücke sprang eine Frau in den Landwehrkanal; sie wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus gebracht. — Vormittags fiel an der Ecke der Rittergasse und der Petristraße ein Arbeiter infolge von Krämpfen zur Erde und verlegte sich schwer an der Stirn. — Vor dem Hause Artilleriestr. 23 wurde ein Zigarettenarbeiter von einem Mann, der ihm angeblich seinen Ekel entwendet hatte, durch Messerstiche am Kopf verletzt. — Ein Schlichtermeister wurde in seiner Wohnung in der Rheinsbergerstraße erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde im südlichen Park an der Wallstraße ein Gärtner durch einen Messerstich am Kopfe schwer verletzt. — An der Ecke der Holzmarktstraße und Naupachtstraße wurde Abends ein Schuhmacher durch einen Rollwagen überfahren. Er erlitt bedeutende innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. — In einer Schankwirtschaft Stallchreiberstraße wurde ein Metallschleifer von dem herbeigerufenen Wächter mit einer schweren Verletzung am Auge angegriffen und nach Anlegung eines Verbandes nach der Universitäts-Klinik gebracht. Er ist in der Trunkenheit mit anderen Personen in Streit geraten und hat dabei die Verletzungen erlitten. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Theater.

Das American-Theater hat mit der Ausnahme der „Gründung Roms in der Möckernstraße“ in sein Repertoire einen guten Griff gethan. Diese parodistische Posse erhebt ebenso wenig wie die anderen Vorstellungen im American-Theater einen Anspruch auf besonders hohen künstlerischen Werth. Und trotzdem — wie viel höher steht diese die „Realistik“ mit Geschick verhöhnende Posse selbst an künstlerischem Werth, originellen Einfällen und echtem Berliner Witz über Auführungen wie „Mauerblümchen“ und dergleichen. Das Publikum lacht über die vielen ohne Bräutlerin vorgelegenen Kalauer in diesem Stück, wie in den übrigen Darstellungen des American-Theaters aus vollem Herzen. Der Dichter, die Darsteller sowohl der Posse, wie der anderen Vorstellungen erlangen mit Recht wiederholt lebhaften Beifall für ihr Talent, das Jovialität in lebhaftester Bewegung zu versehen.

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht. Kammer VIII. Sitzung vom 14. Oktober. Hirschfeld und Silberstein heißt die von dem 74 Jahre alten Arbeiter Robold bei der 8. Kammer des Gewerbegerichts auf Entschädigung für rechtlose plötzliche Entlassung beklagte Firma. Der Kläger giebt an, nach einer Krankheit von neunwöchentlicher Dauer von der Firma, bei welcher er 13 Jahre in Arbeit stand, nicht wieder eingestellt worden zu sein und beantragt, die Beklagten zu verurtheilen, an ihn zwei Wochenlöhne, zusammen 33 M., zu zahlen. Die Einwendung der Beklagten, vertreten durch den Oberdrucker Schmidt, daß sie auf Grund des § 123 8 der Gewerbe-Ordnung (der Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit als Entlassungsgrund angeht), zu ihrem Verhalten berechtigt waren, wurde vom Gericht mit Recht nicht für stichhaltig erachtet, da Beklagte nicht einmal den Versuch eines Beweises angetreten hatte und Kläger, der 13 Jahre hindurch sich bei der Beklagten abgeradert hatte, doch nicht plötzlich als aus Altersschwäche zu weiterer Arbeit unfähig geworden sein kann, weil er neun Wochen krank zu sein die Fähigkeit hatte. Beklagte wurde dem Klage-Antrage entsprechend verurtheilt.

Aus der feinen Gesellschaft. Gymnastikstreiche beschäftigten heute die erste Strafkammer am Landgericht II. Auf der Anklagebank stand der 17-jährige Gymnasiast Wilhelm Fritz Johannes Schlüter aus Berlin. Der Angeklagte ist ein jüdisch verwahrloster Bengel, der seine Mutter, eine Beamtenswitwe, schon mehrfach bestohlen hat. Am 7. April stahl er derselben 300 M., die er mit seinem gleichaltrigen Freunde, dem 16-jährigen, aus Ober-Salzbrunn im Kreise Waldenburg in Schleisen stammenden Kaufmannslehrling Otto Fritz Mayer, der in Berlin in der Lehre stand, theilte und an einem Tage vollständig durchbrachte. Beide kauften sich Havelock, Hüte und Revolver, doch betrogen sie das Geschäft von Wertheim noch um den Preis eines Havelock und eines Hütes, indem sie die Abreißjettel mit dem vermerkten Preise außer einem an der Kasse nicht präsentierten. Was sie sonst noch von Geld besaßen, brachten sie an einem Tage in Damenkleiden durch. Anstatt nun Hienz zu empfinden, kalkülirten die beiden Kumpane, wie sie zu mehr Geld gelangen könnten. Dabei erinnerte sich Mayer seines Freundes, des Gymnasiasten Willy Pieper, des Sohnes eines Rentiers in Neu-Weißensee. Diesen beredete Mayer, seinem Vater des Nachts die Schlüssel zum eisernen Geldsind zu entwinden und aus letzterem zu nehmen, was an baarem Gelde vorhanden sei. Die Burschen waren raffiniert genug, dem 14-jährigen Pieper eine betäubende Flüssigkeit zu übergeben, um damit den Vater während des Schlafes zu betäuben. Pieper hat dieses Betäubungsmittel nicht zur Verwendung gebracht, es gelang ihm, dem Vater die Geldschrankschlüssel während des Schlafes zu stehlen, das Geldsind zu öffnen und 3000 Mark an sich zu bringen. Am Morgen des 9. April warteten Schlüter und Mayer schon frühzeitig auf Pieper; als dieser erschien und Geld brachte, begaben sich alle drei zum Anhalter Bahnhof und fuhrten von hier nach Leipzig. Hier lebten sie in dulci júbilo, der kleine Pieper, der

das Feschen nicht gut vertragen konnte, fiel ab und mußte nach dem Hotel gebracht werden. Hier nahm ihm Mayer das gesammte Geld ab, sie ließen Pieper im Hotel liegen, und dampften mit ihrem Raube gen Magdeburg. Unterwegs fiel ihnen aber ein, daß Pieper in seiner Mittel- und Hissellosigkeit an ihnen zum Verräther werden müsse. Sie telegraphirten daher an Pieper in Leipzig, sie ließen ihn nachkommen und nahmen ihn auf dem Bahnhof in Magdeburg in Empfang. Nun ging ein tolles Leben los. In 2 1/2 Tagen verwirrhlichtete das Kleeblatt 1800 M. Ihre Verschwendung senkte die Augen der Polizei auf sie, es wurden bei ihrer Verhaftung nur noch 1520 M. bei ihnen vorgefunden. Pieper konnte nicht unter Anklage gestellt werden, weil er nur seinen Vater bestohlen hatte, der es ablehnte, einen Strafantrag zu stellen. Schlüter und Mayer hatten sich dagegen der Anstiftung zum Diebstahl und der Hehlerei schuldig gemacht. Zur Verfolgung dieser Delikte bedarf es eines Strafantrages nicht, beide wurden daher allein verhandelt werden mußte. Sein Vormund hat nun den Versuch gemacht, den jungen Mann als geistesgestört darzustellen. Aus diesem Grunde ist der Kreisphysikus Dr. Philipp mit der Exploration des Angeklagten amtlich beauftragt worden. Der Sachverständige entwarf ein charakteristisches Bild von dem geistigen Entwicklungsgange des jugendlichen Angeklagten. Derselbe führte aus, daß der Angeklagte geistig vollkommen gesund sei. Die Familie sei in allen ihren Gliedern intakt, Anzeichen von beginnender Degeneration seien nicht vorhanden. Der Angeklagte ist bis zu seinem 14. Jahre ein wohlzogener Knabe gewesen, hat aber dann plötzlich begonnen, zu extravagieren. Das habe seinen Grund darin, daß der Vater ein Jahr lang schwer krank war, daß die Mutter bei der unausgesetzten Pflege des kranken keine Zeit hatte, um sich um den Knaben zu kümmern. In seiner Aufsichtlosigkeit gerieth der Knabe in schlechte Gesellschaft, er begann damit, Sachen zu verkaufen und später beschloß er seine Mutter. Zweimal hat er einen Revolver besessen, er hat seinen Bruder damit bedroht, als dieser interveniren wollte, als der Angeklagte mit seiner Mutter Streit führte, weil diese ihm kein Geld geben wollte. Er hat seinen älteren Bruder bei einer solchen Gelegenheit mit einer Kasserolle auf den Kopf geschlagen, einen Tobsuchtsanfall simulirt, indem er Wirthschaftsgegenstände zertrümmerte und Wasser in das Klavier goss. Als aber ein Schutzmann geholt wurde, war er plötzlich ruhig; ein wirklich Tobfächtiger fürchtet einen Schutzmann nicht. Der junge Mann fiel raffiniert schlau, er versteckte sich ganz geschickt, indessen sei er geistig völlig gesund und normal entwickelt. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängniß.

Vorsätzlicher Brandstiftung wegen wurde nach zweijähriger Verhandlung der Kolonialwaarenhändler Dresselt vom Schwurgericht beim Landgericht Berlin I für schuldig erachtet und zu 2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahr Ehrverlust und 300 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Dr. Platon vor dem Schwurgericht. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand gestern vor dem Schwurgericht am Landgericht II die Verhandlung eines Stambul-Prozesses statt. Auf der Anklagebank steht der 34-jährige, unverheiratete, aus Jüterburg stammende praktische Arzt Dr. Max Platon, der beschuldigt ist, in einer Menge von Fällen schwere Sittlichkeitsverbrechen gegen weibliche Personen begangen zu haben, welche seinen ärztlichen Beistand suchten. Er soll seine unaufrichtiger Zweite theils durch Anwendung von Gewalt, theils mit Hilfe von narkotischen Mitteln verfolgt haben und ist lange Zeit angefaßt und unverfolgt geblieben, weil die Scham seinen Opfern den Mund verschloß. Wie arg es der Angeklagte getrieben haben soll, geht daraus hervor, daß derselbe bald nach seiner Verhaftung gegen eine Kaution von 20000 M. auf freien Fuß gesetzt, jedoch acht Tage später wieder in Untersuchungshaft genommen wurde, aus welcher er heute auf die Anklagebank geführt wurde. Angeklagter ist seit fünf Jahren praktischer Arzt, er prakticirte zuerst in Berlin, siedelte aber im Januar 1892 nach Nordorf über, weil er dort für einen Bezirk des Gewerks-Krankenkassenvereins als Kassenarzt angestellt wurde. In dieser Stellung als Vertrauensarzt soll Angeklagter die Verbrechen begangen haben, welche ihn zur Last gelegt werden. Die Staatsanwaltschaft hat aus der Zahl der zur Anzeige gelangten Fälle alle diejenigen ausgeschlossen, in denen die Anwendung von Gewalt irgendwie zweifelhaft sein konnte und so führte der Eröffnungsbeschluss über das Hauptverfahren nur zwei vollendete Verbrechen vom 25. Mai und 1. Juni d. J. auf. Gleich nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Zur Hauptverhandlung sind seitens der Anklagebehörde und der Verteidigung, die Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann führt, mehr als zwanzig Zeugen geladen.

Die Geschworenen votirten dahin, daß Dr. Platon nur in einem Falle schuldig, in dem zweiten nichtschuldig sei. In dem ersteren Falle wurde noch eine Unterfrage mit milderer Form bejaht. Das Urtheil lautet dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf zwei Jahre Gefängniß, wobei der Präsident besonders betonte, daß trotz der milderen Auffassung der Geschworenen auf eine verhältnismäßig strenge Strafe erkannt werden mußte, weil der Angeklagte seine Sprechstunden zur Befriedigung seiner strafbaren Sinnlichkeit benutzte habe.

Die nächste Session des Schwurgerichts am Landgericht Berlin I wird am 6. November unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Haack beginnen. Dem Bezirke nach wird in dieser Tagung auch die Anklage gegen Hugo Löwy und Genossen wegen betrügerischen Bankrotts bezw. Beihilfe dazu zur Verhandlung kommen. Den Angeklagten ist jetzt die Anklage zugestellt worden.

Eine gefährliche Weinauswechslung kam gestern vor dem hiesigen Landgericht II gegen den Droguisten Mohr zur Verhandlung. Im Verfolg einer ministeriellen Verfügung wurde auch bei dem Angeklagten ein als „garantirt reiner Solovyer Kinder- und Krankenwein“ beschlagnahmt und dem Gerichtschemiker Dr. Wein zur Untersuchung übergeben. Derselbe begutachtete, daß dieser „Wein“ hauptsächlich aus Spiritus und Zuckerwasser besteht und bei der rigorosen ungarischen Wein-Beschreibung und Beaufsichtigung nicht einmal in Ungarn fabrizirt sein könne. Es werden hier selbst billigere Ungar-Schweine als zu dem vom Angeklagten erzielten Preise von 3 M. pro Liter von reellen Firmen verkauft; diese werden aus reinem Ungarwein und Trockenbeeren erzeugt und seit Jahrzehnten gerne getrunken. In der That behandelte der Zeuge, daß der „Wein“ von einer Bremer Großhandlung als „reiner Malvaster“ aus Griechenland stammend, unter Vorzeigung eines Analysen-Attestes verkauft wurde, Dr. Wein erklärt, es sei bekannt, daß unbekanntende Firmen in der unerhörtesten und reklamehaftesten Weise die Namen der untersuchenden Chemiker mißbrauchen, um glauben zu machen, daß jeder Wein untersucht worden ist oder daß der Chemiker, der einmal eine oder mehrere Weinproben untersucht hat, eine ständige Ansicht ausübt. Ueberdies hat der Sachverständige, wie er behauptete, öfter anscheinend in Bremen fabrizirte „Port-, Kap- u. dgl. Schweine“ als rechte Kunstprodukte, in denen kein Wein nachweisbar sei, erklären müssen. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß der Angeklagte beim Ankauf eines „Kinder- und Krankenweins“ die nötige Vorsicht verabsäumt hat. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe von 80 M. verurtheilt.

Aus letzter Verurteilung mußte gestern von der zweiten Strafkammer am Landgericht II die Verurteilung einer Sache beschlossen werden, obwohl der Angeklagte und der einzige Zeuge

zur Stelle war. Wegen Unterschlagung und Rückenfalschung war der Expeditionslehrling Joseph Göb aus Friedebau angeklagt. An Stelle des angeklagten „Lehrlings“ betrat aber ein Garde-Mann die Anklagebank, der von einem Unteroffizier eskortirt wurde. Der erstauente Gerichtshof erfuhr, daß der Angeklagte, während die Anklage schwebte, als Freiwilliger beim 1. Garde-Mann-Regiment eingetreten ist. Gegen „ein Mitglied der bewaffneten Macht“ konnte das Zivilgericht nicht verhandeln, die Aburtheilung der Sache wurde auf Beschluß an die Militärgerichtsbarkeit überwiesen.

Berechtigt ein verwanztes Bett, das Gefinde zum Verlassen des Dienstes? Das Schöffengericht zu Berlin entschied gestern diese Frage in verneinendem Sinne. Die unverehelichte Marie Bochum, welche wegen Verwanzung der Betten und weil sie nicht satt zu essen bekam, den beim Schneidermeister L. am 1. Juni cr. angetretenen Gesindebedient ohne Kündigung verlassen hat, wurde deshalb zu sechs Mark event. 2 Tagen Haft verurtheilt. Der Gerichtshof ließ den Einwand der Angeklagten, daß sie der Wange wegen eine Woche lang auf den Küchendielen schlafen mußte, ohne Berücksichtigung, weil Ungeziefer sich wohl besitzigen lasse. — Diese Entscheidung steht selbst mit der veralteten Gesinde-Ordnung und der Interpellation durch das Reichsgericht in Widerspruch, ist aber ein bezeichnender Beitrag zur Lage der weißen Slawinnen.

Zum Recht der freien Meinungsäußerung. Die „Germania“ hatte die Art der Selbstschätzung in Schlochau kritisiert. Hierin erblühte der Staatsanwalt eine Beleidigung der Mitglieder der Steuereinschätzungs-Kommission zu Schlochau und beantragte gestern — einen Monat Gefängniß. Das Gericht erkannte auf 600 Mark Geldstrafe. — Das nennt man staatsrechtlich: Preßfreiheit.

Verfassungen.

Für die Genossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises fand am 16. Oktober eine Generalversammlung statt, in welcher Genosse Hoffmann einen Vortrag hielt über: „Wann beginnt die Revolution?“ Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Der Vorsitzende, Genosse Bernauer, gab hierauf einen kurzen Rechenschaftsbericht und der Kassirer Petermann die Abrechnung. Gesamteinnahme 426,15 M., Gesamtausgabe 294,90 M., Bestand 131,25 M. Die nunmehr erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab: Genosse Mehnert, 1. Vorsitzender; Genosse Wittig, 2. Vorsitzender; Genosse Petermann erster, Genosse Wachmann stellvertretender Kassirer; Genosse Bucher erster, Genosse Döbarck stellvertretender Schriftführer; Genosse Plath, Weißer, Revisoren; Genossen Lohn und Rehmann. Nach Bekanntgabe, daß bei der Kassafeste in Pferdebusch ein Uhrschlüssel mit Medaille gefunden und in Empfang zu nehmen sei, forderte Genosse Tüsterow auf, auf die Bekanntgabe der nächsten Kommunalwahl-Versammlung im „Vorwärts“ genau zu achten.

Die sämtlichen Filialen Berlins und Umgegend der allgemeinen deutschen Zuspäz-, Kranken- und Sterbekasse (Main) hatten zum Sonntag, den 8. Oktober cr., Vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Parlamentshallen“, Landbergerstraße 88, eine Generalversammlung anberaumt, welche, einem allseitig ausgesprochenen Wunsche Rechnung tragend, sämtliche Filialen zu einer einzigen vereinigte, und für Berlin einen ständigen Vorstand wählte. Um jedoch den Mitgliedern die Entrichtung ihrer Beiträge zu erleichtern, wurden außer dem Kassirer auch einige Vorstandsmitglieder mit der Annahme von Beiträgen betraut, während das Krankengeld nur vom Kassirer ausbezahlt wird, welchem allein auch die Krankmeldungen sofort mitgeteilt werden müssen. Der Kassirer ist außer in seiner Wohnung von 7-8 Uhr Abends, jeden Sonntag von 9-11 Uhr bei Tempel, Langestr. 65, zu sprechen und werden dort auch neue Mitglieder aufgenommen. In den Vorstand wurden gewählt: H. Schulz, Memelerstraße 60a, als Bevollmächtigter (Zahlstelle von 12-1 Uhr Mittags), G. Pawlowsky als dessen Stellvertreter; J. Dachs, Kottbuser Ufer 5, Kassirer, Buchdruckerbesitzer Reints, Stallchreiberstr. 12, dessen Stellvertreter (Zahlstelle den ganzen Tag); G. Lehmann, Heilmstr. 3, Schriftführer (Zahlstelle von 7-9 Uhr Abends); Kühner, Königsbergerstr. 22, Stellvertreter; Siglach, Wolyn und Groß zu Weißigern. Die Zahlstelleneinhaber wurden angewiesen, von Mitgliedern, welche mehr als 6 Wochen reistren, ohne um Stundung nachgesucht zu haben, keine Beiträge mehr anzunehmen. Die bisherigen in Tabakläden befindlichen Zahlstellen bleiben bestehen, dagegen ist die Zahlstelle in der „Post“, Dresdner und Reichendergerstraße-Ecke, aufgehoben.

Eine öffentliche Volksversammlung tagte am 16. Oktober in Ahrens Brauerei. Reichstagsabgeordneter Paul Singer sprach über die Ziele der Sozialdemokratie. In einem ausführlichen Referat kritisierte Redner an der Hand des erstürzten Parteiprogramms die gegenwärtigen gesellschaftlichen Mißstände und erläuterte eingehend die im II. Theil des Programms enthaltenen Forderungen: In der Diskussion wurden die Gegner, die anwesend waren, vergeblich aufgefordert, das Wort zu nehmen. Einstimmig nahm dann die sehr gut besuchte Versammlung folgende Resolution an: Die heutige Volksversammlung schließt sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz an. Sie erkennt, daß die heutige Gesellschaftsordnung unhaltbar geworden ist, in der nur Noth und Elend in trasser Form, dem auch der heutige Staat nicht mehr abzuhelfen im Stande ist, hervortritt. Die Anwesenden verpflichten sich daher überall, besonders auch bei Wahlen, für die Prinzipien der Sozialdemokratie einzutreten, um bald die politische Macht zu erringen und somit dem internationalen Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

Unter Verschiedenem erwähnte Genosse Pfarr diejenigen, welche sich Sozialdemokraten nennen, auch zu den Kosten der Agitation kräftig mit beizutragen; Listen zur Stadtverordnetenwahl könnten bei ihm, Wisnadenstr. 40, entnommen werden. Von der Reichstagswahl ständen noch immer drei Listen aus, die trotz wiederholter Aufforderung an die Inhaber derselben, abzurechnen, nicht abgeliefert seien. Es sind dies Nr. 719, auf die der Malergeselle Schlimpert 240 M. gesammelt haben soll, und die Nr. 701 und 708, die der Maurer Kinder, Stromstraße wohnhaft, habe. Redner forderte ferner die Parteigenossen, welche schulpflichtige Kinder haben, zum Austritt aus der Landeskirche auf. Herwieschmidt erwähnt zum Eintritt in den Wahlverein, hier erucht die anwesenden Schiffer, dafür zu sorgen, daß die Schifferversammlung am Sonntag, den 22. Oktober, bei Buggenhagen gut besucht werde. Auf Anfrage eines Genossen erklärte Singer, daß die Absicht bestehe, während der Tagung des Landtages den Herren, welche darin sitzen, durch Massenversammlungen vorzuhalten, daß die Arbeiterklasse die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts auch für die Landtagswahlen verlangt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Wähler des 13. Kommunal-Wahlbezirks sollte am 16. Oktober als Kandidaten dieses Bezirkes bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen den Zigarrenhändler Gottfried Schulz, Kottbuserstr. 40 a auf und wählte ein Komitee, bestehend aus den Genossen F. Lehmann, Traud, Runge, Seidel und Vogt.

Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 41. Bezirk tagte am 15. Oktober im Weddingpark. Stadtverordneter Vogtherr erstattete Bericht über die Thätigkeit der Stadtverordneten-Versammlung, deren freisinnige Majorität sich auch in den letzten Jahren wieder als brav nach oben und

im Jahre des Herrn 1808; Bismarck hatte den „Bruderkrieg“ entzündet, um Deutschland dadurch „einig“ zu machen, daß er es in drei Stücke zerschneidet und das eine Stück, Oesterreich, den geliebten Russen als Beute hinwarf. Die sächsischen Truppen, die das Spiel nicht mitmachen wollten, wurden nach Oesterreich vertrieben, und Leipzig wurde von preussischen Truppen, meist Landwehr besetzt. Darunter ein Bataillon aus Stettin, wo damals die Cholera herrschte. Das Bataillon lag in der Pleißenburg. Plötzlich — es war Anfangs Juli — zeigten sich in dem Bataillon verdächtige Krankheits-Erscheinungen — erst war es „Diarrhöe“ oder „Ruhr“, allein der blutig eintretende Tod in einigen Fällen ließ nach 24 Stunden keine Täuschung mehr zu: es war die Cholera, die Cholera in der schlimmsten Form — ähnlich wie 1892 in Hamburg. Was thun? Die Stadtkommandantur war in arger Verlegenheit. blieb das Bataillon in der Pleißenburg, so war dessen Desimierung gewiß. Quartierte man es in die Stadt ein, so würde die Seuche in die Bevölkerung getragen, allein das Bataillon kam in günstigere Gesundheitsbedingungen. Ein Soldatengemüth konnte nicht lang schwanken. Das verzeuhte Bataillon wurde in die Stadt einquartiert, und einige Duzend neuer Choleraherde wurden geschaffen. Die Cholera verbreitete sich mit furchtbarer Geschwindigkeit und sie war mörderischer als selbst die vorjährige Epidemie in Hamburg. Damals sind vom Juli bis zum Oktober an die 6000 Menschen in Leipzig und Umgegend der Cholera erlegen, die von der Stadt ferngeblieben wäre, wenn die Militärverwaltung die einfachsten hygienischen Regeln beobachtet, die elementarsten Rücksichten auf die Zivilbevölkerung genommen hätte. Aber — es galt ja die „nationale“ Einigung Deutschlands.

Erordnung des gräflich Blücher'schen Ehepaares. Auf das gräflich Blücher'sche Ehepaar in Wiesow bei Greifswald wurde gestern von dem herrschaftlichen Gärtner ein Attentat verübt, wobei der Graf getödtet und die Gräfin schwer verwundet wurde. Der Mörder entlebte sich selbst.

Der Graf befand sich gestern Vormittag in der zwölften Stunde mit seiner Gemahlin in einem nach dem Schloßpark gelegenen Zimmer und war gerade an ein offenes Fenster herangetreten, als plötzlich ein ca. 23jähriger Jäger, der seit Jahren auf dem gräflichen Gut beschäftigt, kürzlich aber entlassen war, vor dem Fenster erschien, seine Doppelpistole von der Schulter nahm, auf das gräfliche Paar anlegte, und ohne daß es jemand verhindern konnte, zwei Schüsse auf die nicht abwendenden abfeuerte. Die eine Kugel drang dem Grafen direkt in den Kopf und führte seinen sofortigen Tod herbei, während die zweite Kugel die Gräfin am Hals streifte und sie zu Boden stredte. Beim Herannahen des durch die Schüsse alarmirten Dienstpersonals warf der Mörder die Pistole fort, rannte in den Flur des gräflichen Schlosses, zog einen sechs-läufigen Revolver hervor und schloß sich in die Schlöße. Der Tod trat sofort ein. Der Thäter ist gleichzeitig Jäger des Grafen gewesen und war als ein sehr sicherer Schütze bekannt. Er stand in einem intimen Liebesverhältnis zu einem Mädchen im Schloß, und um der Liebelei ein Ende zu machen, wurde dieses, bei der das Verhältnis nicht ohne Folgen geblieben war, vom Gute entfernt. Der Jäger wollte das Verbleiben seiner Braut bewirken, erhielt aber aus diesem Grunde selbst keine Kündigung. (1)

Die Jeunesse dorée in Italien macht den betreffenden Herren Vätern recht viel zu schaffen. Erst neulich wurde mitgetheilt, daß des früheren Minister-Präsidenten Crispi einzigster Sohn erst einen Kursus im Korrektionshause durchmachen mußte und dann nach Amerika abgeschoben wurde. Nun kommt folgende Nachricht. Von der Strafkammer in Ravenna wurde der Sohn des genannten Polizei-Präsidenten von Neapel, der Commendatore Achille Sangiorgi, wegen Wechselfälschung zu sechs Jahren Gefängniß, zu den Kosten und zu lebenslänglicher Ausschließung von allen Staatsämtern verurtheilt. Der Prozeß hat großes Aufsehen erregt.

Großfeuer. Paris, 16. Oktober. Der große Brand, welcher Nachts in Saint-Denis stattfand, zerstörte die Werkstätten der Allgemeinen Bau-Gesellschaft, in denen sich viele von der Schlafwagen-Gesellschaft bestellte Waggon befanden.

Zwei Schiffsuntergänge. New-York, 16. Oktober. Während des am Freitag herrschenden Sturmes ging auf dem Erie-See das Transportschiff Dean of Richmond mit 18 Personen unter. Dasselbe Geschiß traf auf den Michigan-See ein Fahrzeug mit sechs Personen.

Literarisches.

Religion, Kirchenthum und Sozialismus. Von H. Reichenbach. Solingen, Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Das akademische Berlin. Winter-Halbjahr 1893-94. (a. u. d. Z. Mayer u. Müller's Akademische Handbücher I.) Berlin W., Mayer u. Müller. 86 u. XIII S. 16°. Preis 80 Pf. Dem, der sich in Berlin an Hochschulen wissenschaftlichen Studien widmet oder die Bibliotheken benutzen will, wird das Büchlein manch' guten Dienst leisten.

Das Frauenbuch. Ein ärztlicher Rathgeber für die Frau in der Familie und bei Frauenkrankheiten. Von Frau D. S. Adams, Dr. med. Mit Abbildungen. Stuttgart. Süddeutsches Verlags-Institut. I. Heft. Preis 50 Pfennig. (Vollständig in 14 Heften.)

Um ein Königreich und andere Geschichten. Von Leon Rosenzweig. Wiesbaden. Verlag von S. Sadowitz. Preis 1 Mark.

Unter dem Titel „Thalia“ wird vom 15. Oktober ab in Wien ein Fachblatt für die Bühnengehörigen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands erscheinen, welches sich zur Aufgabe stellt, deren Interessen nach jeder Richtung hin kräftigst zu vertreten. Man abonniert: Ganzjährig für 3 fl. (6 M.), halbjährig 1,50 fl. (3 M.), bei der Administration der „Thalia“ Wien VI. Barnabiten-gasse 7a, mittels Postanweisung.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Pilsen, 17. Oktober. Eine hier stattgehabte Versammlung von Delegirten der sozialistischen Arbeiterpartei West-Böhmens erklärte sich mit der Wahlvorlage der Regierung einverstanden und beschloß, falls das Abgeordnetenhaus die Vorlage ablehnen sollte, in einen allgemeinen Streik einzutreten.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

München, 17. Oktober. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Debatte über den Futternothstand fortgesetzt. Während einer Rede des Abgeordneten von Wolmar eröndte von der Tribüne ein Bravourst, worauf der Präsident die Tribüne räumen ließ.

Leus, 16. Oktober. Die Kavallerie mußte neuerdings gegen die Streikenden einschreiten, welche die Arbeiter an der Arbeit verhindern wollten. Man befürchtet ernste Zwischenfälle.

Briefkasten der Redaktion.

Düsseldorf. Wir behandeln die Sache, wenn das Urtheil vorliegt.

M. N. W. Wenn Sie das wissen wollen, müssen Sie sich bei einem sächsischen Abgeordneten erkundigen.

A. J. 101. Bayern 10 M., Sachsen 15 M., Preußen ebenfalls 15 M.

E. R. 30. Woher der Ausdruck des Volksgerichts Haberfeldtreiben rührt, ist unbekannt. Die zweite Frage können wir nicht beantworten.

E. J. Solche müssige Frage müssen Sie an Leute richten, die weniger als wir zu thun haben.

R. S. 18 „Veneta.“ Sind die Mitglieder Parteigenossen, wird es angenommen. Um Antwort wird gebeten.

M. W. 20. Im Vereinskalender finden Sie die uns bekannten Arbeiter-Turnvereine.

Zwei rothe Nordbrenner. Können Sie sich keine geschmackvollere Titulatur beilegen? Bei 13 1/2 Meter Breite machen ca. 19 Meter Länge einen preussischen Morgen aus. Die andere Frage müssen Sie an einen Soldaten richten.

A. G., Sedanstr. 3. Leider liegt Verjährung nicht vor.

E. R., Liegnitzerstr. 40. Sprechen Sie gelegentlich zwischen 12 und 1 Uhr unter Mitbringen Ihrer Aktenarten vor.

1 + 2 Nachen. So lange Sie nicht geschieden sind: Ja.

H. M. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht.

S. T. Nein, Sie können Schadensersatz begehren; aber lohnt der Prozeß die damit verbundenen Säceereien?

Thiel. Privatangelegenheiten gehören nicht in den lokalen Theil.

H. B. 300. Die Rechtsverhältnisse in den verschiedenen Theilen der Vereinigten Staaten sind nicht überall dieselben.

Böfner. An den Vorstand der Anwaltskammer. Briefliche Antwort müssen wir ablehnen.

Paul W. Der Bürgermeister soll seine Nase tiefer in das Vereinsgesetz stecken: er hat Unrecht. Warten Sie ruhig ab, was Ihrem Verein gedraut werden soll.

H. A., Weiskens. Ihr Vertrag gilt trotz Administration: Sie müßten also kündigen.

F. W. A., Köln. Besten Dank für Ihren freundlichen Hinweis. Die Ballade, beginnend mit den Worten: „War einst ein Glockengießer zu Breslau in der Stadt“ ist uns ebenfalls bekannt.

Wismar. Vielleicht will man kugelförmig verhalten, daß das Publikum die Zahl der Opfer, welche die Gräuel des Kriegs gefordert haben, kennen lernen soll.

Tiefenfurt. Gewiß können die Mitglieder gestrichen werden, wenn sie ihren Verpflichtungen den alten Verbänden gegenüber, denen sie angehört haben, nicht nachkommen sind. Es ist doch auch nicht mehr wie schicklich, daß man seine Beiträge solange zahlt, als man Mitglied eines Vereins ist. Wahrscheinlich wird die Streichungsbestimmung auch durch Mitgliederbeschuß beim Uebertritt vorgeesehen sein.

Gewerbegericht Charlottenburg-Schöneberg-Nirsdorf. Außer über Sachen, die aus sozialen oder rechtlichen Gründen ein besonderes Interesse erregen, können wir Berichte über die dortigen Gewerbegerichte nicht bringen und stellen Ihnen anheim, dieselben dem „Vollblatt“ für den Teltower, Niederbarnimer, Oberbarnimer u. s. w. Kreis zu übersenden.

Gasse. Wenden Sie sich, da speziell sächsische Gesehe zur Anwendung gelangen würden, an ein dort erscheinendes Blatt.

R. N. 90. 1. Lohnarrest ist unzulässig. 2. Wenn auf Abzahlung gelaufen ist, so kann der Gläubiger Pfänden: der Eigentümer der Sachen muß dann interveniren. 3. Richten Sie eventuell ein schriftliches Gesuch an die Armenverwaltung.

K. Müllerstraße. Sie wollen gelegentlich zwischen 12 und 1 Uhr vorprechen.

Ruheplatz 24. Die Erben eines Miethers sind trotz weitergehenden Kontrakt nur noch ein halbes Jahr lang von dem Ablauf desjenigen Quartals, in dem der Tod erfolgt ist, an den Vertrag gebunden.

Der Lehrherr. 1. Der Lehrherr hat die nach dem Lehrvertrag ihm obliegenden Pflichten zu erfüllen, hat also das vereinbarte Kostgeld ohne jeden Abzug auszugeben. 2. Die Strafbestimmungen einer Fabrikordnung sind für Lehrlinge nur soweit verbindlich als die Strafbestimmungen im Lehrvertrag Aufnahme gefunden haben. 3. Die Klage auf Zahlung des Kostgeldes ist bei dem Gewerbegericht anzubringen. 4. Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen. Demjenigen gegenüber, der an Stelle des Lehrherrn seine Ausbildung zu leiten hat, ist er zur Holsamkeit verbunden. Ein Zuchtigungsrecht hat der Stellvertreter nicht.

M., Einbeck. Ja.

W. C., Woabit. Unverständlich. Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr gelegentlich vor.

Vorzheim, R. T. Der Anwalt ist im Recht. Wenn in der Vollmacht die Ermächtigung, Vergleiche zu schließen, nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird, so folgt dieselbe nach dem Gesetze aus dem Ertheilen der Prozeßvollmacht.

Bildstock. In Preußen und im übrigen deutschen Reich giebt es keine Wahrheit, die in bezug auf einen Beamten ausgesprochen, nicht als Beleidigung aufgefaßt und bestraft werden könnte. — Das nennt sich Rede- und Gedankenfreiheit. Ihre Verurteilung ist deshalb nicht aufzuland.

Dr. E. Besten Dank. Aber, ob Spezifikation im Sinne des A. L. R. vorliegt, ist mindestens zweifelhaft; das Reichsgericht nimmt das Gegenteil an. Außerdem geht die Darlegung zu sehr ins formell juristische, vor dem mit Recht jeder Nichtjurist eine Scheu hat. Die Ungeheuerlichkeit des Falles würde durch derartige Erörterungen abgeschwächt werden.

König. Verjährung ist noch nicht eingetreten.

Otto Müller. Ist es Ihnen noch Mittwoch möglich, so wollen Sie zur Rücksprache eventuell zwischen 7 und 8 Uhr uns gelegentlich besuchen.

P. C. W. Der für Berlin festgesetzte ortsbliche Tageslohn beträgt für männliche Arbeiter über 16 Jahren 2 M. 70 Pf., für weibliche 1 M. 50 Pf., für männliche Arbeiter unter 16 Jahren, 1 M. 30 Pf., für weibliche 1 M.

Wongen i. N. Ja.

Genossen Hasenheide. Darüber, ob der Unternehmer oder ob der Arbeiter den Besi z des Krankenkassenbuches während der Dauer des Arbeitsverhältnisses aufzubewahren hat, bestimmt das Gesetz nichts. Inbeß wird man dem Unternehmer das Recht der Aufbewahrung zubilligen müssen, da er für richtige Zahlung u. s. w. verantwortlich ist. Die Ansprüche eines erkrankten Kassenmitgliedes sind von dem Besi z des Krankenkassenbuches nicht abhängig: ihm ist die statutenmäßige Hilfe auch dann zu gewähren, wenn er im Besi z des Kassenbuches sich nicht befindet.

Görlitz. Thomas, Nirsdorf, Falkstraße 5, II, Geschäftsleiter der Steinarbeiter Deutschlands.

H. Reh. Wenden Sie sich um Auskunft an den Arbeitnachweis der Metallarbeiter, Wallstraße 7/8.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Büchermöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Berlin S.O., Köpnickstr. 25.

Landwolle
garantirt nicht einlaufend, sehr empfehlendwerth gegen Schweißfüße.
Schod 25 Pf. Alleinverkauf für Berlin Richard Stock, Wrangelstr. 119.

Volkszither
dürfte in keiner Familie fehlen, ist in einer Stunde zu erlernen, kostet mit Schule nur 14 Mark und ist die angenehmste Musik.
Aug. Kessler, Zitherfabrik, Lausitzerstr. 51.

Cokaner
med. süßer Ungarwein, Literflasche 2,10, 5 fl. & 1,85.
Eugen Neumann & Co.
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Als anerkannt reelle und that-sächlich billigste Einkaufsquelle des Süd-Ostens für
Gold-, Silber-, Alfenidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37
!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Handlung Brunnenstr. 185.

Größtes
Bettfedern-Spezial-Geschäft
C. M. Schmidt, Andreasstr. 59,
vorm. eine Trepp.
Gereinigte neue Bettfedern per Pfd. 50 Pf. bis zu den feinsten Sorten. Fertige Betten, kompletter Stand (Decke, Unterbett, 2 Kissen) 10 Mark. Bessere Betten ebenfalls sehr billig. Nur streng reelle Bedienung. Fertige genähte Julets stets vorräthig.
Herren- Anzug, Paletot u. Hosenstoffe, alles nabeifertig, verkaufe jedes Maach zu Engros-Preisen. Reste bedeutend billiger. 4988L*
Albert Marwitz, Neue Grünstr. 29.
Ich bin nach Küstriner Platz 9 verzogen.
Dr. W. Goldmann,
2577b prakt. Arzt.
Sprechstunden 8—10 und 4—5 Uhr.

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenlocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. sonstiger Preis 9 M.
Reine Illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko. 3783L*
Steppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstraße 158.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Mehl, Hülsenfrüchte, Landesprodukte, Mühlenfabrikate etc.
liefert preiswerth in anerkannter Güte
2654b
P. Herrguth,
Müllerstr. 180 (Wedding-Platz.)
Vereins-Abzeichen etc.
H. Gattmann, Brunnenstr. 9.

Meine Damen,
verlangen Sie nur noch Schröder's unverlierbare **Sicherheits-Haarnadel**, ausgeführt in Draht, Schildpatt und Celluloid. Patent in vielen Staaten. Gesehlich geschützt 4757. Lockerung des Haares und Herausfallen der Nadel unmöglich. 56/18
Der Allein-Fabrikant und Erfinder
Ernst Schröder,
Kammwaaren- u. Haarnadelfabrik, Komptoir:
Berlin NO., Marzflusstr. 17.
Die Nadel ist in den meisten Geschäften zu haben.
Versandt nach allen Orten des In- und Auslandes. Nur gegen Nachnahme.

S. Neumann's Central-Bazar
Andreasstr. 62, zwischen Andreasplatz und Langestr., Gr. Frankfurterstr. 90, Ecke Marzflusstraße.

Große Auswahl
in Haus- u. Küchengeräthen, Glas, Porzellan, Emalle, Besen-Waaren, Gardinenstangen und Rosetten etc.
Einzel-Verkauf wie bekannt zu Engros-Preisen.

Gardinen-Reste
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, prt. Eing. v. Flur.
Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 3561 L
H. F. Dinslage,
Kottbuscherstr. 4, Hof part.

Detailverkauf sämmtl. Sorten Roh-Tabak
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. [2492b]

1000 Damen - Wintermäntel
à 7,50 M., 600 Jacketts à 5,50 M., 200 Röder à 3-10 M., Capes, früher 30, jetzt 15 M., 100 seidene Plüschvisites à 10 M. kommen von heut ab, so lange der Vorrath reicht, zum vollständigen Ausverkauf. **Damenmäntel-Bazar, Leipzigerstr. 91, 1 Treppe. 6014b***

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammingarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst- und Wintermänteln, Jaquets, Plüschatlas, Seide, Sammt und Spitzen.
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Zur Aufertigung von Zahlungsmandaten, Klagen, Briefen, Witschriften, Gnabengesuchen, Reklamationen etc. empfiehlt sich billigst
W. Miersch,
25826* Grüner Weg 44, 2 Treppen.

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Voritzplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-6. Sonnt. 9-1
Hojen, Schul- u. Herrenanzüge, Hüte, Wäsche, Betten etc. spottbillig. Theilzahlung gestattet. Pfandleihe **Skaligerstr. 13.** 46502*
Abstrirtes Zimmer für 2 Herren, à 8,50 M. bei 2586b*
S. Schulz, Brigerstr. 42, v. 4 Tr.

Parteitag in Köln.

Die Delegierten zum Parteitag in Köln werden ersucht, be- hufs ihrer Empfangnahme durch die hiesigen Genossen, nur die Bahnhöfe Köln-Zentral und Köln-Deutz als Ankunfts- stationen zu benutzen.

Die Empfangskomitee-Mitglieder tragen als Erkennungs- zeichen rothe Halbrosetten mit Metallnummern.

Das Zentral-Empfangsbureau befindet sich: Hotel Durst (früher „Gasthof zur Post“), Marxenstr. 5, in der Nähe des Zentral-Bahnhofes und des Domes.

Soweit die Delegierten sich noch nicht bei dem unterzeichneten Lokalkomitee gemeldet haben, werden sie dringend ersucht, dies umgehend zu thun, damit in bezug auf die Beschaffung von Woh- nungen das Nöthige geschehen kann.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Hermann Zeising, Köln a. Rh., Rudolfplatz 2, 3 Tr.

Für die Berichterhalter der Presse sind vom Mittwoch, den 18. Oktober, ab in der Expedition der „Rhein. Zeitung“, Köln, Gr. Griechenmarkt 115, auf die Person und das vertretene Blatt lautende Eintrittskarten für den Parteitag kostenlos in Empfang zu nehmen.

Köln, den 18. Oktober 1893.

Das Lokalkomitee.

Bericht des Partei-Vorstandes an den Parteitag zu Köln 1893.

Allgemeines.

Der Parteitag im vorigen Jahre, welcher in der Zeit vom 14. bis 21. November in Berlin stattfand, hat die Partei in voller Einigkeit gezeigt und den Beweis erbracht, daß die sach- lichen und persönlichen Differenzen, welche zu den Auseinander- setzungen in Halle und Erfurt geführt haben, vollständig aus- geglichen waren.

Die Partei konnte sich deshalb mit voller Kraft und un- gestört durch innere Wirren, der Bildung neuer Organisationen und der Agitation für unsere Grundsätze widmen. Nach beiden Richtungen sind auch große Fortschritte zu verzeichnen, wofür den sichtbaren Beweis der Ausfall der letzten Reichstagswahlen gebracht hat.

Was den Ausbau der Organisation betrifft, so hat sich der- selbe auch im letzten Jahre wesentlich in der Richtung bewegt, daß die provinziellen und Landesorganisationen mehr ausgedehnt und fester gestaltet wurden. Je mächtiger die Partei anschwillt, je größer die Zahl ihrer Anhänger wird, desto weniger ist es naturgemäß möglich, von einer Zentralstelle aus Vorarbeiten für die geeignetste Form der lokalen Organisation zu geben. Strenge fest gehalten muß nur an dem System der Vertrauenspersonen werden, durch welche die Verbindung zwischen der Parteileitung und den einzelnen Orten hergestellt wird.

Welche Form dagegen die Genossen am Orte für die Organi- sation wählen, muß in den meisten Fällen deren Ermessen überlassen werden. Wo es angeht, empfiehlt es sich aber nach wie vor, Wahlvereine zu bilden. Leider hat die in fast ganz Deutschland geltende gesetzliche Vorschrift, daß politische Ver- eine Mitglieder-Verzeichnisse an die Polizeibehörden einreichen müssen, häufig zu dem Mißbrauche geführt, daß die Namen der Mitglieder an die Unternehmer, bei denen sie be- schäftigt sind, mitgeteilt wurden, was nicht selten Maßregeln gegen den Jwang, aus dem Verein wieder auszutreten zur Folge hatte. Besonders in den ländlichen Distrikten wird durch dieses Zusammenwirken von Polizei und Unternehmern die Begründung politischer Vereine ungemein erschwert und gegendweise geradezu unmöglich gemacht.

Wenn trotz dieser Schwierigkeiten, zu denen häufig noch die Vergewaltigung unserer Agitatoren, Flugblattvertheiler u. d. durch aufgeheulte Dorfbewohner kommt, gerade auch unter den letzteren wie unter der ländlichen Bevölkerung überhaupt unser Anhang immer größer und das Bestreben nach Bekanntheit mit den sozialdemokratischen Lehren, unseren Schriften und Zeitungen immer reger wird, so beweist dies, daß die Hoffnung unserer Gegner auf den Schutz, den der „antifolletistische Bauernschädel“ ihnen als Privilegium auch in Zukunft gewähren werde, auf sehr schwachen Füßen steht. In großen Provinzen und Ländern mit fast nur ländlicher Bevölkerung, wie z. B. Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, den ländlichen Distrikten Bayerns, wie über- haupt in ganz Süddeutschland und anderwärts hat sich die Zahl unserer Anhänger gewaltig vermehrt, wie die Stimmresultate der letzten Reichstagswahlen beweisen.

Ungeachtet dieser Erfolge gelangen gerade aus den ländlichen Distrikten immer und immer wieder Beschwerden über mangelnde Agitation und geeignetes Agitationsmaterial an die Parteileitung, ein Zeichen dafür, daß auf diesem Gebiete unserer Partei noch eine Nielsenaufgabe gestellt ist. Der Parteivorstand hat deshalb auch in die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages die Frage der Landagitation aufgenommen, um so den Delegierten Gelegen- heit zu geben, ihre Erfahrungen gegenseitig auszutauschen und der Parteileitung mit praktischem Rath und Vorschlägen an die Hand zu gehen. — Eine Gelegenheit, die Probe auf den Werth und die Brauchbarkeit unserer Partei-Organisation zu machen, bot die Auflösung des Reichstags und die in kürzester Frist an- gesehenden Neuwahlen.

Die Auflösung erfolgte am 6. Mai; am gleichen Tage wurde der Termin der Neuwahlen, 15. Juni, bekannt gemacht. In der- selben Nummer unseres Zentralorgans „Vorwärts“ vom 7. Mai, in der die Auflösung des Reichstags mitgeteilt wurde, richteten auch die Mitglieder der früheren Reichstagsfraktion bereits einen Aufruf an die Parteigenossen und Wähler, mit „ganzer Kraft in den Wahlkampf einzutreten, ungesäumt die letzte Hand an die Organisation des Wahlkampfes zu legen und namentlich auch dafür zu sorgen, daß die für diesen Kampf erforderlichen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen“.

Dieser Aufruf fand in der ganzen Partei freudigen Wider- stand! Überall traten die Genossen zusammen, bildeten sich Wahl- komitees und wurden, wo dies nicht bereits früher geschehen war, die Kandidaten für die Neuwahlen aufgestellt.

Noch ehe die Auflösung des Reichstages erfolgt war, aber nachdem sie bereits sicher in Aussicht stand, fand auf Anregung des Partei-Vorstandes eine Fraktionsführung unserer früheren Ab-

geordneten statt, an der auch der Partei-Vorstand theilnahm und in der die Grundsätze besprochen wurden, nach denen die Agitation für die Wahlen geleitet werden sollte. Als leitender Gesichtspunkt wurde dabei aufgestellt, daß es:

„bei dem Umfange und der Stärke, welche unsere Partei angenommen hat, unmöglich sei, die ganze Wahlbewegung von einem Zentralpunkte aus zu leiten.“

Es empfehle sich deshalb, ohne den bisher hoch gehaltenen Gedanken der Zentralisation in der Parteiorganisation auf- zugeben, die provinziellen oder Landes-Gliederungen, welche seit Aufhebung des Sozialistengesetzes sich herausgebildet haben, bei der Durchführung des Wahlkampfes in entsprechender Weise heranzuziehen.“

Entsprechend den vorstehend entwickelten Gesichtspunkten wurde nachfolgende Einteilung der Agitationsbezirke be- schlossen:

Table with 2 columns: Wahlkreise and Sitz des Komitees. Lists various provinces and districts like Provinz Ostpreußen, Provinz Westpreußen, etc., and their corresponding committee seats like Königsberg, Danzig, Berlin, etc.

Das Zirkular, welches die vorstehende Einteilung zur Kenntniß der Vertrauensmänner und Wahlkomitees brachte, konnte bereits am 8. Mai im Drucke fertig gestellt und in den darauf folgenden Tagen versandt werden. Im Großen und Ganzen hat sich die Einteilung vortrefflich bewährt, was um so mehr hervorgehoben zu werden verdient, als es sich bei der- selben um eine Einrichtung handelte, die in der Partei zum ersten Male allgemein durchgeführt wurde und die Zeit, inner- halb der sie zur Anwendung und Durchführung gebracht werden mußte, so außerordentlich kurz bemessen war. Nur der Partei- Disziplin und dem Opfermuth unserer Parteigenossen ist es zu danken, daß nach Verlaufe von kaum acht Tagen nach Auflösung des Reichstags unsere Wahlkampforganisation schon fertig, die Komitees gewählt, die Kandidaten aufgestellt, die ersten

Wahlflugblätter vertheilt oder doch zur Vertheilung bereit und unsere Agitatoren in voller Thätigkeit waren.

Dabei ist zu beachten, daß die Wahlthätigkeit unserer Partei sich nicht — wie dies bei allen gegnerischen Parteien der Fall ist — nur auf einzelne Landstriche und Provinzen beschränkte, sondern daß wir den Wahlkampf überall in ganz Deutschland aufnahmen.

Eine Ehrenpflicht der Genossen ist es — so heißt es in dem Zirkular des Parteivorstandes — „in allen Wahlkreisen des Reiches Kandidaten unserer Partei aufzustellen.“ Ent- sprechend dieser Aufforderung wurden in 886 von den 897 Wahl- kreisen des Deutschen Reiches sozialdemokratische Kandidaten auf- gestellt und für dieselben in energischer Weise agitirt.

Der Erfolg dieser Thätigkeit ist auch nicht ausgeblieben und kommen wir an anderer Stelle dieses Berichtes darauf zurück. Als einen besonders erfreulichen Fortschritt in bezug auf die Ausbreitung unserer Partei-Organisation können die relativ be- deutenden Erfolge der sozialdemokratischen Kandidaturen in den polnischen Wahlkreisen und in den Reichslanden angesehen wer- den. In beiden Landestheilen des Deutschen Reiches herrschen in bezug auf die Ausübung politischer Rechte Ausnahmeverhältnisse, wie man sie sonst im westlichen Europa nicht kennt. In den Reichslanden, wo der Diktaturparagraf noch in Geltung ist, ist das jeweilige Befinden der Polizei und der politischen Ver- hältnisse die einzige „Rechtsgrundlage“ für die Betätigung politischer Rechte; in unseren polnischen Landestheilen fehlt zwar der Diktaturparagraf, dafür hat sich aber dort eine politische und richterliche Praxis ausgebildet, unter der für die Oppositionsparteien, und vor allem für die sozialdemokratische Partei, die agitatorische und organisatorische Thätigkeit außerordentlich erschwert wird. Polizei, Unternehmer und Pfaffen arbeiten in den polnischen Landestheilen in holder Eintracht zusammen, um von den in den wirtschaftlich traurigsten Verhältnissen lebenden Proletariaten jeden Hauch sozialpolitischer Aufklärung ferne zu halten. Die Kräfte, der Schnaps und der Rosenkranz, das sollen nach dem Willen ge- wisser „maßgebender“ Kreise die einzigen Erziehungs- und Genussmittel sein, mit denen der polnische Proletarier Bekann- schaft machen darf.

Glücklicherweise erweist sich aber auch in diesem Falle der Gedanke des Fortschritts stärker als die Machtmittel der Reaktion. Und so sehen wir auch unter unseren polnischen Arbeitsbrüdern, trotz dem Feter und Morbio eines mit dem Kapitalismus verchwägerten Pfaffenthums, trotz Polizei, Gespinnst und Ausweisung, daß die sozialdemokratischen Lehren immer mehr Ausbreitung gewinnen.

Ein Parteitag der polnischen Sozialdemokraten im Sep- tember v. J. in Berlin, welcher sich speziell mit der Schaffung einer polnischen Partei-Organisation befahte, war auch aus der Provinz sehr gut besucht und vom besten Geiste befeelt. Freilich haben gerade diese Genossen ein außerordentlich schweres Werk zu vollbringen. Bei der Begeisterung aber, welche in den Reihen unserer polnischen Genossen für die Sache der Sozialdemokratie herrscht, hegen wir keinen Zweifel, daß sie ihr Ziel erreichen werden. Der Parteivorstand hat entsprechend dem Geiste unserer Parteigrundsätze und gewiß im Einverständniß mit sämmtlichen Genossen die Bestrebungen unserer polnischen Freunde zu fördern gesucht, wo es anging.

Sichtbarer, wie in den politisch und wirtschaftlich rückstän- digen polnischen Landestheilen, sind auch für den fernerehenden die Erfolge unserer Partei in den Reichslanden. Abgesehen von der gewaltigen Zunahme unserer Stimmen in den beiden Pro- vinzen Elsaß-Lothringen, ist es uns gelungen, nicht nur den Wahlkreis Mülhausen zu behaupten, sondern auch den Stadt- kreis Straßburg zu erobern. Das, was der Reichsregierung unter dem Aufgebote aller ihr zu Gebote stehenden Mittel nicht gelingen will, das Vertrauen der „wiedergewonnenen Brüder“ zu erlangen, das hat die sozialdemokratische Partei spielend erreicht. Während von den alten deutschen Parteien, trotz aller offiziellen und materiellen Begünstigungen, keine in den Reichs- landen festen Fuß fassen kann, hat die Sozialdemokratie die zwei wichtigsten Kreise der Provinz erobert und ist zu einer der stärksten Parteien des Landes herangewachsen. Und dies alles unter der rücksichtslosen Bedrückung unserer reichsständischen Genossen, zu welcher ja die so fürsorglich auf- recht erhaltene napoleonische und altfranzösische Polizei-Gefes- gebung die willkommenen Handhaben bietet.

Als sprechender Beweis für die Stärke unserer Partei- Organisation darf wohl auch der außerordentlich starke Besuch des internationalen Arbeiterkongresses in Zürich angeführt wer- den. Die Präsenzliste dieses Kongresses weist 92 Delegirte aus Deutschland auf. Unter diesen 92 befanden sich neben den Ver- tretern der Partei allerdings auch die Repräsentanten der Ge- werkschaften, aber auch unter diesen ist nicht einer gewesen, der nicht zu den Mitgliedern der Partei zählt.

Entsprechend der Ausdehnung der Organisation und dem lebhaften Verkehr zwischen den Parteigenossen und dem Partei- Vorstand, wie er besonders durch die Wahlbewegung veranlaßt wurde, ist die Korrespondenz zwischen den einzelnen Genossen und dem Parteisekretariat gewachsen. Nachfolgende Ziffern geben ein Bild über den schriftlichen Verkehr zwischen den Parteigenossen und dem Parteibureau. Es liefen ein an Briefe und Karten in der Zeit vom Haller bis zum Erfurter Parteitag, also vom 18. Oktober 1890 bis 30. September 1891: 3227 Briefe und Karten; von Erfurt bis Berlin, d. h. vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892: 3842 Briefe und Karten, und seit Berlin bis 30. September 1893: 6232 Briefe und Karten.

Diesen Ziffern stehen gegenüber an Ausgängen (Briefe und Karten) in denselben Zeiträumen 3633, 3494 und 4730. Die versandten Zirkulare und Kreuzbänder sind in diesen Zahlen nicht mit ausgeführt. Gerade diese Sendungen haben aber in diesem Jahre, veranlaßt durch den Wahlkampf und die Flug- blätterverwendungen einen früher nie erreichten Umfang an- genommen.

Wenn angeführt aller dieser Zeugnisse für das Wachsthum unserer Partei die Gegner in neuerer Zeit das Schlagwort aus- gegeben haben, daß unsere Bewegung ihren „Höhepunkt über- schritten“ habe und jetzt sicher ein Stillstand eintreten werde, so verlohnt es sich wohl nicht, darauf ernsthaft einzugehen. Unsere Gegner haben sich gegenseitig so lange blauen Dunst mit dem angeblichen „Niedergange der Sozialdemokratie“ vorgemacht, daß man es fast als einen Fortschritt in der Beurtheilung der kre- benden Kräfte, welche die sozialdemokratische Bewegung hervor- rufen, betrachten kann, wenn jetzt bloß mehr von einem Stillstand und nicht mehr von dem „Niedergang“ der sozialdemokratischen Hochfluth die Rede ist. Auf alle Fälle löbten die Parteigenossen mit dem „Stillstand“, wie er sich bei den Groverbergeris, Gemeindeg-, Reichstags- und Land- tagswahlen in fast allen Thelen Deutschlands gezeigt hat, sehr zufrieden sein, wenn unsere Gegner dies auch sind, so kann es uns recht sein.

Erfolge, wie wir sie auch wieder im letzten Jahre erzielt haben, waren nicht möglich, wenn nicht durch unermüdliche Agitation stütztes Leben in der Partei unterhalten würde.

Besonders zur Zeit der Wahl waren unsere agitatorischen Kräfte auf das äußerste angestrengt, aber auch wie nachher hat die Aufklärungsarbeit und das Bestreben, die neugewonnenen Proletariatsmassen zu organisieren, nicht gelockert. Gleichwohl haben auch in diesem Jahre die Kräfte über nicht genügende Agitation sich wiederholt und besonders während der Wahlperiode konnten die Wünsche nach bekannteren Rednern auch nicht annähernd erfüllt werden. Die Gründe für diese Unmöglichkeit sind in den früheren Jahresberichten schon eingehend dargelegt worden, so daß sich hier ein näheres Eingehen auf diese Angelegenheit erübrigt. Was die materielle Unterstützung der Agitation betrifft, so sind an eine Reihe von Partei-Orten theils fortlaufende, theils einmalige Zuschüsse gezahlt worden. Größere Summen wurden für einzelne Provinzen oder Länder auf Antrag der Genossen zur Verfügung gestellt, um die Agitation zu fördern. Entsprechend den Beschlüssen des vorjährigen Parteitag wurde die Agitationschrift „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von W. Bracke in großer Auflage hergestellt und den Genossen zur Gratisvertheilung überlassen. Das Gleiche geschah mit Bebel's Rede in der Zukunftsstaats-Debatte, welche in einer Auflage von 1 Million 700 000 Exemplaren hergestellt und im ganzen Reich verbreitet wurde. Zur Reichstagswahl wurden den Wahlkomitees zunächst vier Entwürfe zu Flugblättern zur Verfügung gestellt und außerdem die Flugchrift über „Die Militärvorlage“ unentgeltlich abgegeben. Von Flugblättern, welche für die Landbevölkerung berechnet waren, hat besonders das: „Du, Mutter, was läßt der Herr Gendarm so?“ angesprochen und ist daselbe, obwohl es dreimal konfisziert und unter Anklage gestellt — aber wieder freigegeben worden — in mehreren hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden.

Was den Inhalt der Wahlflugblätter betrifft, so darf konstatirt werden, daß dieselben durchweg den prinzipiellen Charakter unserer Bestrebungen streng zum Ausdruck brachten. Zwar hat die Militärvorlage und deren Bekämpfung in unseren Flugblättern, dem Anlaß der Reichstags-Auflösung und des Wahlkampfes entsprechend, einen breiten Raum eingenommen, aber daneben finden unsere prinzipiellen Forderungen den ihnen gebührenden Platz.

Neben den Klagen über zu wenig Agitation sind in der letzten Zeit aus gewerkschaftlichen Kreisen Beschwerden laut geworden, daß in weiten Parteilagen der Gewerkschaftsbewegung nicht die gebührende Beachtung geschenkt werde, sowie daß sowohl von einzelnen bekannten Genossen wie parteigenössischen Presorganen geradezu feindselige Kundgebungen gegen die Gewerkschaftsbewegung erfolgt seien.

Bei dem engen Zusammenhange jener Gewerkschaftskreise mit der sozialdemokratischen Bewegung glaubte der Parteivorstand der Prüfung der Berechtigung dieser Beschwerden sich nicht entziehen zu können, und zwar um so weniger, als aus den Berichten über die Versammlungen, welche sich mit dem Kölner Parteitag beschäftigten, und aus den Anträgen, welche zu demselben gestellt sind, sich ergibt, daß diese Frage den Parteigenossen an vielen Orten vorgelegt worden ist und eine wiederholte Aussprache seitens der Partei vielfach gewünscht wird.

Ihren Ausdruck fanden die vorstehend skizzirten Beschwerden besonders in Artikeln des „Korrespondenzblatt“, Organ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. In diesen Artikeln ist von „prinzipiellen Gegnern“ der Gewerkschaftsbewegung in der Partei die Rede und wird zum Beweise dafür, daß es solche selbst unter den bekannteren und einflussreicheren Parteigenossen giebt, auf eine Aeußerung eines sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten hingewiesen, die derselbe auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress gethan haben soll, indem er von „der verderblichen Tendenz der hohen Beiträge“ in den Gewerkschaften gesprochen hat. Nun halten zwar auch wir diese Ansicht für falsch, denn wenn die Gewerkschaften einen Werth für ihre Mitglieder haben, d. h. leistungsfähig sein sollen, dann müssen auch entsprechende Beiträge bezahlt werden. Wir wissen aber auch, daß die Ansicht über die Schädlichkeit der hohen Beiträge sogar von eifrigen Anhängern der Gewerkschaftsbewegung vielfach getheilt wird, welche der Ansicht huldigen, daß es vor allem darauf ankomme, die Masse erst einer Organisation zuzuführen; später, wenn das geistige Band erst geschlungen sei, werde es dann leichter, den Oxyterium zu wecken. Wie man sich aber auch zu dieser Aeußerung stellen mag, sicher ist, daß mit derselben nur die Meinung eines Genossen zum Ausdruck gelangte und es ist daher wirklich nicht ersichtlich, wie die Redaktion vom „Korrespondenzblatt“ zu der Annahme gelangen konnte: „diese Aeußerung stände im Einklang zu der Meinung der Mitglieder der Reichstagsfraktion.“

Keinlich steht es mit dem Verlangen, die Parteipresse möge die Gewerkschaftsbewegung mehr unterstützen und sie nicht nur „wohlwollend dulden“. Wer unsere Parteipresse kennt, der wird den Bormour, der in diesen Seiten steht, einfach nicht verstehen. So lange wir eine sozialdemokratische Presse in Deutschland haben, ist dieselbe stets mit Wärme für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten und sind alle gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter von derselben unterstützt worden. Allerdings haben unsere Presorgane auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß über den Kämpfen und Streben um bessere Arbeitsbedingungen die letzten Ziele der sozialdemokratischen Bewegung: Die Beseitigung der Klassenherrschaft und die Umwandlung der Produktionsmittel aus kapitalistischem in gesellschaftliches Eigentum nicht vergessen werden dürfen. Diese Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Kämpfe und Bestrebungen als eines Palliativs, das wohl geeignet sei, den Arbeitern bei günstiger Konjunktur auf den Arbeitsmarkt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und das weiter auch dazu diene, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die Unternehmer davon zurück zu schrecken, ihr soziales Uebergewicht schrankenlos zu mißbrauchen — das aber nie dazu führen könne, die Arbeiterklasse vom Druck der Kapitalherrschaft endgiltig zu befreien, diese Kennzeichnung ist einfach Pflicht unserer Presse. Die Zumuthung, aus „taktischen Rücksichten“ das Aussprechen dieser Wahrheiten zu unterlassen, kann nicht erfüllt werden, wenn unsere Bewegung nicht den sozialdemokratischen Charakter verlieren und der Versumpfung anheimfallen soll.

Das Aussprechen der letzten Ziele hat auch dem Anwachsen der Bewegung noch nie geschadet, wenn sonst die Bedingungen dafür in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen vorhanden sind. So ist in der politischen Partei das Wählen und die Betheiligung an dem Parlamentarismus noch nie als Selbstzweck hingestellt, sondern immer nur als erfolgversprechendes Agitationsmittel behandelt worden. Trotzdem aber unsere Partei nie ein Hehl aus ihrer Auffassung bezüglich des positiven Wertes der parlamentarischen Thätigkeit gemacht hat, so sehen wir doch die Zahl der Wähler wie der Abgeordneten von Wahlperiode zu Wahlperiode mächtig wachsen.

Wenn die Gewerkschafts-Organisationen zur Zeit relativ schwach sind, so liegen die Gründe dafür sehr nahe. Zunächst ist die Thatsache ins Auge zu fassen, daß die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes von entscheidendem Einfluß auf den Stand der Gewerkschaftsbewegung ist. Die Zeit der Gründerperiode, in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung brachte uns eine, im Verhältnis zur Ausdehnung der sozialdemokratischen Partei, sehr starke Gewerkschaftsbewegung. Mit dem Eintritt des „Kraus's“ und seiner Folgen ging aber die Gewerkschaftsbewegung zurück, während die Partei-Organisation in den Jahren nach der Vereinigung auf dem Kongress in Gotha sich immer mehr ausbreitete. Das Sozialistengesetz zerstückte die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Trotz der brutalen Polizeiherrschaft unter Puttkamer brachte der bessere Geschäftsgang zu Anfang der achtziger Jahre wieder ein Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung („Berliner Arbeiter-Bewegung“, Fachvereine u.) und damit eine ganze Reihe von Arbeitsstellen. Mit der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte ging auch die gewerkschaftliche Bewegung wieder zurück.

Es ist eine Erscheinung, die sich immer und überall wiederholt, daß mit dem Beginn einer Lohnbewegung die indifferenten Arbeitermassen in großen Scharen den gewerkschaftlichen Organisationen zufließen, doch deren Reihen sich aber wieder lösen, sobald die Arbeitsverhältnisse sich verschlechtern und die Aussichten auf Erfolge durch ein gewerkschaftliches Vorgehen schwinden. Es macht sich dieser Wechsel im Zu- und Abgang bei uns um so früher bemerkbar, als die staatliche Organisation der Arbeiterversicherung (Krankenkassen, Alters- und Invaliditätsversicherung u.) den Gewerkschaften eines der wesentlichsten Mittel nimmt, die indifferenten Mitglieder an ihre Reihen zu fesseln.

Wenn nach dem letzten gewerkschaftlichen Aufschwung der Rückgang ein unverhältnismäßig starker sein soll, so lassen sich dafür verschiedene Ursachen anführen. Zunächst darf nicht verkannt werden, daß die schweren Niederlagen, welche die Arbeiter gelegentlich der Frage der Meißner 1890 in Hamburg, dann bei der großen Ausschließung der Tabakarbeiter eben dortselbst, bei dem Streik der Buchdrucker und dem Kohlenarbeiter-Ausstand im vorigen Jahre erlitten haben, der Gewerkschaftsbewegung starken Abbruch thaten. Die indifferente Masse läßt sich durch den Mißerfolg ebenso leicht abschrecken, als der Erfolg anfeuernd auf dieselbe einwirkt. Es kommt noch dazu der rücksichtslose Druck, welcher nach den Niederlagen der Arbeiter von dem Unternehmertum in Privat- und Staatsbetrieben ausgeübt wurde, um die Arbeiterorganisationen vollständig zu vernichten. Ein Bestreben, das dort, wo die Arbeiterkraft noch nicht in den Bannkreis der sozialdemokratischen Ideen gezogen ist, wie z. B. im Saarrevier, bis zu einem gewissen Grade thatsächlich gelungen ist. Zum Hohne auf das gefühllos gewährleistete Koalitionsrecht sind dort die auf den staatlichen Gruben und Werken beschäftigten Arbeiter bei Verlust der Arbeit und der durch jahrelange Beitragszahlung erworbenen Kassenrechte gezwungen worden, aus dem Reichsschutzverein auszutreten, in Folge dessen diese nicht sozialdemokratische Organisation vollständig vernichtet und das Vereinsorgan zum Eingehen gezwungen worden ist. Für die bekannte Aeußerung, daß die preussischen Staatswerkstätten zu Musteranstalten für die Arbeiter ausgebildet werden sollen, ist das Vorgehen der Staatsverwaltung im Saarrevier eine recht charakteristische Illustration. Dasselbe ist ein ebenbürtiges Seitenstück zu dem Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse, das gelegentlich der Agitation für die Meißner 1890 zwischen dem Unternehmertum und einzelnen preussischen Ministern geschlossen wurde und als Affäre „Rühmann u. Komp.“ im Reichstag gelegentlich der Beratung der sogenannten Arbeiterschutz-Vorlage 1891 für alle Zeiten an den Pranger gestellt wurde.

Aber auch der Jahre lang fortgesetzte, häufig nur in persönlicher Rivalität wurzelnde Streit um die beste Organisationsform in den Gewerkschaften hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die Kräfte derselben zu stärken.

Es ließe sich noch mancher Grund anführen, der zur Erklärung des nicht befriedigenden Standes der Gewerkschafts-Organisationen dienen könnte, wir glauben aber, die bereits vorgeführten genügen, um zu beweisen, daß nicht das mangelnde Wohlwollen seitens der Partei und ihrer Presse den Rückgang der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschuldet hat.

Im übrigen ist der behauptete Rückgang der Gewerkschaftsbewegung im Verhältnis zu ihrem früheren Stande und auch im Verhältnis zur Zahl der organisirten, d. h. politischen Vereinen angegebenden Parteigenossen nur sehr mit Vorbehalt zuzugeben. Für Jeden, der mit den inneren Verhältnissen der Gewerkschaften und der politischen Partei vertraut ist, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder weit die der organisirten Parteigenossen übersteigt. Wenn deshalb in letzter Zeit in den gewerkschaftlichen Versammlungen und in einzelnen Fachorganen vielfach die Forderung gestellt wird: es sei Pflicht jedes Parteigenossen, der Gewerkschaft seines Berufes anzugehören, so ließe sich zweifellos mit viel mehr Recht die Forderung umkehren. Gewiß giebt es organisirte Parteigenossen, welche keiner Gewerkschaft angehören, aber sie bilden Ausnahmen, in der Regel ist der politisch organisirte Parteigenosse auch Mitglied seiner Gewerkschaft. Wäre das Gleiche bei den Angehörigen der Gewerkschaften in bezug auf die Parteimitgliedschaft der Fall, die Zahl unserer organisirten Genossen müßte an manchen Orten und besonders in den großen Städten um das Drei- und Vierfache — wenn nicht mehr — steigen. Den Grund dieser Erscheinung in gegenseitiger Abneigung oder in der Unterschätzung des Wertes und der Notwendigkeit der beiden Organisationsformen zu suchen, wäre freilich verfehlt. Die Ursache ist vielmehr in den allermeisten Fällen in der bedrückten sozialen Lage der betreffenden Genossen zu suchen, welche ihnen nicht erlaubt, neben den Prämien für Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherung, den direkten und indirekten Staats- und Gemeindesteuern, noch Beiträge für politische und gewerkschaftliche Organisationen und Presorgane zu zahlen.

Was nun den Rückgang der Gewerkschaften in den letzten Jahren betrifft, so wird, relativ genommen, derselbe aus den angeführten Gründen wohl statigebunden haben, absolut betrachtet, zeigt aber auch die Gewerkschaftsbewegung von heute genau dasselbe gewaltige Wachstum, das die politische Arbeiterbewegung im Verhältnis zu ihrem Stande vor dem Erlaß des Ausnahmengesetzes aufweist.

Die Zahlen von zwei statistischen Aufstellungen über die Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung, von denen die eine im Jahre 1877 durch den verstorbenen Genossen August Seib aufgenommen und im „Pionier“, Nr. 4, II. Jahrgang, am 26. Jan. 1878 und die andere von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1891 im „Korrespondenzblatt“, Nr. 13, II. Jahrgang, veröffentlicht worden sind, geben uns doch ein etwas anderes Bild über das Wachstum der Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren, als einige jüngere Gewerkschaftsagitatoren in ihrem löblichen Eifer für ihre Organisationen es darzustellen liebten.

Nach diesen statistischen Aufstellungen, den einzigen, die wir in dieser Sache überhaupt haben, betrug die Zahl der in Gewerkschaften organisirten Mitglieder 1877 49 055, welche 30 Vereinigungen, darunter 25 Zentralverbände, vertheilt auf 1206 Zweigvereine, angehörten. Die Aufstellung umfaßte fast alle damals bestehenden Organisationen, mit Ausnahme der Hutmacher und einiger ganz kleiner Vereine. Günstigen Falls zählten also im Jahre 1877 die Gewerkschaften 50 000 Mitglieder, vertheilt auf etwa 1300 Zweigvereine.

Dem gegenüber weist die statistische Aufstellung der Generalkommission pro 1891 einen Mitgliederbestand von 237 897, vertheilt auf 3761 Zweigvereine auf. Diese Ziffern bedeuten einen Aufschwung in der gewerkschaftlichen Bewegung innerhalb der 15 Jahre, in die obendrein 12 Jahre Sozialistengesetz fielen.

1) Nachdem der Bericht bereits geschrieben und in den Druck gegeben war, veröffentlichte die Generalkommission d. G. D. in der Nr. 21, III. Jahrgang, eine statistische Aufstellung über die „Deutschen Gewerkschafts-Organisationen“ im Jahre 1892. Diese Aufstellung weist in 52 Organisationen 227 023 Mitglieder, vertheilt auf 3950 Zweigvereine nach. Diese Organisationen hatten eine Jahres-Gesamteinnahme von 2 031 922 M., denen eine Gesamtumlage aus 1 786 271,34 M. gegenübersteht. Der Kassenbestand am Schlusse des Jahres betrug 616 414,31 M. Der Rückgang, der sich aus diesen Ziffern in bezug auf die Mitgliederzahl ergibt, ist ausschließlich auf den Ausfall bei den Bergarbeiter-Organisationen zurückzuführen. Auch aus dieser, der neuesten Aufstellung, wird die Wichtigkeit unserer Darstellung über das Verhältnis des Wachstums der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Partei nur bestätigt.

um fast 400 pCt. Die durchschnittliche Monatsannahme sämtlicher Gewerkschaften betrug im Jahre 1877 33 551 M., 1891 93 043 M. 1877 standen der Gewerkschaftsbewegung 15 Organe, 1891 54 und heute 55 Blätter mit theilweise in die Zehntausende belaufenden Auflagen zur Verfügung.

Wir glauben, daß die Kenntniß dieser Ziffern notwendig ist, will man die Klagen über den Rückgang oder die Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Bewegung auf ihren wahren Werth prüfen.

Die sozialdemokratische Partei hat sich von jeher und auch sofort, als sie in Deutschland wieder offen auftreten konnte, auf dem Parteitag in Halle mit aller Entschiedenheit für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und für starke Organisationen ausgesprochen. Diesen Standpunkt zu verlassen, dazu dürfte heute weniger als jemals Anlaß vorliegen, und die Partei hat es auch bis in die neueste Zeit weder an geistiger noch materieller Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung fehlen lassen. Es sei hier nur auf die Unterstützungen hingewiesen, welche die Partei bei den letzten großen Gewerkschaftskämpfen beigegeben hat. Mittel, die in diesem Umfange in früheren Jahren nie geleistet wurden und damals auch nicht geleistet werden konnten.

Die Hauptarbeit für ihre Ausbreitung und Ausgestaltung müssen freilich die Gewerkschaftsorganisationen selbst leisten, sie werden dies um so besser können, je weniger sie ihre Kraft in der unnützen Jagd nach neuen Organisationsprojekten oder in persönlichen Reibereien erschöpfen, wie dies in den letzten Jahren leider nur allzu häufig geschah.

Die Meißner ist auch im letzten Jahre in großartiger Weise, entsprechend den Beschlüssen des vorjährigen Parteitages gefeiert worden. In all' den Städten und Orten, in denen unsere Parteigenossen in Deutschland organisiert sind, bekundeten sie am 1. Mai zu Tausenden und Hunderttausenden ihre internationale Solidarität mit dem Klassenbewußten Proletariat aller Länder, ihres unbeugbaren Willens, nimmer zu raffen und zu ruhen, bis das Joch der Klassenherrschaft, der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen zerbrochen sei. Daneben war die Meißner zugleich eine erhebende Kundgebung für den Völkerrfrieden gegenüber dem völkerverhebenden Treiben der herrschenden Klassen.

Der Stand der Parteipresse hat seit dem vorigen Jahre keine wesentliche Aenderung erfahren, insofern als dabei nur die Zahl der erscheinenden Blätter in Betracht kommt. Was dagegen die materiellen Verhältnisse unserer Partei-Organen betrifft, so kann eine wesentliche Wendung zum Besseren konstatirt werden. Zwar haben auch im laufenden Jahre erhebliche Summen aus der Parteikasse an einzelne Presunternehmen gegeben werden müssen, doch hat es sich dabei fast durchweg um Deckung alter Schulden oder um die Anschaffung eigener Druckereien, Maschinen u. gehandelt. Ihre laufenden Ausgaben decken die weitaus größte Zahl der Blätter jetzt selbst, und mehrere derselben, welche im Vorjahre noch unter den Darlehensnehmern in der Partei-Abrechnung aufgeführt werden mußten, waren im laufenden Jahre bereits in der Lage, mit der Zurückstattung der erhaltenen Darlehne zu beginnen. Wenn nicht unworberzuehende Ereignisse eintreten, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Zahl der Presorgane, welche mit Ueberschüssen arbeiten, in nächster Zeit erheblich wachsen wird, was für den Umfang und die Nachhaltigkeit der Agitation naturgemäß von großer Bedeutung ist.

Die Besserung in der Lage der Parteipresse ist neben dem Wachstum des Abonnements infolge der Wahlagitation, hauptsächlich auch der umsichtigeren Regelung der Verwaltung zu verdanken. Unsere Mahnung im vorjährigen Bericht, daß „das Zeitungswesen ein Geschäft sei, das ebenso gelernt sein muß wie jedes andere“, ist nicht ohne Wirkung geblieben und die guten Folgen zeigen sich in der Hebung der materiellen Lage unserer meisten Presorgane.

Der im vorigen Jahre gefaßte Beschluß die Herausgabe einer wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur betreffend, konnte leider auch in diesem Jahre nicht zur Ausführung gebracht werden. Zwar sind die Vorarbeiten für die Gründung eines solchen Organs getroffen und Unterhandlungen wegen Uebernahme der Leitung desselben gepflogen worden, leider aber haben dieselben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Hoffentlich gelingt es im nächsten Jahre, die Schwierigkeit, eine geeignete Redaktion und Mitarbeiterschaft zu beschaffen, zu überwinden.

Den ebenfalls auf dem Berliner Parteitag gefaßten Beschluß: Flugblätter und Broschüren zur Agitation auf dem Lande geeignet herzustellen und den Kreisen zur Verfügung zu stellen, ist nach Kräften Rechnung getragen worden, wie an anderer Stelle bereits angeführt ist. Wenn wir nicht allen diesbezüglichen laut gewordenen Wünschen nachkommen konnten, so liegt dies, neben anderen Gründen, wesentlich an der Arbeitslast, die vom Parteivorstand zu bewältigen ist. Dieser kann, neben allen sonstigen Aufgaben, die ihm bereits zugetheilt sind, nicht auch noch für die Provinz und einzelne Kreise geeignete Flugblätter schreiben, deren Herstellung veranlassen und womöglich auch noch die Versendung überwachen. Diese Aufgabe zu erledigen ist Sache der Landes-, Provinzial- oder Kreiskomitees. Von der Parteileitung sind bisher, wo es verlangt wurde, stets Zuschüsse zur Herstellung von Flugblättern bewilligt worden. Zu bemerken bleibt freilich, daß die Genossen stets des Sagtes eingedenk sein sollten, daß noch nicht alles, was geschrieben, auch druckreif ist, und daß deshalb die Prüfung der Manuskripte sowohl auf ihren prinzipiellen wie strafrechtlichen Inhalt hin von größter Wichtigkeit ist. Den Stand der gewerkschaftlichen und Parteipresse zeigt nachstehende Aufstellung.

Es erschienen Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893
wöchentlich 3 Mal	1	1	1
" " 2 " "	—	1	—
" " 1 " "	24	28	28
monatlich 3 Mal	3	8	2
alle 14 Tage	22	20	19
monatlich	4	3	5

Im 3. Quartal 1891 zählte die politische Parteipresse 68 Organe, heute deren 75; davon erschienen:

	1891	1892	1893
wöchentlich 6 Mal	27	32	32
" " 3 " "	23	20	25
" " 2 " "	7	6	7
" " 1 " "	10	12	11
alle 14 Tage	1	—	—

75 Blätter

In diesen Blättern kommen noch die in Stuttgart bei F. G. Diez erscheinende wissenschaftliche Wochenschrift „Neue Zeit“, die beiden Wöchblätter: „Der wahre Jakob“ (Stuttgart) und das in einer Auflage von ca. 200 000 erscheinende und einer Reihe von Parteiorganen als Sonntagbeilage beigegebene Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“. Der ebenfalls im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender“ ist in seiner neuesten Ausgabe (1894) in einer Auflage 130 000 Exemplaren hergestellt.

Für den günstigen Stand unseres Zentral-Organs „B o r n a r t“, dessen Abonnentenzahl jetzt die Höhe von 42 500 erreicht hat, spricht die nachstehende Abrechnung für die Zeit vom 1. Juli 1892 bis 30. Juni 1893:

	Juli- September 1892	Oktober- Dezember 1892	Januar- März 1893	April- Juni 1893
A. Eingänge:				
Zeitungsbörsen-Geld	73633 90	74551 90	74760 40	82645 40
Zeitungsbörsen-Geld	6490 70	7219 70	8152 70	8891 90
Inseraten-Einnahme	14570 70	19820 70	16564 80	19047 70
Gewinn aus dem Verkauf	—	1268 10	—	—
Gesamt-Einnahme M.	94705 30	102660 40	99477 40	110685 —

	Juli- September 1892	Oktober- Dezember 1892	Januar- März 1893	April- Juni 1893
B. Ausgänge:				
Diverse Unkosten (Porto für Streifen, Gebühren f. Zeitungsbörsen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telefon, Beleuchtung, Heizung, Contoir-Mensilien, Kaufbureau der Redaktion, Mieths- u. Gewerbesteuer etc.)	2396 —	3091 25	3137 95	4397 50
Zeitungsbörsen-Geld	272 65	324 25	261 85	264 20
Berichterstatter	2691 25	2417 60	2199 —	3790 50
Reisende	30 20	183 50	388 05	460 40
Redakteure und Mitarbeiter	8890 35	9898 10	8988 —	11257 35
Depeschen- und Parlamentsberichte	370 —	755 —	980 —	885 —
Neue Welt	5226 80	5889 60	5374 20	5840 60
Gehälter der Expedition	1806 —	1843 —	2089 50	2088 —
Mieths	933 10	938 10	938 10	878 15
Geschäftskosten und Strafen	196 93	128 10	275 53	680 55
Bibliothek	10 10	66 55	—	1 50
Druckrechnung	81060 60	68012 80	63727 15	68388 55
Gesamt-Ausgabe M.	98893 —	92990 35	90904 35	99085 30
Gewinn	10812 30	9670 05	9178 05	10999 70
wie oben unter A M.	94705 30	102660 40	99477 40	110685 —

Geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern übereinstimmend gefunden.
Berlin, den 12. Oktober 1893.

H. Meißner, Aug. Jacoby, August Raden,
Fritz Herberich, E. Dubber, Gottf. Schulz.

Der Gewinn für das Geschäftsjahr beträgt **40 655,10 Mark**. Der für das Vierteljahr Juli-September 1893 erzielte Gewinn von 13 578,20 M. ist im Oktober dieses Jahres vereinbart worden und kommt daher erst im nächsten Jahre zur Verrechnung.

Die von den Berliner Genossen, laut Beschluß des Erfurter Parteitag eingesehten Kommission für den lokalen Teil des „Vorwärts“ hat auch im letzten Jahre ihre Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst. Die Kommission hält regelmäßig am ersten Dienstag jedes Monats ihre Sitzungen ab, an denen Mitglieder des Parteivorstandes und der Redaktion des „Vorwärts“ teilnehmen.

Wie im Vorjahre auf dem Berliner Parteitage, so kann auch diesmal eine rege Thätigkeit für die Parteiliteratur konstatiert werden, welche seitens unserer Parteibuchhandlung erstattet wurde. Von älteren Schriften wurden wieder eine Anzahl neu aufgelegt, wir nennen „Unsere Ziele“ und die Glossen zur wahren Gestalt des Christentums von H. Bebel, „Die politische Stellung der Sozialdemokratie“ von Liebknecht, Paul Lafargue's Schrift über „Die Entwicklung des Eigentums“ sowie Ferd. Lassalle's Agitationsbroschüren in Einzelausgaben. Die Herausgabe der Vorträge der neuen Gesamtausgabe der Lassalle'schen Reden und Schriften war am Schluß des Geschäftsjahres fast beendet, jetzt liegt das ganze Werk vollständig vor. Von der Berliner Arbeiterbibliothek sind neu erschienen zwei Hefte von Adolf Braun, über die „Karte“ und über „Berliner Wohnungsverhältnisse“. In hoher Auflage (fast 30 000 Exemplare) fand das Protokoll des Berliner Parteitages Verbreitung. Infolge der bekannten Debatten über den sozialdemokratischen „Zukunftstaat“, welche im Februar 1893 im Reichstage stattfanden, wurde das Stenogramm jener 5 Tage andauernden Verhandlungen als billige Agitationsbroschüre herausgegeben. Der Erfolg war ein guter: 100 000 Abzüge wurden in wenigen Wochen nach allen Ecken Deutschlands abgesetzt. Zur Feier des 1. Mai war wiederum, wie in den vorhergehenden Jahren, seitens des Parteivorstandes eine Parteizeitung herausgegeben worden; aus den entlegensten Winkeln liefen Bestellungen ein, über 400 000 Exemplare wurden verbreitet. — Der Wahlkampf rückte heran. Zunächst wurde für denselben eine kleine Schrift „Fort mit dem Militarismus“ gedruckt und ausverkauft. Dann erschien das Büchlein über „Die Thätigkeit des deutschen Reichstags von 1890—1893“, welches wegen seines Materialreichtums und seiner knappen Darstellung in Genossenkreisen viel Anklang fand; der äußere Erfolg bestand in dem Absatz von ca. 35 000 Exemplaren. Vor allem wurden durch die Parteibuchhandlung im vergangenen Geschäftsjahre für Agitationszwecke, besonders während der Wahl, wiederum die verschiedensten Broschüren gratis versandt. Es kommen hier besonders in Betracht: „Das Parteiprogramm“, „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“, Erläuterungen zum Erfurter Programm von H. Kautsky und B. Schoenlank, „Zur Landagitation“, „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von W. Seade, „Die Soldatenmishandlungen“, „Freiheit von Stumm“, „Zukunftstaat und Sozialdemokratie“ und „Reichstagsreden von H. Bebel“. Dazu wurde die Versendung einer Anzahl Flugblätter, z. B. „Du, Mutter, was läßt der Herr Gendarm so!“, ferner der Bericht der parlamentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion von 1891—93 in einer Gesamtausgabe von mehreren Hunderttausend Abzügen besorgt.

In geschäftlicher Hinsicht stand die Buchhandlung des „Vorwärts“ am 30. Juni d. J. auf folgender Basis: Der Waaren-Umsatz betrug im vergangenen Jahre 144 000 M.; der Lagerstand repräsentiert einen Nettowert von 30 500 M. und stellt derselbe mit den Außenständen, welche 17 200 M. betragen, die Aktiven des Geschäftes mit 47 700 M. dar. Nach Abzug der 2700 M. betragenden Passiva verbleibt ein Geschäftsvermögen von 45 000 M. Bei einer weiteren günstigen Entwicklung des Geschäftes ist dasselbe in der Lage, der Partei von nun ab zu Agitationszwecken direkt Ueberschüsse abzuführen zu können, womit in diesem Monat mit 6000 M. der Anfang gemacht ist.

Zu bemerken ist, daß die Buchhandlung ohne eigentliches Betriebskapital ins Leben gerufen wurde, der heutige Aktivbestand deshalb, abgesehen von einem allerdings mehrere Tausend Mark repräsentierenden Broschürenlager, das bei der Begründung der Buchhandlung überwiesen wurde, als Verdienst des Geschäftes zu betrachten ist.

Bereits wiederholt ist auf die Reichstagswahlen im letzten Sommer hingewiesen worden. Ueber deren Bedeutung und die Erfolge, welche dabei unsere Partei erzielte, spricht sich der Bericht an den internationalen Arbeiterkongress in Zürich über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland, welcher vom Parteivorstand erstattet worden ist, in nachfolgender Weise aus:

Der Reichstag wurde am 6. Mai wegen Ablehnung der Militärvorlage von der Regierung aufgelöst. Wie im Reichstag unsere Vertreter den Kampf nicht führten unter dem bloßen Ge-

sichtspunkt der Vermehrung der Steuerlasten, sondern in prinzipieller Gegnerschaft zum Militarismus — dieser naturnotwendigen Ergänzung des Kapitalismus —, so wurde von unserer Partei der Wahlkampf nicht bloß gegen die Militärvorlage geführt, sondern unter prinzipieller Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien, gegen die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung und unter Voraussetzung unserer prinzipiellen sozialistischen Grundforderungen. Bei der Entwicklung der Parteiverhältnisse in Deutschland ist unsererseits ein anderer Wahlkampf gar nicht mehr möglich; wo unsere Genossen es unterlassen würden, diesen prinzipiellen Gegenfah zu betonen, würde er von den Gegnern aufgestellt, unsere Partei der Feigheit und Heuchelei bezichtigt werden. Und gerade der jüngste Wahlkampf zeichnete sich durch besonders scharfe Betonung dieser grundsätzlichen Gegnerschaft zwischen Sozialdemokratie und kapitalistischer Gesellschaftsordnung aus. Auch ganz erklärlich: wenige Wochen vor der Reichstagsauflösung widerhallte ganz Deutschland von dem Siegesjubel der vereinigten Gegner, Ultramontane und Protestanten, Junker und Industrielle, Jüngler und staatsverhaltende Sozialreformer, alle waren einig, daß die Sozialdemokratie im Reichstag — in den mehrtägigen Debatten über den sogenannten Zukunftstaat — wissenschaftlich überwunden, kritisch vernichtet sei. Und in den Millionen Wahl-Flugblättern der Gegner wurden Extrakte jener Debatten immer wieder reproduziert, und damit dieser Gegenfah selber zur Wahlparole gemacht, freilich auch hier mit gleich schlechtem Ausgange für die Gegner wie im Reichstage.

Ein deutliches und für sich selbst sprechendes Bild über die Entwicklung unserer Partei möge nachstehende Zusammenstellung der Wahlergebnisse aus einer Anzahl Städte geben. Auf unsere Kandidaten fielen Stimmen:

Ort	1878	1890	1893
Berlin	51 164	126 317	151 122
Hamburg	29 620	67 303	70 533
Breslau	13 063	21 555	26 205
München	3 250	28 218	29 907
Dresden	17 303	25 079	29 455
Leipzig	5 822	12 921	11 784
Köln	2 189	10 616	12 093
Magdeburg	6 293	17 261	16 633
Frankfurt a. M.	4 080	12 683	13 482
Königsberg	1 108	12 370	10 964
Hannover	6 588	15 789	19 538
Stuttgart	4 136	10 446	13 810
Bremen	6 304	14 843	14 572
Düsseldorf	456	8 228	9 367
Nürnberg	10 162	17 045	18 015
Danzig	114	3 525	4 285
Strasburg i. E.	141	4 773	6 206
Cheumnitz	9 899	24 641	23 296
Oldersfeld-Barmen	11 325	18 478	19 005
Altona	11 662	19 533	20 448
Stettin	914	7 759	9 586
Nachen	909	1 744	3 029
Bresfeld	467	3 080	3 790
Braunschweig	7 876	13 621	15 470
Dalle	1 046	12 808	12 991
Lübeck	1 583	6 393	7 339

In den Bezirken, die während des Sozialistengesetzes unter dem sogenannten Keim-Belagerungsstand standen und deren kolossale Stimmensteigerung 1890 seitens der Gegner als bloßer Protest gegen die Polizeibedrückung, nicht aber als Beweis der sozialdemokratischen Gesinnung hingestellt wurde, erhielten wir diesmal Stimmen (Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig, Frankfurt a. M. und Stettin sind schon oben aufgeführt):

Wahlkreis	1878	1890	1893
Niederbarnim	2 775	13 362	17 044
Charlottenburg	4 763	19 169	31 424
Potsdam-Spandau	—	3 977	10 140
Hamburg	1 763	6 880	9 055
Ottensen-Binneberg	5 452	10 820	15 097
Lauenburg	347	2 072	3 287
Leipzig (Land)	11 263	30 127	33 549
Offenbach a. M.	5 567	10 343	11 063
Spremeberg	1 242	5 610	6 542

Diese aufgeführten Bezirke sind sämtlich industrielle Hochburgen und bei dem rein proletarischen Charakter unserer Bewegung ist es daher erklärlich, daß sie auch zugleich die Hochburgen der Sozialdemokratie sind. Aber die letzten Wahlen — und darin liegt ihre Hauptbedeutung — haben den Beweis ergeben, wie der sozialdemokratische Gedanke auch in rein ländliche Bezirke immer tiefer eindringt und damit den Pfeil in das Herz des Gegners bohrt. Der angeblich antilokalistische Bauerenschädel des Landproletariats bietet gegen das Eindringen der sozialdemokratischen Ideen ebensowenig Widerstand, als die humanitätslosigen Phrasen sogenannter Arbeiterfreunde beim industriellen Lohnflaven den siegreichen Einzug dieser Ideen verhindern konnten.

In der Provinz Brandenburg (mit Ausschluß Berlin's) wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

Regierungs-Bezirk	1878	1890	1893
Potsdam	9 975	54 192	67 280
Frankfurt a. O.	5 034	29 139	41 326
	15 009	83 331	108 606

In der preussischen Provinz Pommern, wurden nach einzelnen Wahlkreisen geordnet, sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

Wahlkreis	1881	1884	1887	1890	1893
Anklam-Deemmin	—	—	—	—	573
Uckermark-Bollin	—	—	—	1730	2631
Randow-Greifenhagen	159	770	3786	8422	10508
Stadt Stettin	910	1139	4276	7759	9586
Stargard-Prütz	—	—	18	763	2331
Naugard-Regenwalde	—	—	—	84	352
Greifenberg-Rammin	—	—	—	—	1125
Stolp-Lauenburg	—	—	—	148	903
Bätow-Schlawa	—	—	—	—	632
Kolberg-Röslin	—	—	—	—	227
Belgard-Dramburg	—	—	—	—	765
Neustettin	—	—	—	—	10
Stralsund-Rügen	—	—	—	735	2332
Greifswald-Grimmen	—	—	112	763	2660
Zusammen	1669	1909	8192	20631	27306

Im rein agrarischen Mecklenburg, das weder im Vessh einer Verfassung noch eines Versammlungs- und Vereinsgesetzes ist, wurden 1878 2070 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 1890 bereits 28 295 und 1893 32 220!

Im Königreich Bayern, dessen erwerbsthätige Bevölkerung zu 80 pCt. dem Kleinbauernstand angehört, wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben 1878: 22 532, 1890: 101 100, 1893: 125 952, die sich auf sämtliche Wahlkreise verteilen. Das allerdings sehr industrielle, daneben aber auch kleinbäuerliche Gfah-Lothringen, das Jahrzehnte lang bei den Wahlen den kapitalistischen Protestlern oder Ultramontanen zum unbestrittenen Siege verholfen hatte, marschiert immer mehr ins Lager der Sozialdemokratie ab: 1878 wurden 141 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 1890: 19 157, 1893 aber 44 883 und zwei Sozialdemokraten gewählt.

Ein ziffernmäßiges amtliches Bild über das Wahlergebnis ist noch nicht erschienen, aber man wird nicht viel abirren, wenn man die Gesamtzahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen auf 1 800 000 rechnet. Das ist freilich kein solcher Sprung wie von 750 000 in 1887 auf 1 427 000 in 1890, aber solch riesige Steigerung war diesmal von vornherein aus-

geschlossen. Die Zeit solch plötzlichen Anschwellens, das in rein äußerlichen Momenten, z. B. in der Neureorganisation der Regierung, seine Erklärung fand, ist mit dem Augenblick abgeschlossen, wo eine Partei sich innerlich konsolidiert hat; die jetzige Stimmensteigerung ist der ziffernmäßige Ausdruck der organischen Entwicklung, in welche die deutsche Sozialdemokratie eingetreten ist. Die erzielten Erfolge sind aber um so großartiger, wenn wir erwägen, daß wir gegenwärtig inmitten einer Industriekrise uns befinden, während die 1890er Wahlen in den Abbruch einer industriellen Hochstuf fließen. In den Städten haben außerdem Tausende von Arbeitern infolge des kolossalen Notstandes im vergangenen Winter (z. B. in Leipzig oder in Hamburg infolge der Cholera-Epidemie) Armenunterstützung bezogen und sind dadurch des Wahlrechts verlustig gegangen. Ebenso kommt für die ländlichen Kreise in der Provinz Brandenburg, in Mecklenburg etc. in Betracht, daß zur Sommerzeit Tausende von Stimmen und dort verloren gehen, weil Tausende von Arbeitern, wie Schiffer, Jäger, Ziegelbrenner den Sommer über gar nicht zu Hause sind, oder gleich den Maurern und Bauarbeitern die Woche über in den nächstgelegenen Städten auf Arbeit sind und nur Sonnabends heimkehren, also am Wahltage daheim ihre Stimme nicht abgeben konnten. Aber nicht bloß die Stimmen am Wahltage gingen uns verloren, viel schwerer fällt uns Gemüth, daß unsere Partei damit in diesen ländlichen Bezirken die Agitatoren fehlen und die äußerst wirksame kleine Agitation mit dem Flugblatt und Stimmgelbe fast ganz ausfällt. Wenn wir trotzdem in diesen rein ländlichen Kreisen geradezu erteuliche Fortschritte gemacht haben, so wiegen diese um so bedeutsamer. Denn wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: Man muß die Stimmen nicht bloß zählen, sondern auch wägen.

Entsprechend der Stimmenzahl waren die praktischen Erfolge. Im ersten Wahlgange wurden 24 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt; in 85 Wahlkreisen kamen unsere Kandidaten mit kleinen Majoritäten oder großen Minoritäten in die Stichwahl. Wie es sich aber von selbst versteht, konnten wir bei den Stichwahlen nur diejenigen Siege erobern oder behaupten, wo die eigene Kraft der Partei ausreichte. Die Gegner — und das ist das charakteristische Merkmal dieses Wahlkampfes — desertierten überall ins Regierungslager und ließen ihre eigenen Führer, Programme und Wahlversprechungen auf dem Wahlfelde zurück. Gegenüber der proletarisch-revolutionären Sozialdemokratie organisierten sich die Gegner überall in die „eine reaktionäre Masse“ der „staatsverhaltenden“ Elemente. Angesichts dieser Interessenskoalition der vereinigten Gegner war es daher erklärlich, daß wir die 85 Stichwahlen, in denen fast überall die scheinradikalen Anhänger des sogenannten bürgerlichen Freisinn die Entscheidung zu geben hatten, bis auf 20 verloren. Nach diesem Ausfall der Stichwahlen war also die sozialdemokratische Vertretung im neuen Reichstag auf 44 Abgeordnete gegen 38 im letzten gestiegen.

Durch die Doppelwahl des Genossen Bebel in Straßburg i. E. und Hamburg I wurde eine Nachwahl notwendig. Bebel nahm nach Rücksprache mit den Hamburger Genossen für Straßburg an; in Hamburg I aber wurde in der Nachwahl der Genosse Mollenhuth mit erheblicher Majorität gewählt.

Infolge der gewaltigen Anstrengungen, welche die Partei im letzten Jahre, sowohl vor als nach den Wahlen, zum Zwecke der Agitation und Organisation als auch bezugs Verbreitung unserer periodischen und nichtperiodischen Presse gemacht hat, haben die Ausgaben in bedeutendem Maße die Einnahmen überstiegen. Diese Mehrausgaben wurden speziell verursacht durch die Zuschüsse, welche zur Wahlagitation an die einzelnen Central-Komitees bezugs Unterstüzung der Kreise gegeben werden mußten. Hier zeigte sich, wie notwendig für die Partei die Ansammlung größerer Reserverfonds ist. Ohne die Existenz eines solchen Fonds hätte die Parteileitung den von den verschiedensten Seiten gestellten Anforderungen nach Zuschüssen nicht in dem geschehenen Maße genügen können, denn wie sich aus der Abrechnung ergibt, blieben die Einnahmen, obwohl sie erheblich höher als im vorletzten Jahre waren, um circa 50 000 M. hinter den Ausgaben zurück. Wie der nachstehende Kassenbericht zeigt, hat sich auch im letzten Jahre und besonders aus Anlaß des Wahlkampfes die Solidarität unserer ausländischen Genossen, und ganz besonders der im Auslande lebenden deutschen Genossen wieder auf das glänzendste bewährt. Umgekehrt hat auch der Parteivorstand zu den Kämpfen, welche unsere ausländischen Genossen durchzuführen hatten, in mehreren Fällen erhebliche Summen beigetragen.

Den einzelnen Posten des Kassenberichtes sind, soweit es notwendig erschien, erklärende Noten beigelegt, deren Beachtung sich beim Studium des Berichtes besonders empfiehlt. Zu bemerken bleibt, daß, so bedeutend die Summen in Einnahme und Ausgabe auch sind, welche der Kassenbericht ausführt, dieselben doch nur ein schwaches Bild geben von den wirtlichen Kosten, welche von der deutschen Sozialdemokratie für Zwecke der Agitation und Organisation im letzten Jahre aufgebracht wurden.

So haben die Genossen in sämtlichen größeren Städten die lokalen Wahlkosten aus eigener Kraft bestritten und außerdem noch meist bedeutende Summen zur Agitation in der Provinz gegeben. Dazu kommen die Unkosten für die Landtags-, Gemeinde- und Gewerbegerichtswahlen, sowie die Opfer für die gewerkschaftlichen Kämpfe, die auch im letzten Jahre durchzuführen waren. Es ist deshalb nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß die Summen, über welche die nachstehende Abrechnung Rechenschaft ablegt, auch noch nicht den zehnten Theil der Beträge nennt, welche die kassenbewußten deutschen Arbeiter im letzten Jahre für ihre politischen und wirtschaftlichen Kämpfe und Emanzipationsbestrebungen aufgebracht haben. Dabei bleibt außer Ansaß die Unsumme freiwilliger Thätigkeit, welche von den einzelnen Genossen besonders zu Zeiten der Wahlen in aufopferndster Weise geleistet worden ist. Während die gegnerischen Parteien zur Flugblatt- und Stimmgelbevertheilung, da wo ihnen der amtliche Apparat in Gestalt von Gemeinbedienern, Nachtwächtern, Flurschützen und Gendarmen nicht zur Verfügung steht, nur gegen gutes Geld Träger finden, bilden in unserer Partei die freiwilligen Träger, welche die mühselige Arbeit unentgeltlich verrichten, die Regel.

Wo eine Entschädigung genommen wird, ist es in den meisten Fällen nur Ersatz für gehabte Auslagen oder ein geringer Beitrag zu den Zehrungskosten. Es ist die Begeisterung für die gute, gerechte Sache, welche unsere Genossen Opfer bringen läßt, von deren Umfang unsere Gegner, bei welchen nur der Grundsatz gilt: „Kein Geld, kein Schweizer“, keine Ahnung haben.

Diese selbstlose und opferwillige Thätigkeit unserer Genossen ermöglicht es auch, daß die Wahlkosten unserer Partei kaum die Hälfte, ja in der Regel kaum den dritten oder vierten Theil dessen ausmachen, was unsere Gegner auszugeben haben. Die hohen Summen, welche besonders in antisemitischen und liberal-konservativen Blättern als angebliche Unkosten für einzelne unserer Wahlkämpfe aufgeführt werden, gehören ausschließlich in das Reich der Fabel. Es sind das Tendenz-Lügen, erfunden zu dem Zwecke, durch die uns in den Taschen gelogenen gewaltigen Beträge das Märchen von der „Judennechtheit“, in der sich unsere Partei befindet, zu dem konservativ-antisemitischen Stimmvieh glaubwürdiger erscheinen zu lassen.

Glücklicherweise hat aber unsere Partei weder in bezug auf ihr politisches Verhalten noch auch in der Regelung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten etwas zu verheimlichen oder die Kritik der breitesten Oeffentlichkeit zu scheuen und so veröffentlicht wir auch in diesem Jahre wieder, wie früher stets, so lange wir durch das Schandgesetz vom Oktober 1878 daran nicht gehindert waren, unseren Kassenbericht. Derselbe lautet:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse vom 1. Oktober 1892 bis 30. September 1893.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Zus. gesamt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:											
			Allgemeine Einnahmen		Darlehens-Rente		Zinsen		Ueberschuss des „Vormärts“		Staats-zeichen		Droerte	
	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.
1892														
Oktober . . .	20 155	75	4 945	95	350	—	—	—	10 812	30	3 995	—	52	50
November . . .	15 277	80	13 803	30	200	—	—	—	—	—	1 270	50	4	—
Dezember . . .	6 972	06	6 454	06	500	—	—	—	—	—	18	—	—	—
1893														
Januar . . .	37 923	71	25 378	26	—	—	2 754	90	9 670	05	120	50	—	—
Februar . . .	3 450	78	3 450	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
März . . .	6 177	93	5 122	78	1 050	—	—	—	—	—	5	15	—	—
April . . .	16 027	79	6 724	54	50	—	80	20	9 173	05	—	—	—	—
Mai . . .	21 876	46	21 261	82	—	—	614	64	—	—	—	—	—	—
Juni . . .	45 088	68	45 088	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli . . .	32 986	69	20 851	99	1 100	—	525	—	10 999	70	—	—	—	—
August . . .	35 032	51	34 427	51	605	—	—	—	—	—	—	—	—	—
September . . .	17 355	90	11 535	90	6 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	258 326	06	198 875	57	9 855	—	3 974	74	40 655	10	5 409	15	56	50

258 326,06 Mt.
Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1892 . . . 7 552,90 „
Der Reserve entnommen . . . 54 753,— „
320 631,96 Mt.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Zus. gesamt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																					
			Unterstützungen		Prozess- und Gefängnis-Kosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichs-Tags-Kosten		Gehälter und Verwaltungskosten		Darlehens-Rente		Verpflichtete Ausgaben		Prozess-Unterstützungen		Wachst			
	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.	Mt.	Pl.		
1892																								
Oktober . . .	24381	25	1469	10	1883	35	2615	65	500	—	1217	15	5000	—	508	—	11293	—	—	—	—	—	—	
Novbr. . .	26915	25	891	—	1614	60	2928	40	920	30	2000	—	6219	95	6000	—	6341	—	—	—	—	—	—	
Dezbr. . .	19958	95	1846	50	1376	55	1445	—	361	70	1200	—	1190	20	200	—	12359	—	—	—	—	—	—	
1893																								
Januar . . .	18368	48	1705	50	926	33	8984	35	709	20	3300	—	1835	95	3500	—	65	2400	50	—	—	—	—	
Februar . . .	12040	27	634	—	406	40	3095	35	1633	50	3000	—	1055	50	—	—	2215	52	—	—	—	—	—	
März . . .	18632	83	1100	—	1834	97	8457	50	600	—	3200	—	1239	25	—	—	2096	11	105	—	—	—	—	
April . . .	13393	44	827	10	514	52	4449	30	600	—	2800	—	1004	43	—	—	2754	64	443	45	—	—	—	
Mai . . .	64209	85	1245	—	645	55	1226	60	5732	50	1300	—	873	65	500	—	888	35	209	—	—	—	—	
Juni . . .	68929	19	859	—	6073	58	950	—	5309	15	—	—	1369	21	5000	—	6	1479	25	100	—	—	—	
Juli . . .	20122	63	1108	—	2547	58	827	70	9104	15	3000	—	1090	70	—	—	2344	50	100	—	—	—	—	
August . . .	19248	37	1143	50	887	20	3913	61	6182	46	—	—	841	90	—	—	200	100	—	—	—	—	—	
Septbr. . .	16517	90	2367	25	586	10	3156	—	2131	50	—	—	1225	—	350	—	3945	6302	—	—	—	—	—	
Zusammen	316667	81	15195	93	19246	73	37049	46	133136	46	19806	—	19162	59	20550	—	549	10	50814	07	1157	45	—	—

316 667,81 Mt.
Raffenbestand am 30. September 1893 . . . 3 964,15 „
320 631,96 Mt.

Erläuterung zu A. Einnahmen:

Die Einnahmen weisen zwar auch dieses Jahr wieder eine Steigerung auf, doch sind sie gegen die Ausgaben um 50 788,85 M. zurückgeblieben. (Die letzteren waren infolge der Reichstagswahl um 118 005,56 M. höher als im Vorjahr.) Bei der muß konstatiert werden, daß die Zahl der Orte bzw. Wahlkreise, aus denen der Parteikasse Gelder zugeflossen sind, sich gegen das Vorjahr um 24 vermindert hat, wie denn überhaupt eine große Anzahl hervorragender Parteiorde gänzlich fehlen.

Erläuterung zu B. Ausgaben:

- Unterstützungen wurden nur gezahlt an Personen oder Angehörige von Personen, die infolge ihrer Parteithätigkeit gemäßigter oder sonstwie geschädigt wurden.
- Unter dieser Summe befinden sich 5000 M., die als Kaution für den Genossen Kunert gestellt wurden und deren baldige Rückzahlung zu erwarten ist.
- Unter diesen Ausgaben befinden sich 2500 Fr., welche den französischen Genossen, sowie 500 M., welche den österreichischen Genossen, und 500 M., welche den spanischen Genossen zur Bezahlung der Wahlagitation zur Verfügung gestellt wurden.
- Unter diesen Ausgaben befinden sich neben den gewöhnlichen Kosten, wie Gehälter, Miete, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Bureauräume, den Telephon-, Telegramm- und Postgebühren, den Druckkosten, den Zeit- und Reise-Erschließungen für die Revision der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung u. s. w., auch die Kosten des Berliner Parteitages mit 5171,10 M.
- Durch die Häuser-Affäre wurde das Mannheimer Parteiorgan gefährdet. Die dortigen Genossen erhielten daher zum Rückkauf der Aktien 5000 M.
- Diese Summe wurde dem Turgener Parteiblatt gegen gute hypothetische Sicherheit gegeben. Die Amortisation erfolgt innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren.
- Von dieser Summe erhielt das Langenbierauer Parteiblatt 3000 M. zur notwendig gewordenen Anschaffung einer eigenen Druckerei. Die Abzahlung erfolgt regelmäßig.
- Dieser Betrag erhielten die Bielefelder Genossen, denen die Räumlichkeit für die Zeitungsdruckerei gekündigt wurde und die bei der Unmöglichkeit, anderweitig Miethsräume zu erhalten, nothgedrungen zum Bau eines eigenen Hauses schreiben mußten.
- Zur Nachweis über die, den einzelnen Partei-Organen gewährten Unterstützungen siehe unter C. Ausgaben für die Parteipresse.

C. Ausgaben für die Parteipresse

im Einzelnen nachgewiesen.

Vote von der Saar	1 900,—	M.
„Elsass-Lothringische Volkszeitung“	3 500,—	„
„Frankf. Volksstimme“ (Frankf. a. M.)	2 500,—	„
„Gazeta Robotnicza“	3 830,72 ¹⁾	„
„Gothaisches Volksblatt“	800,—	„
„Magdeburger Volksstimme“	900,—	„
„Münchener Post“	12 148,35 ²⁾	„
„Proletariat aus dem Eulengebirge“	409,50	„
„Rhein.-Westf. Arbeiter-Zeitung“	7 462,— ³⁾	„
„Saalfelder Volksbote“	400,—	„
„Zeltow-Beeskower Volksblatt“	1 600,—	„
„Volksblatt für Anhalt“	500,—	„
„Volksblatt für Hessen“	3 000,—	„
„Volksblatt für Ost- u. Westpreußen“	1 244,50	„
„Volksblätter“ (Berlin)	100,— ⁴⁾	„
„Wiener Arbeiter-Zeitung“	10 000,— ⁵⁾	„
„Wurzener Zeitung“	100,—	„
„Zeiter Volksbote“	419,—	„
Zusammen	50 814,07	M.

Erläuterungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

1) Von der obigen, für die „Gaz. Rob.“ verausgabten Summe sind 339 M. von einem polnischen Genossen zurückzahlt worden.

2) Nachdem durch diese allerdings bedeutende Zuwendung das Unternehmen geschäftlich gut fundiert ist, beginnt es sich zu rentieren, so daß im Monat September von der Verwaltung der „M. P.“ 1000 M. zurückgezahlt werden konnten.

3) Außer der angeführten Summe wurde für den inhaftierten Redakteur des Blattes das Gehalt, per Monat 150 M., für 12 Monate 1800 M., als „Agitationsbeitrag“, sowie für diverse Prozess- und Gefängnis-Kosten, Umzug eines Redakteurs und eines Expedienten die Summe von 1438 M. gezahlt.

4) Für das Blatt mußten, nachdem es sein Erscheinen eingestellt hatte, außerdem noch 567,63 M. Prozesskosten gezahlt werden.

5) Wie im Vorjahre gegen die belgischen, so mußte die deutsche Partei in diesem Jahre gegen die österreichischen Genossen das Gefühl der internationalen Solidarität betätigen. Die Wiener Genossen erhielten 10 000 M., um die drückenden geschäftlichen Verbindlichkeiten, die auf ihrem Blatte ruhten und die Aktionsfähigkeit der Partei hemmten, abzulösen.

Wenn in diesem Berichte die großen Erfolge der Partei im letzten Jahre aufgeführt sind, so ist unseren Genossen so gut als bekannt, daß dieselben nicht ohne die größten gemeinsamen und persönlichen Opfer haben errungen werden können. Es ist nicht möglich, alle die Maßnahmen anzuführen, denen einzelne Genossen ausgesetzt wurden, weil sie in dem Fesseln des Kapitalismus oder infolge Wahrnehmung und Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte sich die Ungnade und den Jörn irgend eines Schlot- oder Krantjunktlers zugezogen haben. Wo es anging, haben die Genossen der einzelnen Orte oder Kreise diese Opfer der Unternehmerruthlosigkeit unterstützt, wo diese Hilfe nicht vorhanden war oder nicht ausreichte, da griff die Zentralkasse ein, und der hohe Betrag, der unter der Rubrik „Unterstützungen“ im Rassenbericht aufgeführt ist, zeigt, wie oft dieses Eingreifen nothwendig war.

Neben jenen Genossen, welche ein übermüthiges Progenthum durch Stodprügel auf den Magen für die Betätigung einer selbständigen Gewinnung strafen zu müssen glaubte, haben wir noch jener zu gedenken, die in dem großen Befreiungskampfe der arbeitenden Klasse mit dem einen oder anderen Paragraphen der von der herrschenden Klasse geschaffenen Polizei- oder Strafgesetze in Kollision gerathen sind. Die Zahl dieser Opfer anzugeben, sind wir außer Stande, aber über die Höhe und den Umfang der in den letzten 12 Monaten erkannten Strafen giebt die nachstehende Tabelle Auskunft.

Monat	Strafen in					
	Gefängnis			Zuchthaus		
	Jahre	Monate	Tage	Jahre	Monate	Tage
Oktober . . .	4	11	8	7	1	—
November . . .	4	2	2	—	—	—
Dezember . . .	1	8	25	—	—	—
Januar . . .	2	3	22	2	—	—
Februar . . .	6	8	—	—	—	—
März . . .	16	4	10	—	—	—
April . . .	7	10	1	—	—	—
Mai . . .	2	8	20	—	—	—
Juni . . .	7	3	27	14	—	—
Juli . . .	1	6	10	—	—	—
August . . .	2	2	26	—	—	—
September . . .	5	9	25	—	—	—
Zusammen	63	7	26	23	1	—

Es sind also insgesammt 86 Jahre 8 Monate und 26 Tage Freiheitsentziehung und 31 937 M. 80 Pf. Geldstrafen erkannt worden.

Zu diesen Zahlen bleibt noch zu bemerken, daß dieselben nicht Anspruch erheben können, ein vollständiges genaues Bild der wirklich erlittenen Strafen zu geben. Einmal liegt es in der Sache selbst begründet, daß nicht alle einzelnen Straffälle gemeldet werden oder sonst zur Kenntniß des Parteibureau ge-

langen, dann aber fehlt unter den Freiheitsstrafen durchweg die erlittene Untersuchungshaft, die in einzelnen Fällen Monate lang gedauert hat und die, wenn sie summirt werden könnte, noch manches Jahr Freiheitsentziehung ergäbe.

Bemerkten wollen wir, daß in der vorstehenden Tabelle auch die Strafen der sogenannten „unabhängigen“ Sozialisten und Anarchisten aufgenommen sind. Besonders die im Monat Juni aufgeführten 14 Jahre Zuchthaus sind vom Reichsgericht gegen Anarchisten wegen sogenannter hochverrätherischer Thaten erkannt. Flugchriften und Zeitungsummern mit den bekannten propagatorischen Inhalt, unter Beihilfe von Polizei-Agenten hergestellt und verbreitet, gaben den Anlaß zu dem Prozeß und den schweren Strafen. Die 7 Jahre und 1 Monat Zuchthaus im Monat Oktober resultiren aus den berüchtigten Reineidsprozessen in Magdeburg.

Insgesamt sind seit Erlöschen des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 wegen „Vergehen und Verbrechen“, die im enghen Zusammenhang mit der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen, von „Rechtswegen“ von deutschen Gerichten erkannt worden: 293 Jahre und 5 Tage Freiheits- und 70 772,20 M. Geldstrafen.

Ohne daß wir nun jede einzelne That, welche vor den Straf- richter führte, bilingen oder sie auch nur als im Interesse der Arbeiterbewegung geschehen anerkennen möchten, so steht doch fest, daß die übergroße Mehrzahl der Strafen hat nur erkannt werden können, weil wir in einem Klassenstaat und unter einer Klassen-Gesetzgebung leben. Nicht selten werden Handlungen, welche von den Angehörigen der herrschenden Klassen ungeschont alle Tage geschehen können, wenn von sozialdemokratischen Arbeitern oder Pressorganen ausgeübt, mit den empfindlichsten Strafen belegt.

Während von der Kanzel und von Lehrstühlen, auf Konferenzen, in der Presse, bei Kontrollversammlungen und hundert anderen Gelegenheiten gegen die Sozialdemokratie gewettert und vor dem Lesen ihrer Bücher und Zeitungen gewarnt wird, ist der Redakteur eines unserer Partei-Organen in Sachen wegen groben Unfugs in Strafe genommen worden, weil er in einer Abonnements-Einladung von dem Abonnement auf Amtsblätter abtrief.

Wenn die Antifemiten in Hunderttausenden von Flugblättern und in ihren Pressorganen die Lösung androgen: „Kauf bei keinen Juden!“ so nimmt kein Staatsanwalt daran Anstoß. Wenn aber unsere Genossen von dem Besuche eines Lokals abtrathen, dessen Besitzer Sozialdemokraten nicht in seinen Räumen versammelt sehen will, so ist das grober Unfug und wird hart bestraft.

Während aber der Boykott, von Sozialdemokraten ausgeübt, zum Verbrechen gestempelt wird, ist er, von bürgerlichen und militärischen Behörden gegen Sozialdemokraten in Anwendung gebracht, eine „patriotische Pflicht“. Soldaten dürfen bei keinem als Sozialdemokrat bekannten Geschäftsmann verkehren oder ihre Einkäufe dort besorgen, aber die Steuergrößen zum Unterhalt des Molochs Militarismus werden, ohne Ansehen der Person, auch von dem rothesten Sozialdemokraten eingetrieben.

Alle diese Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten aber, unter welchen wir zu leiden haben, haben bisher nur dazu geführt, daß die Parteigenossen sich immer enger zusammenschlossen und daß die Ueberzeugung von der Verwerflichkeit und Unhaltbarkeit der heutigen Staats- und Gesellschafts-Ordnung bei ihnen nur immer festere Gestalt annahm. Zugleich bringt dieses Gefühl der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände in immer weitere Kreise und trägt so dazu bei, daß unsere Reihen zu härten und ihnen immer neue Streiter und Kämpfer zuzuführen. Großen Muthes kann deshalb die Partei in die Zukunft sehen. Unser der Sieg, trotz alledem.

Berlin, im Oktober 1893.

Der Partei-Vorstand.

Parteinachrichten.

Zum Kölner Parteitag wurden in Hamburg als Delegirte gewählt: vom 1. Wahlkreis Otto Stolten, vom 2. Wahlkreis Karl Begien, vom 3. Wahlkreis Wilhelm Meyer, Geinr. Könen und Ad. Waker. In Altona wurden als Delegirte gewählt: Stäven, Bösch und Heinrich; in Ottensen: Herm. Wolfenbahr.

Ein Versammlungs-Zyklus, der die Erläuterung des Erfurter Programms bezweckt, wird zur Zeit in Dortmund abgehalten. In der ersten Versammlung, die am Sonntag unter guter Theilnahme stattfand, hielt Genosse Lütgenau den einleitenden Vortrag, der die Grundzüge des ersten allgemeinen Theils behandelte.

Welche Herren bilden die neue Volksvertretung Schwarzburg-Rudolstadt? Die Frage beantwortet nach dem Ergebnisse der Neuwahlen unser Saalfelder Parteiblatt, wie folgt: 2 Landräthe, 1 Landgerichtsrath, 2 Bürgermeister, 1 Orts-schultheiß, ev. 1 Amtsrath, 1 Kommerzienrath, 1 Rittergutsbesitzer, 2 Rentiers, 3 Gewerbetreibende und 1 Arbeiter! Offen wir darum, meint unser Bruderblatt, daß die noch bevorstehende Stichwahl in Königsee I zu unseren Gunsten ausfällt, damit Schwarzburg-Rudolstadt, dessen Wähler zur Reichstags-Wahl fast die Hälfte der Stimmen im sozialdemokratischen Sinne abgaben, wenigstens den — 8. Theil der Abgeordneten dieser Richtung im Landtage hat.

Todtenliste der Partei. Die Eiberfelder Parteigenossen geleiteten am Montag ihren verstorbenen Mitkämpfer Janz unter zahlreicher Theilnahme zu Grabe.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Vor der Strafkammer zu Weimar fand gestern Verurtheilung Hauptverhandlung gegen den Redakteur der „Freien Presse“ in Apolda, Carl Haupt, statt. Haupt war vom Schöffengericht am 28. August d. J. wegen Beleidigung des Gendarm-Neubek zu einer Geldstrafe von 30 M. event. 10 Tagen Gefängnis verurtheilt. Trotz eingehender Begründung der eingeleiteten Berufung gelang es Haupt nicht, eine Aufhebung des schöffengerichtlichen Urtheils zu erzielen. Die Strafkammer änderte dieses nur insoweit ab, daß sie im Falle der Unberücksichtigung der Geldstrafe die 10 Tage Gefängnis auf 6 Tage herabmindernde.

— Wegen Beleidigung einiger Polizeibeamten wurde Redakteur Gewehr von der Eiberfelder „Freie Presse“ am 14. Oktober zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, welche Strafe in Rücksicht auf eine noch zu verbüßende Preßsünde in eine Inhaftstrafe von 10 Wochen umgewandelt wurde.

— Zu einem Monat Gefängnis wurde am Freitag voriger Woche der Redakteur der „Märkischen Arbeiterstimme“, Genosse Naue, vom Schöffengericht Jerslow verurtheilt, weil er in einem Artikel den Fabrikanten Quinke und seinen Meister beleidigt haben sollte. Berufung ist eingelegt worden.

— Vor dem Schöffengericht